

Preußische Allgemeine

Nr. 15 · 16. April 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Verfassung in Not

Wie die geplante Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes die föderale Ordnung Deutschlands bedroht
Seite 3



Geschichte Vor 75 Jahren wurde die SED gegründet
Seite 11



Expedition Als ein Ostpreuße ins Ewige Eis zog
Seite 18

POLITIK

Die Union muss weit mehr klären als nur die Personalfragen

Während der Machtkampf um die Kanzlerkandidatur zwischen Armin Laschet und Markus Söder die Schlagzeilen beherrscht, bleibt weiterhin unklar, wofür CDU und CSU inhaltlich stehen

VON RENÉ NEHRING

Lange hielt die zur Schau gestellte Einigkeit nicht. Als am Sonntag die Vorsitzenden von CDU und CSU, Armin Laschet und Markus Söder, vor die Presse traten, demonstrierten sie ein letztes Mal den Willen, in enger Abstimmung und Einigkeit gemeinsam einen Kanzlerkandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst nominieren zu wollen. Zugleich betonten beide, ihren Anspruch auf dieses Amt aufrechtzuerhalten. Als sich am Montag die Vorsitzenden von den Führungsgremien ihrer jeweiligen Partei die Rückendeckung abholten, war aus dem versteckten Machtkampf ein offener geworden. Der Ausgang war bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe (Dienstagmittag) offen.

Klar ist, dass nach der Verkündung Laschets, für die Kanzlerkandidatur bereit-zustehen, die Unterstützung der CDU zwingend notwendig war. Andernfalls hätte die Partei ihren Vorsitzenden schon wenige Wochen nach seiner Wahl irreversibel beschädigt. Verständlich ist auch, dass Söder die gemeinsame Bundestagsfraktion ins Spiel brachte. Dort agieren CDU und CSU nicht nur in einer bewährten Kampfgemeinschaft, weshalb es das übliche „wir“ und „die“ zwischen beiden Parteien nicht gibt. Zudem stellt die bayerische Schwester in der Fraktion seit Jahrzehnten ein Fünftel bis zu einem Viertel

der Mandate – und hat somit ein größeres Gewicht als in der Gegenüberstellung mit den 15 Landesverbänden der CDU.

Hinzu kommt, dass die Abgeordneten durchaus eine andere Interessenlage haben als die in den Präsidien und Vorständen dominierenden Landesfürsten. Für viele würde eine Niederlage bei der Wahl den Verlust des eigenen lukrativen Mandats bedeuten. Auch deshalb sind sie eher bereit, den Blick über das eigene Rudel hinaus auf die Frage zu richten, welcher Leitwolf den größeren Erfolg verspricht. In dieser Hinsicht sprechen die Umfragen eine klare Sprache zugunsten Söders.

Wohin steuert die Union?

Unabhängig von der Frage, mit welchem Personal die Parteien in die Wahl ziehen, stellt sich die Frage, wofür die Union nach 16 Jahren Kanzlerschaft Angela Merkels steht. Gerade für Laschet böte die Schärfung des inhaltlichen Profils eine Chance, steht er doch in den Beliebtheitswerten um Längen hinter Söder. Umso wichtiger – und deutlich hilfreicher für die Bürger – wäre es, wenn Laschet erklären würde, wohin mit ihm die Reise gehen soll.

Tatsächlich haben sich in unserem Lande im Laufe der vergangenen anderthalb Jahrzehnte zahlreiche ungelöste Probleme angehäuft, die schon bald einem neuen Kanzler – ganz gleich, wer es sein wird – die Agenda diktieren werden. In der Energiepolitik etwa wird – neben den

ungebremst steigenden Strompreisen – zunehmend die Frage virulent, womit Deutschland seine Maschinen und Rechner antreiben will, wenn in Kürze die letzten Atommeiler und Kohlekraftwerke vom Netz gehen. In der Wirtschaftspolitik stellt sich die Frage, ob ein Kanzler Laschet – der als NRW-Ministerpräsident tatsächlich die letzte (!) Landesregierung aus CDU und FDP führt, die einmal das Standardmodell der alten Bundesrepublik war – zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren oder den in der Ära Merkel eingeschlagenen Weg zunehmender staatlicher Regulierungen fortsetzen wird. Auch die Zuwanderung ist nach wie vor nicht geregelt – womit die Belastung für die Sozialsysteme, den Wohnungsmarkt und die innere Sicherheit ebenso hoch bleibt wie die Perspektiven für die nach Deutschland strebenden Zuwanderer unklar sind.

Das alles vor dem Hintergrund der absehbaren ökonomischen Verwerfungen infolge der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Frage, ob es in Zukunft noch genug Leistungsträger geben wird, die die steigende Zahl an Transferleistungsempfängern tragen können.

Innerparteilich wird Laschet erklären müssen, wie die Union unter seiner Ägide mit den letzten verbliebenen Konservativen umgehen will. Dass die Ankündigung des langjährigen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, für den

nächsten Bundestag kandidieren zu wollen, vom CDU-Generalsekretär Ziemak und vom CSU-Chef Söder als „falsches Signal“ bewertet wurde, wirft die Frage auf, ob die konservative Wurzel neben der christlich-sozialen und der liberalen noch gepflegt wird – oder verkümmern soll.

Klar scheint angesichts der Meinungsumfragen, dass sowohl eine von Laschet als auch von Söder geführte Regierung von einer Koalition mit den Grünen gebildet würde (die einzig infrage kommende Alternative wäre eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten). Umso wichtiger ist, dass die Union vorab ihre eigenen Überzeugungen klärt, andernfalls steht schon jetzt zu befürchten, dass CDU und CSU wie in den vergangenen Jahren lediglich die Lieblingsprojekte der Grünen umsetzen, für die diese freilich ohne Unterstützung der Union gar keine Mehrheiten hätten.

Große Programmparteien wie etwa die SPD waren CDU und CSU nie. Ganz im Gegenteil zeichnete es sie immer aus, dass sie das Land pragmatisch durch die Zeitläufte führten. Gleichwohl hatten beide Parteien Grundsätze, wussten die Bürger dieses Landes bei Adenauer, Strauß und Kohl, woran sie waren. Daran sollten sich sowohl Laschet als auch Söder orientieren. Denn die Stimmen der bürgerlichen Wähler – das zeigen die Wahlen der letzten Jahre – sind heute keiner Partei mehr dauerhaft sicher.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Liberalen streben zurück an die Macht – mit wem, erscheint zweitrangig
Seite 4

Kultur

Wie ein Baupionier aus Stahlbeton sogar Schiffe baute
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg kehrt allmählich das normale Leben zurück
Seite 13

Lebensstil

Zu Besuch auf der Jugendburg des Nerother Wandervogels
Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Quo vadis Olympia? Die Idee, 100 Jahre nach 1936 erneut Olympische Spiele in Berlin auszutragen, stößt ebenso auf Kritik wie Tokio 2021 wegen Corona und Peking 2022 wegen Menschenrechtsverletzungen

Die deutsche Olympia-Hauptstadt

Soll Berlin im Jahr 2036 Austragungsort der Spiele werden? Der Vorschlag erregt jetzt schon viele Gemüter

NORMAN HANERT

Zumindest mit Blick auf das Jahr 2032 scheint NRW-Ministerpräsident Armin Laschet mit seiner Idee für Olympische Spiele an Rhein und Ruhr gescheitert. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) erklärte Brisbane in Australien zum bevorzugten Kandidaten und traf damit faktisch eine Vorentscheidung.

Laschets Alternativvorschlag, eine Olympiabewerbung 2036, stieß im eigenen Land teilweise auf helle Empörung. Im Deutschlandfunk beklagte der Sporthistoriker Lorenz Peiffer mit Blick auf die Olympischen Spiele 1936: „Ich finde das Geschichtsbewusstsein, das Herr Laschet an den Tag legt, ungeheuerlich“. Schon vergangenes Jahr hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer gewarnt, Olympia 2036 sei hierzulande nicht vorstellbar: „Wir bekämen eine unsägliche internationale Diskussion und würden damit auch die olympische Idee beschädigen.“

Mittlerweile haben sich jedoch auch Fürsprecher zu Wort gemeldet. Israels Olympisches Komitee begrüßte ausdrücklich die Idee, die Olympischen Spiele 2036 in Berlin auszutragen. Die Sportorganisation reagierte damit auf einen Vorschlag, mit der Anfang April zwei deutsche Sportfunktionäre unter der Überschrift „Olympia größer denken“ an die Öffentlichkeit gegangen waren.

Berlin und Tel Aviv sollten sich um die gemeinsame Ausrichtung der Olympischen Spiele 2036 bewerben, so die Anregung von Richard Meng, Präsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft Berlin, und Frank Kowalski, Geschäftsführer und Organisationschef der Leichtathletik-EM Berlin 2018. Israels Olympisches Komitee hat zwar eine Bewerbung Berlins begrüßt, sich bislang aber noch nicht zur Idee einer gemeinsamen Bewerbung geäußert.

Tel Aviv oder Warschau?

Sehr aufgeschlossen zeigte sich bereits Berlins Innen- und Sportsenator Andreas Geisel. Der SPD-Politiker nannte eine gemeinsame Bewerbung „ein starkes Zeichen für Frieden und Völkerverständigung – im vollen Bewusstsein unserer schmerzlichen Geschichte und dem scheußlichen Missbrauch der olympi-



Wurde von 1934 bis 1936 für die Spiele der XI. Olympiade vom 1. bis 16. August 1936 errichtet: Das Olympiastadion Berlin

schen Idee durch die Nationalsozialisten“. Vor zwei Jahren, im März 2019, hatte Geisel einer Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele 2036 noch eine klare Absage erteilt. Offen zeigte sich der Senator damals aber für eine nationale Kandi-

datur. Der Bund solle dann entscheiden, welche Städte mitmachen.

„Und wenn die Bundesrepublik uns auffordert, das auszurichten, dann machen wir das. Aber es wird keine Berlin-Bewerbung geben“, sagte er. Geisel trug

damals auch die Idee vor, man könnte die Olympischen Sommerspiele „gemeinsam mit Warschau machen“.

Lange sah das Regelwerk des IOC nicht vor, dass sich zwei Städte gemeinsam um die Austragung von Spielen bewerben. Erst das Reformpaket „Agenda 2020“ sieht aus Kostengründen die Möglichkeit vor, Sportwettkämpfe auch jenseits der Grenze des Ausrichterlandes auszutragen.

Die aufgekommenen Gedankenspiele, in denen sich Berlin Olympische Spiele mit Tel Aviv oder Warschau teilt, könnten bereits in wenigen Monaten an der Berliner Politik scheitern. Im September stehen Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus an. Die Grünen werden im nächsten Landesparlament auf jeden Fall eine sehr starke politische Kraft darstellen. Einzelne Kreisverbände der Grünen haben in der Vergangenheit eine Olympia-Bewerbung Berlins klar abgelehnt oder aber an die Erfüllung „zentraler grüner Kriterien“ geknüpft.

Kurzporträts und Zitate



Hundert Jahre nach den Olympischen Spielen in Berlin wäre es für **Armin Laschet** ein Signal, 2036 mit Olympia „in die multikulturellste Region in ganz Europa“ zu gehen



Der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds und CSU-Politiker **Alfons Hörmann** erklärte, unter einem Boykott würden die Athleten leiden



IOC-Präsident **Thomas Bach** sieht trotz des Pandemie-Notstands in Japan bislang keinen Grund für eine Absage der Sommerspiele. Es gebe „keinen Plan B“

WINTERSPIELE IN PEKING

Symptom der Schwäche oder Drohung an Freund und Feind?

Widersprüchliche Signale aus Washington zu einem möglichen Boykott der Spiele 2022 in Chinas Hauptstadt

Die Führung der Volksrepublik China muss die Wortmeldung, mit der Ned Price am 6. April in Washington an die Öffentlichkeit ging, wie eine Provokation aufzufassen haben. Der Sprecher des US-Außenministeriums bestätigte, aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in China gemeinsam mit anderen Nationen über ein Fernbleiben von den Olympischen Winterspielen in Peking nachdenken zu wollen. Price sprach im Fall der Verfolgung der Uiguren in der Region Xinjiang explizit von einem „Genozid“. Zudem betonte er, dass ein gemeinsames Vorgehen mit Verbündeten „mehr Einfluss auf Peking“ habe als ein Alleingang der Vereinigten Staaten.

Die Boykottandrohung stand allerdings nur gut einen Tag im Raum, ehe sie von Jen Psaki, der Pressesprecherin Joe Bidens, wieder einkassiert wurde: „Wir haben nicht und werden auch nicht irgendeinen Boykott mit Verbündeten und Partnern diskutieren.“

Mittlerweile rätseln politische Beobachter, wie diese widersprüchlichen Signale aus Washington zu werten sind. Denkbar ist, dass Bidens Außenminister Antony Blinken so schwach ist, dass er die Diskussion in seinem Ministerium und die Kommunikation nach außen nicht unter Kontrolle hat. Möglich ist allerdings auch, dass die Biden-Administration der chinesischen Führung und den eigenen

Verbündeten innerhalb von 24 Stunden zeigen wollten, was sie unter Zuckerbrot und Peitsche verstehen.

Bei seiner ersten Pressekonferenz als US-Präsident hat Biden erklärt, er suche gegenüber China keine Konfrontation. Biden fügte aber an, die USA würden „daraufl bestehen, dass China internationales Recht respektiert, gerechten Wettbewerb, gerechte Praktiken, gerechten Handel“. Bei den anstehenden Verhandlungen könnte ein Olympia-Boykott eine Trumpfkarte darstellen, die Biden im Notfall zieht, wenn Peking sich querstellt.

Zugleich kann die Andeutung eines Olympia-Boykotts auch als ein Signal und als Disziplinierungsmaßnahme für die

Deutschland müsste sich entscheiden zwischen bedingungsloser Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten oder einer an den eigenen Interessen orientierten Politik

Verbündeten gesehen werden. Sollte sich die politische Führung der Vereinigten Staaten tatsächlich zu einem Boykott der Spiele in China entschließen, müssten Länder wie Deutschland Farbe bekennen, ob sie sich anschließen und bedingungslose Gefolgschaft leisten oder aber eine eigene Politik verfolgen, die sich an eigenen Interessen orientiert. Zumindest im Fall Deutschlands würde es auf ein derartiges Entweder-oder hinauslaufen: Bereits bei den seit 2014 verhängten Russland-Sanktionen westlicher Länder trägt Deutschlands Wirtschaft die größte Belastung. Im Fall China steht für die Exportnation Deutschland noch wesentlich mehr auf dem Spiel.

SOMMERSPIELE IN TOKIO

Unbeliebt und finanziell sehr riskant

Aus Rücksicht auf die Corona-Pandemie beschloss das Internationale Olympische Komitee (IOC) im März 2020, die Olympischen Spiele um ein Jahr zu verschieben und spätestens im Sommer 2021 stattfinden zu lassen. Die Austragung ist vom 23. Juli bis zum 8. August in Tokio geplant.

Rund ein Vierteljahr vor dem geplanten Beginn von „Tokyo 2020“ wachsen in Japan nun erneut die Zweifel an der Durchführbarkeit der größten Sportveranstaltung der Welt. Anfang März traten die ehemaligen Premierminister Junichiro Koizumi und Naoto Kan vor die Presse, um in Sachen Olympische Spiele Zweifel am Kurs der amtierenden Regierung vorzubringen.

Die beiden früheren Regierungschefs aus eigentlich konkurrierenden politischen Lagern sind mit ihrer Skepsis auf der Linie des japanischen Volks. Als Ende vergangenen Jahres die Nachrichtenagentur Kyodo eine Umfrage durchführte, gaben 80 Prozent der Befragten an, in diesem Sommer keine Spiele in Tokio zu wollen.

Inzwischen hat sich die Pandemielage im Großraum Tokio weiter zuspitzt. Wegen deutlich gestiegener Covid-19-Fälle hat Japans Ministerpräsident Yoshihide Suga im Januar den Notstand über den Großraum Tokio hinaus auf weitere Präfekturen ausgeweitet. Osakas Gouverneur Yo-shimura ordnete an, dass der Fackellauf zu den Olympischen Spielen auf den öffentlichen Straßen der Stadt abgesagt wird. Aus Sorge um eine Ausbreitung des Coronavirus haben die japanischen Organisatoren entschieden, dass keine ausländischen Sportfans zu den Sommerspielen einreisen dürfen.

Ob einheimisches Publikum in die Stadien gelassen wird, wollen die Organisatoren Ende April festlegen. Bei einem Wegbleiben der Besucher ist ein finanzielles Fiasko zu befürchten. Eine Studie der Kansai Universität in Osaka beziffert die Einnahmeverluste nämlich auf umgerechnet 19 Milliarden Euro, sollten die Sommerspiele ohne Zuschauer in den Stadien stattfinden.

N.H.

Die Axt an der Gewaltenteilung

Mit einer Verschärfung der Infektionsschutzgesetzgebung will der Bund die Hoheit über die Corona-Maßnahmen an sich ziehen. Sollte das Kabinett damit durchkommen, hätte dies weitreichende Folgen für die verfassungsmäßige Ordnung Deutschlands

VON JOSEF KRAUS

Gerade in einer Zeit, in der Politik orientierungslos „auf Sicht fährt“ und zugleich auf „starken Maxe“ macht, ist es angebracht, die Grundsätze eines rechtsstaatlich verfassten und demokratisch-freiheitlichen Staatswesens zu reflektieren. Einer dieser Grundsätze heißt „Gewaltenteilung“. Dieser Grundsatz gerät in Zeiten von Corona mehr und mehr unter die Räder.

Was bedeutet Gewaltenteilung? Dieses Prinzip ist so alt wie die abendländische Staatsphilosophie. Schon Aristoteles und Cicero hatten sich dafür im Sinne eines Schutzes der Bürger vor Machtmissbrauch ausgesprochen. Präzisiert wurde das Prinzip der Gewaltenteilung durch John Locke (1632–1704) und Charles de Montesquieu (1689–1755). Beiden ging es um einen gemäßigten Staat, das heißt um den Schutz bürgerlicher Freiheiten vor Entartungen der Herrschaft, um Mitwirkungsrechte des Volkes und um eine gewalthemmende Balance. Für beide Philosophen war die Gewaltenteilung das Rückgrat der Menschenrechte. Die modernen westlichen Demokratien sind diesem Leitbild, wenn auch in verschiedener Ausprägung, ab 1776 gefolgt. Sozialistische Staatsideologien hingegen lehnen die Gewaltenteilung ab, denn bei ihnen befindet sich die „eine“ Partei – pseudohistorisch hergeleitet – immer im Recht (siehe die SED-Lobeshymne „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ von 1950).

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes von 1949 haben sich einer Gewaltenteilung in zweifacher Hinsicht angeschlossen. Sie zogen sowohl eine horizontale als auch eine vertikale Gewaltenteilung ein. „Horizontal“ heißt: Die Legislative (als Vertretung des Volkssouveräns), die Exekutive (als Regierungsgewalt) und die Judikative (als richterliche Gewalt) stehen nebeneinander. „Vertikal“ heißt: Der Bund muss seine Befugnisse mit den bis 1990 elf, heute sechzehn Ländern teilen. Die Bundesrepublik (ein Bundesstaat!) ist damit über 70 Jahre gut gefahren. Der Föderalismus garantierte einen Wettbewerb unter den Ländern und verhinderte – unabhängig von Regierungskonstellationen im Bund – eine bundesweite Gleichschaltung.

Abkehr von einem bewährten Prinzip

Dieses sinnvolle Gefüge steht nun auf dem Spiel. Bundeskanzlerin Merkel will in der Corona-Pandemie „durchregieren“ (so ihr Sprachschatz!), sie will „nicht tatenlos noch vierzehn Tage zusehen“ (so Merkel am 28. März in einer Solo-Audienz bei „Anne Will“). Ihr Plan ist eine mit heißer Nadel gestrickte Änderung des Infektionsschutzgesetzes. Das Parlament soll wieder einmal zum Befehlsempfänger des Kanzleramtes werden. Es ist ein Spiel mit dem Feuer. Merkel will nämlich das Gesetz, zuletzt mit Zustimmung des Bundesrates geändert im November 2020, in Paragraph 28a mit seinen insgesamt 17 Einschränkungen dahingehend geändert wissen, dass der Bund, nicht die Länder, diese Maßnahmen exekutieren können: von Abstandsgeboten, Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen über die Beschränkung für Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen, Hotelübernachtungen und Gastronomiebetrieb bis hin zur Untersagung von Versammlungen, auch religiösen Zusammenkünften, sowie zur Untersagung von Reisen usw. Bislang folgte darauf Paragraph 54, in dem es heißt: „Die Landesregierungen bestimmen durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden im Sinne dieses Gesetzes.“ Jetzt soll dies dem Bund mittels bloßer Verordnung (!) erlaubt sein. Von einem bis zu achtwöchigen Lockdown ist in Regierungskreisen bereits die Rede.

Bezeichnend ist, dass man in Berlin über einzelne Einschränkungen debattiert, aber



Unter Druck: Die geplante Änderung des Infektionsschutzgesetzes höhlt wichtige Prinzipien des Grundgesetzes aus – allen voran die föderale Ordnung und die damit verbundene Gewaltenteilung
Foto: Shutterstock

nicht über den Grundsatz der Gewaltenteilung. Letztere also aus und vorbei? Die „BKMPK“ (Bundeskanzlerin- und Ministerpräsidenten-Konferenz) soll es nicht mehr geben. Auch dieses quasi „informelle Zentralkomitee“ stand bereits außerhalb des Grundgesetzes, weil es darin gar nicht vorkommt. CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete wie Norbert Röttgen versuchen, Placebos zu verteilen: Der Bund werde schon „klugen Gebrauch“ von den möglichen neuen Rechten machen. Ach wie nett! Und Markus Söder (CSU), selbsternannter Strauß-Enkel, vormaliger Freistaatler-Föderalist und vermutlich „Bald nicht mehr“-Kanzlerkandidat, gibt stramm die „Merkel 2.0“.

Im Ergebnis heißt das, Länder und Kreise würden vom Bund aus per Erlass etwa bei einer bestimmten Inzidenzrate zu bestimmten harten Einschränkungen verpflichtet, ohne Rücksicht darauf, wie willkürlich diese umstrittenen Inzidenzgrenzen festgelegt wurden. Auch Bundesinnenminister (und Verfassungsminister!) Horst Seehofer (CSU) hält diesen Weg für richtig. Vizekanzler Olaf Scholz (SPD; seine Gattin ist Präsidentin der Kultusministerkonferenz) stellt sich vor, Wechselunterricht an Schulen solle beispielsweise ab einer Inzidenz von 200 verpflichtend sein. Und obendrein muss alles ganz schnell gehen! Am 13. April verabschiedete das Bundeskabinett seinen Entwurf für die Änderung des Infektionsschutzgesetzes. Der Bundesrat, also die Länderkammer, soll schnell zu einer Zustimmung gedrängt werden, obwohl in den letzten Tagen zahlreiche Landesfürsten Bedenken angemeldet hatten.

Ablenkungsmanöver

Derweil wird man den Eindruck nicht los, dass mit dieser Art des „Durchregierens“ vom eigenen Versagen abgelenkt werden soll. Denn dort, wo er hätte handeln können (siehe die Impfstoffbevorratung), übertrug der Bund ohne Not seine Kompetenzen nach Brüssel, um dort eine auch in diesem Amt restlos überforderte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ein weiteres Mal versagen zu lassen. Sie wolle keinen „Impfnationalismus“, verkündete Merkel zur Begründung, als ob sie nie einen Amtseid zum „Wohle des deutschen Volkes“ geleistet hätte.

Doch obwohl der Bund in der Corona-Pandemie bislang auf ganzer Linie versagt

hat, musste bislang kein verantwortlicher Minister – kein Jens Spahn, kein Peter Altmeier, kein Helge Braun (alle CDU) – seinen Schreibtisch räumen. Auch keine Angela Merkel als Herrin der Richtlinien der Politik.

Eigentlich, ja eigentlich hätte Deutschland auf „Corona“ vorbereitet sein können. Dann hätten wir schon im März 2020 genügend Testmaterial, Atemschutzmasken, Schutzanzüge, Desinfektionsmittel, Krankenhaus-Intensivplätze, Beatmungsgeräte gehabt und die pharmakologische Forschung wäre deutlich weiter. „Eigentlich“ wäre das alles möglich gewesen, denn immerhin hat der Bundestag sich erstmals 2003 und dann sehr intensiv 2012 mit einer Pandemie durch ein Virus „Modi-SARS“ befasst. Nachlesen kann man das auf den Seiten 55 bis 87 einer Bundestagsdrucksache „dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf“, Titel: „Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012“.

Gelesen hat man den eigenen Bericht wohl nicht. Nicht einmal die letzten 30 Seiten, in denen festgehalten wird: „... Die personellen und materiellen Kapazitäten reichen nicht aus, um die gewohnte Versorgung aufrecht zu erhalten ... Arzneimittel, Medizinprodukte, persönliche Schutzausrüstungen und Desinfektionsmittel werden verstärkt nachgefragt. Da Krankenhäuser, Arztpraxen und Behörden in der Regel auf schnelle Nachlieferung angewiesen sind, die Industrie die Nachfrage jedoch nicht mehr vollständig bedienen kann, entstehen Engpässe.“

Wie gesagt: „Eigentlich“ hatte man bereits vor Jahren über eine Pandemie des Corona-Ausmaßes nachgedacht. Es wäre politische Verantwortung gewesen, auf Grundlage dieser Risikoanalyse beispielsweise die Forschung voranzutreiben, eine Bevorratung mit Schutzmaterialien einzuleiten, insgesamt den Zivilschutz auf Vordermann zu bringen. Und es wäre an der Zeit gewesen, das „Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz des Bundes (ZSKG)“ anzupassen.

Lehren aus der Geschichte

Stattdessen geht man nun mit der Axt an die Gewaltenteilung heran, um ein totales Regieren zu inszenieren. Die DDR anno 1952 lässt grüßen. Damals wurden per „Verwaltungsreform“ die damaligen fünf Bundesländer aufgelöst und in 14 Verwaltungsbezirke umge-

„Wer dem weiteren Verfall der eigenstaatlichen Souveränität der Bundesländer, einschließlich des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen, das Wort redet, nimmt einen weiteren Verlust an vitaler Selbstbestimmung des Volkes in Kauf“

Hans-Jürgen Papier
in seinem Buch
„Die Warnung“

wandelt, damit die SED-Zentrale den direkten Zugriff vor Ort hatte. Welch alarmierende Parallelen! Gewichtige Stimmen werden in den Wind geschlagen. Nehmen wir eine Aussage des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. In seinem Buch „Die Warnung. Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“, verfasst 2019, also vor Corona, schreibt er: „Wer dem weiteren Verfall der eigenstaatlichen Souveränität der Bundesländer, einschließlich des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen, das Wort redet, nimmt einen weiteren Verlust an vitaler Selbstbestimmung des Volkes in Kauf. Demokratische Selbstbestimmung des Volkes, Subsidiarität und föderale Ordnung gehören nach dem Grundgesetz zusammen. Mit der föderalen Ordnung ist auch die rechtsstaatliche so bedeutsame Gewaltenteilung verbunden. Es erscheint mir ziemlich leichtfertig, diesen Zusammenhang auf dem Altar einer unbewiesenen Steigerung von staatlicher Effizienz durch weitere Zentralisierungen zu opfern.“ Und am 10. März 2021 sagt Ex-Präsident Papier in der „Welt“ mit Blick auf Merkel, ohne ihren Namen zu nennen: „Die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen.“ Sowie: „Grundrechte kann man nicht beliebig entziehen und neu vergeben.“

Es bleiben bange Fragen: Stimmt der Bundesrat seiner Selbstentmachtung zu? Wird er überhaupt eingebunden? Und was ist mit der „vierten Gewalt“ im Staat? Soweit sie sich als „arrivierte“ Presse versteht, versagt auch sie. Apportierjournalismus ist angesagt. Und ein Spielen mit Angstmachen. Als Leithammel muss ein Karl Lauternach (SPD) herhalten, der mit mehr als 40 Auftritten binnen eines Jahres zum meistgefragten Talkshow-Wanderpokal geworden ist. Dort gibt er die Cassandra, warnt vor immer neuen Corona-Wellen, Hunderttausenden von Toten und einer Überlastung der Krankenhäuser. Derselbe Mann hatte übrigens 2019 gefordert, mehr als die Hälfte der deutschen Krankenhäuser zu schließen. Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt, hatte Lauternach diese Forderung doch zusammen mit der Bertelsmann Stiftung erhoben, deren Vorstandsmitglied Brigitte Mohn im Aufsichtsrat der Rhön-Kliniken sitzt. Von den Talkladies und Talkmasters wird er darauf nicht angesprochen.

Brodeln an der Basis

Und Markus Söder, Vertreter eines Freistaates, der 1949 dem Grundgesetz die Zustimmung verleiherte, weil man den Föderalismus nicht ausreichend gestärkt sah? Es wird ihm nicht guttun, was er hier inszeniert. Wenn nicht im Herbst 2021, so doch spätestens 2023 könnte „seine“ CSU die Quittung dafür bekommen, wenn sie nun den Föderalismus verraten sollte. Wenn sie schlau sind, wissen die Freien Wähler (FW) dies zu nutzen. Mit ihren bei der Landtagswahl von 2018 erzielten 11,6 Prozent stellen sie bereits den Koalitionspartner der CSU. Und sie stellen in Bayern ein Heer an Bürgermeistern und Landräten. Dem Vernehmen nach wollen sie 2021 für den Bundestag kandidieren. 2013 und 2017 waren sie mit jeweils 1,0 Prozent hängengeblieben. Ein wenig Boden haben sie seitdem gutgemacht, sie sind jetzt immerhin auch in den Landtagen von Brandenburg und Rheinland-Pfalz vertreten. Sollten Merkel und Söder ihre zentralistischen Pläne umsetzen, könnten die Freien Wähler versucht sein, den Bruch mit der CSU zu riskieren, um sich als bürgerliche Alternative im Bund zu präsentieren. Angesichts der großen Unzufriedenheit über die vorhandenen bürgerlichen Parteien erscheinen 5,0 Prozent und mehr keineswegs unerreichbar.

Immerhin: Der Landkreistag, dem viele FW-Mandatsträger angehören, rebelliert bereits gegen Merkels Gesetzesvorhaben. Und FW-Bayern- und Bundeschef Hubert Aiwanger sagt klipp und klar, der Bund solle sich nach all seinem Versagen hier heraushalten.

● MELDUNGEN

Grüner gegen Soko Linx

Dresden – Die politisch motivierte Kriminalität in Sachsen wird immer gewalttätiger – und forderte im letzten Jahr sogar ein Todesopfer. Daneben führt die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zwei politisch inspirierte Tötungsversuche auf. Bereits im November 2019 wurde deshalb beim Landeskriminalamt des Freistaats eigens eine „Soko Linx“ gegründet, um die Ermittlungen nach Tätern zu forcieren. Kürzlich wurde der Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten Paul Rzehaczek in seiner Wohnung überfallen. Ein Soko-Sprecher sprach von einem Mordversuch. Ihr Chef Dirk Münster hat als Bereitschaftspolizist in den 90er Jahren besetzte Häuser in Connewitz geräumt. Er bezeichnet die linke Szene als „zunehmend gewaltbereit und intellektuell“. Damit macht er sich nicht nur Freunde. Der Leipziger Grünen-Stadtrat Jürgen Kasek fordert die Auflösung der Soko. Der Rechtsanwalt gilt als Verbindungsfigur zur militanten Szene. Für ihn wird das Problem überbewertet. Es gehe lediglich darum „die Zivilgesellschaft“ mundtot zu machen. *P.E.*

Tod durch Passivität

Baton Rouge – Während die Zahl der in den letzten zwölf Monaten „an oder mit“ Corona Gestorbenen weltweit bei rund 2,8 Millionen liegt, forderten Tabakkonsum und Übergewicht doppelt so viele Opfer. Als einen weiteren „globalen Killer“ haben Peter Katzmarzyk vom Pennington Biomedical Research Center in der Hauptstadt des US-Bundesstaats Louisiana, Baton Rouge, und dessen Kollegen den Bewegungsmangel entlarvt. Wie die Wissenschaftler im „British Journal of Sports Medicine“ berichten, sterben pro Jahr etwa vier Millionen Menschen, weil sie sich zu wenig bewegen. Das sind acht Prozent aller Todesfälle weltweit. Dies ergab eine Analyse von Gesundheitsdaten aus 168 Ländern. Der Anteil der körperlich Passiven hat sich zwischen 2001 und der Ausrufung der Corona-Pandemie mehr als verdoppelt. Ungeklärt ist noch, inwieweit der Bewegungsmangel infolge der zahllosen Lockdowns seit Anfang 2020 die Mortalität beeinflusst. *W.K.*

Kirchensteuern brechen ein

Berlin – Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben vergangenes Jahr 800 Millionen Euro weniger an Kirchensteuern eingenommen. Insbesondere die Corona-Seuche hat die Kirchensteuerzahlungen einbrechen lassen. Auch ist die Zahl der Kirchenmitglieder in den vergangenen zwei Jahrzehnten von etwa 53 auf 43 Millionen gesunken. Dabei gab es verhältnismäßig wenige Austritte in den mitteleuropäischen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen. Dort sind die kirchlich gebundenen Menschen ohnehin dünn gesät. Das Institut für Wirtschaft (IW) empfiehlt den Kirchen, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und sinkender Mitgliederzahlen ihre Ausgaben kritisch zu überprüfen. *F.B.*



Der FDP-Chef mit seinem designierten Vize: Christian Lindner und Johannes Vogel (von rechts)

Foto: imago/Rainer Unkel

FDP

„Alles ist möglich in diesem Jahr“

Die Freien Demokraten wollen die Zukunft mitgestalten, in welcher Koalition, ist für sie zweitrangig

VON PETER ENTINGER

Christian Lindner gibt sich gerne staatsmännisch in diesen Tagen. „Koalitionsentscheidungen sind zu respektieren“, sagte der FDP-Vorsitzende betont devot, nachdem der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann mitgeteilt hatte, er wolle Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahren in einer Großen Koalition mit der nicht mehr ganz so großen CDU fortführen. Dabei hatten einige in der Partei gehofft, die Grünen könnten sich für eine Ampelkoalition entscheiden und damit der FDP in ihrem Stammländle wieder auf die Regierungsbank verhelfen.

Es läuft ziemlich gut für die Liberalen. Plötzlich sind sie wieder gefragt. Dass Lindner vor vier Jahren die Koalitionsverhandlungen mit CDU und Grünen platzen ließ, hat ihm lange nachgehangen. Die Umfragewerte gingen in den Keller. Dann kam auch noch das Thüringen-Drama mit dem Kurzzeitministerpräsidenten Thomas Kemmerich. Doch fünf Monate vor der Bundestagswahl ist plötzlich alles anders. Die behutsame Kritik an den Coro-

na-Maßnahmen zeigt Wirkung. In allen Umfragen liegt die FDP derzeit bei rund zehn Prozent. Und da sich die CDU in einer tiefen Krise befindet, eine schwarz-gelbe Koalition kein Thema mehr ist, gibt sich Lindner gesprächsbereit Richtung SPD und Grünen.

Schwarz-Gelb ist kein Thema mehr

Doch ganz ohne Risiko ist das nicht. Zwar legte die FDP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg aus der Opposition heraus zu, doch in Rheinland-Pfalz, wo sie in einer Ampel regierte, schaffte sie nur mit Ach und Krach den Einzug ins Parlament. Dort profitierten vor allem die Freien Wähler. Doch ausschließen will derzeit niemand auch nur irgendwas. „Alles ist möglich in diesem Jahr“, sagte etwa Co-Grünen-Chef Robert Habeck gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ über die Option einer Koalition mit SPD und FDP. Die Debatte komme aber „absurd zu früh“.

So sehen das auch führende Liberale. „Die FDP geht als eigenständige Partei in den Bundestagswahlkampf, wir diskutieren nicht abstrakt über Koalitionen, sondern über konkrete inhaltliche Angebo-

te“, sagt NRW-Generalsekretär Johannes Vogel. Er wird im Mai als stellvertretender FDP-Chef kandidieren, und seine Wahl gilt als sicher. Der Antritt des „Sozial-Liberalen“ gilt als Zeichen, dass sich die FDP breiter aufstellen will.

Der smarte Wirtschaftsliberale Lindner, der Bürgerrechtsanwalt Konstantin Kuhle, die Haudegen Marco Buschmann und Wolfgang Kubicki und nun der „Liberaler der kleinen Leute“ Vogel. „Wir sind gut und breit aufgestellt“, sagt der Parteichef. Sein künftiger Stellvertreter legt Wert darauf, sich alle Optionen offenzuhalten. Im Bund stehe die FDP in der Außenpolitik oder in Wirtschaftsfragen der Union am nächsten, sagte Vogel dem „Tagesspiegel“. „In der Sozialpolitik, etwa bei der Rente, haben wir mit der SPD unter Hubertus Heil, aber oft härter noch mit den Grünen, heftige Debatten.“

FDP bleibt ohne Koalitionsaussage

Vor allem eine Regierungsbeteiligung unter einem grünen Kanzler ist vielen in der FDP ein Gräuel. Der Fraktionsvize im Bundestag Christian Dürr warf den Grünen gerade „billigen Steuernationalis-

mus“ vor, weil sie eine zusätzliche Abgabe für im Ausland lebende Deutsche forderten. Bundestagsvizepräsident Kubicki, ein besonders harter Lockdown-Kritiker, wirft der Öko-Partei ein Spiel mit der Angst vor. „Egal ob Klima oder Corona. Die Grünen zeichnen Katastrophen-Szenarien“, sagte er kürzlich bei einem seiner sehr zahlreichen Talkshow-Auftritte.

Kubicki teilt derzeit gerne aus. In alle Richtungen. Die Grünen sind sein Hauptfeind – nach Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Dem wirft er in Corona-Fragen gerne Totalversagen vor. Dort haben die Liberalen ihre Nische gefunden. Ihre dezidierte Kritik an dem Dauer-Lockdown unter scharfer Abgrenzung zur AfD und den Querdenkern hat ihnen viel Sympathie gebracht.

Es ist derzeit schwer vorstellbar, dass sich Lindner, Markus Söder und Robert Habeck unter diesen Voraussetzungen gemeinsam auf der Regierungsbank wiederfinden könnten. Aber Lindner sagt auch vielsagend: „Es wird eine Zukunft nach der Pandemie geben.“ Und die sollte seiner Meinung nach nicht ohne die FDP gestaltet werden.

ISLAM

Lamya Kaddor will in den Bundestag

Kaum Mitglied der Grünen, hat die 42-Jährige dort eine Direktkandidatur im Ruhrgebiet ergattert

Nach gescheiterten Karrieren als Lehrerin und Publizistin zieht es die streitbare Islamkämpferin Lamya Kaddor nun als Politikerin für die Grünen in den Bundestag. Die erst im Oktober 2020 in die Partei eingetretene gebürtige Münsterländerin hat auf Anhieb eine Direktkandidatur im Ruhrgebiet ergattert.

In ihrem vorletzten Buch „Die Zerreißprobe“ hatte die Pädagogin Lamya Kaddor noch einen Konflikt zwischen „Muselmanen“ und „Deutschomanen“ künstlich stilisiert, für die angeblich der von ihr vorgeschlagene „liberale Kaddor-Islam“ die Lösung sein soll. Während Kaddor in ihrem Buch noch gegen einen vermeintlichen Buhmann, den Deutschomanen den Kampf angesagt hatte, will

sie sich jetzt von diesen Deutschomanen für die Grünen in Duisburg in den Bundestag wählen lassen.

Seit Oktober Mitglied der Grünen

In ihrer Studienzeit in Münster war die ehrgeizige Tochter syrischer Einwanderer alles andere als liberal im Sinne der freien Wissenschaft. So gehörte sie zu den ersten Kritikern ihres akademischen Lehrers Sven (Mohammed) Kalisch, als dieser nach intensiven jahrzehntelangen Forschungen im Jahre 2010 zu dem Schluss kam, dass der Prophet Mohammed keine historische Figur, sondern eher eine aus einer späteren Epoche zurückprojizierte legendäre Gestalt gewesen sei, welche die neue Religion Islam gebraucht habe, um

sich eine Identität zu geben. Kalisch verlor seine Befähigung zur Ausbildung muslimischer Religionslehrer und erhielt Morddrohungen. Kaddor fühlte sich als Siegerin.

In der Folge dieses Sieges konstruierte Lamya Kaddor dann einen angeblichen Konflikt zwischen rückständigem Islam und rassistischen Deutschen, um ihre Mogelpackung eines „liberalen Islam“ als Teil einer Lösung verkaufen zu können, wie sie es in ihrem Buch „Muslimisch und Liberal“ getan hat.

Für dieses Buch hatte sie sich Unterstützung von bereits etablierten Muslimen nicht aus der liberalen Ecke, sondern aus der grünlinken Ecke gesucht, wie dem grünen Bundestagsabgeordneten Omid

Nouripour, der das Vorwort für das Buch schrieb. Kaddor und ihre Mitstreiter wollten in dem Buch beweisen, dass der Koran eine „vernunftoffene Gläubigkeit“ offenbare. Die Aufklärung, die der Islam noch vor sich habe, erklärte sie zum wahren „Dschihad“. Auch Kaddors phantasiereicher „Bildungs-Dschihad“ konnte nicht verhindern, dass fünf ihrer Schüler in Dinslaken, Teilnehmer ihres Schulversuchs „Islamkunde in deutscher Sprache“, des Vorgängermodells für den heute regulären Islamunterricht in Nordrhein-Westfalen, mit der Lohberger Brigade in den wirklichen Dschihad gezogen sind.

Ihr Vater soll sogar im letzten Jahr, wie sie bei Maybrit Illner zugab, in Idleb umgekommen sein. *Bodo Bost*

EXTREMISMUS

Die zweifelhaften Experten des Senats

Kommission zu „antimuslimischem Rassismus“: Kommen Islamisten-Freunde zum Zuge?

VON NORMAN HANERT

Als erstes Bundesland hat Berlin eine „Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus“ eingeführt. Nachdem die Kommission relativ unbeachtet schon im Februar zu einer konstituierenden Sitzung zusammengekommen war, sorgt nun die personelle Besetzung des Gremiums für politischen Wirbel. Auch das Berliner Islamforum der Integrationsbeauftragten schickte zwei Mitglieder in die sechsköpfige Kommission. Dabei entschied sich das Islamforum für Lydia Nofal und Mohamad Hajjaj.

Beide gelten als gut vernetzt, sind in mehreren Gremien und Organisationen vertreten. Hajjaj ist beispielsweise Berliner Landesvorsitzender des Zentralrats der Muslime. Beide Kommissionsmitglieder sind zudem auch in der SPD und dort im Arbeitskreis muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktiv. Die „Welt“ berichtete im März aufgrund von Recherchen nun aber auch noch über Aktivitäten von Hajjaj in Vereinen, die zumindest in der Vergangenheit vom Verfassungsschutz als islamistisch bewertet wurden. Laut dem Bericht sind Nofal und Hajjaj die Vorsitzende und der Geschäftsführer des Vereins Inssan.

Der 2002 gegründete Verein verfolgt nach eigener Darstellung das Ziel, „die Entwicklung eines deutschsprachigen Islam zu fördern“. Seit 2012 ist Inssan auch im Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin aktiv. Erst Mitte März präsentierte der Verein „Fallzahlen 2020 zu antimuslimischem Rassismus in Berlin“.

Steuerfinanziert und gut vernetzt

Wie unter anderem durch parlamentarische Anfragen bekannt wurde, hat Inssan bei seiner Arbeit in den vergangenen Jahren ganz erheblich von Steuergeldern profitiert: Für Programme wie etwa „Aktive Stärkung muslimischer Akteur*innen“ hat Inssan von der Berliner Justizverwaltung und der Integrationsbeauftragten, aber auch vom Bundesfamilienministerium, seit 2010 laut „Welt“ insgesamt mehr als 1,3 Millionen Euro Fördermittel erhalten.

Ungeachtet der staatlichen Unterstützung sind in der Vergangenheit immer wieder Berichte über personelle



Großzügig unterstützt: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) zu Besuch beim Verein Inssan

Foto: pa

Kontakte von Inssan-Mitgliedern zu den Muslimbrüdern aufgetaucht. Der Berliner Verfassungsschutz hatte Inssan in seinen Jahresberichten 2007 bis 2009 wegen Verbindungen zur „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ erwähnt. Inzwischen umbenannt, wurde diese von Verfassungsschützern den islamisch-extremistischen Muslimbrüdern zugeordnet.

Die „Welt“ stieß bei ihren Recherchen zudem auf einen Hinweis, wonach Mohamad Hajjaj im Jahr 2014 Funktionär bei der Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland (PGD) war. Diese wurde damals von der Berliner Innenverwaltung als Organisation von Anhängern der Terrororganisation Hamas eingestuft.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus kündigte inzwischen an, in der nächsten Sitzung des Verfassungsschutzausschusses mögliche Bezüge von Mitgliedern der Expertenkommission ge-

gen „antimuslimischen Rassismus“ zu radikal-islamischen Organisationen zum Thema machen zu wollen.

Tatsächlich kann die Arbeit der Kommission insbesondere für den öffentlichen Dienst der Hauptstadt weitreichende Auswirkungen haben. Nach Senatsangaben soll die Kommission zunächst bis zum Frühjahr 2022 „das Verwaltungshandeln kritisch“ begleiten und Empfehlungen für die Präventionsarbeit erarbeiten.

Neutralitätsgesetz wankt bereits

Früher oder später wird dabei sehr wahrscheinlich auch das Kopftuchverbot im Staatsdienst eine Rolle spielen. Unter dem Stichwort „Gegen Berufsverbot“ macht bereits seit 2017 ein Bündnis von Einzelpersonen und Organisationen, unter ihnen Inssan, gegen das Berliner Neutralitätsgesetz mobil. Unterstellt wird dabei, das Gesetz sei zwar auf den ersten Blick „neutral“ formuliert; de facto stelle

„es jedoch ein Berufsverbot für muslimische Frauen* mit Kopftuch dar“.

Innerhalb der Berliner Grünen gilt neben der Spitzenkandidatin zur kommenden Landtagswahl, Bettina Jarasch, vor allem Justizsenator Dirk Behrendt als wichtiger Fürsprecher einer Regelung, mit der religiöse Kleidung und Symbole an Schulen zugelassen werden sollen. Anfang dieses Jahres kündigte Behrendt eine entsprechend Novellierung des Neutralitätsgesetzes an.

Einen entsprechenden Gesetzentwurf will der Grünen-Politiker noch vor der Abgeordnetenhauswahl im September ins Parlament einbringen. Schon vergangenes Jahr hatte Behrendt für Aufregung gesorgt, als er im Rechtsausschuss ankündigte, Referendarinnen bei Berliner Gerichten und der Staatsanwaltschaft dürften im Gerichtssaal ein Kopftuch tragen, sofern dabei ein Ausbilder anwesend ist.

ASYL-UNTERKÜNFTE

Plattenbauten zu Luxuspreisen

Wohnungsnot? Bei „Flüchtlingen“ kennt Berlin weder Kosten noch Naturschutz oder Anwohnerrechte

Auf kaum einem anderen Gebiet lässt sich das Versagen von Berlins rot-rot-grüner Landesregierung so präzise in Zahlen messen wie beim Wohnungsbau. Vorgenommen hatte sich die Koalition, in der laufenden Wahlperiode 30.000 städtische Wohnungen neu zu schaffen. Bereits vergangenes Jahr wies die damalige Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) allerdings darauf hin, dass bis zum Ende der Legislaturperiode über 6000 landeseigene Wohnungen weniger gebaut würden, als dies SPD, Grüne und Linkspartei in ihrem Koalitionsvertrag versprochen hatten.

Deutlich erfolgreicher zeigen sich Berlins Regierungsparteien beim Bau von „Modularen Unterkünften für Flüchtlinge“, kurz MUF. Seit 2016 baut das Land Berlin im ganzen Stadtgebiet 47 MUF. Insgesamt entstehen in Berlin so rund 6000

Wohnungen. Derzeit sind bereits 20 der Unterkünfte in Betrieb und neun im Bau. Die restlichen sind in Planung.

Zu Beginn des Bauprogramms hatte der Senat angekündigt, die Unterkünfte seien so konzipiert, dass sie zunächst für „Geflüchtete“ genutzt werden, danach aber dem sozialen oder allgemeinen Wohnungsmarkt zugeführt werden könnten. Die Rede war auch von späteren Nutzungsmöglichkeiten als Studentenunterkünfte oder als Seniorenheime.

Unmut bei den Bürgern wächst

Der parteilose Abgeordnete Marcel Luthé wies im Zusammenhang mit den Unterkünften unlängst darauf hin, dass der Senat nun auf den Begriff „statusgewandelte Flüchtlinge“ zurückgreift. „Eine spannende Wortschöpfung, die das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, auf das der

Senat seine Bauten stützt, gar nicht kennt“ so Luthé. Zweck der Wortschöpfung ist es offenbar, in die Häuser auch Personen einziehen zu lassen, die gar keine „Flüchtlinge“ mehr sind, sondern mittlerweile einen offiziellen Asylstatus haben.

Mit dem Fortschritt des Bauprogramms wächst auch der Unmut der betroffenen Anwohner. Das Land kann für den Bau auf ein Sonderbaurecht zurückgreifen, das die sonst üblichen Mitspracherechte von Anwohnern bei der Bauplanung aufhebt. Als Folge werden Bürgern in Einfamilienhaussiedlungen die mehrgeschossigen MUF zum Teil direkt hinter den Gartenzaun gesetzt. In anderen Fällen werden die bisherigen Planungen der Bezirke durchkreuzt, die auf den Flächen eigentlich Schulen und Kitas vorgesehen hatten. In Pankow und Zehlendorf müs-

sen für die MUF wiederum Wald und sogar Naturschutzflächen gerodet werden. Da die Flächen nie für eine Bebauung mit Wohnungen vorgesehen waren, fallen die Erschließungskosten hoch aus.

Generell hat sich die Kostenfrage zu einem Hauptkritikpunkt des Programms entwickelt. Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) sprach Anfang 2018 von 16 Millionen Euro, die ein MUF-Komplex im Schnitt koste. Hochgerechnet auf die 47 Bauprojekte ergäbe dies Kosten von 752 Millionen Euro. Eine Bürgerinitiative in Steglitz-Zehlendorf errechnet für einen MUF-Komplex am Ostweg jedoch Baukosten von 3500 Euro pro Quadratmeter. Dies entspricht Preisen, die in Berlin sonst für hochwertigen Wohnungsneubau gezahlt werden. Die modularen Unterkünfte in Plattenbauweise haben allerdings nicht einmal Keller oder Balkone. N.H.

● KOLUMNE

Freiheit perdu

VON VERA LENGSFELD

Wenn Sie diese Kolumne lesen, ist unsere Freiheit bereits abgeschafft. Auf Wunsch von Kanzlerin Merkel, die jedes Maß verloren hat und offenbar entschlossen ist, vor ihrem Abgang noch so viel Schaden wie möglich anzurichten, ist das „Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes“ vom Bundestag beschlossen worden. Damit sollen zwei angebliche Lücken im geltenden Infektionsschutzgesetz geschlossen werden.

Es wird eine „bundesweite Notbremse“ ab einer Sieben-Tage-Inzidenz eingeführt. Das heißt, sobald an drei Tagen hintereinander mehr als 100 „Neuinfektionen“ pro 100.000 Einwohnern gezählt werden, wird automatisch ein harter Lockdown verhängt, so lange bis die Zahlen drei Tage hintereinander wieder unter 100 fallen.

Außerdem ist die Bundesregierung ermächtigt, zur einheitlichen Festsetzung von Corona-Maßnahmen Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen.

Was hier auf den ersten Blick eher harmlos klingt, hat es in sich.

Zum Ersten ist die sogenannte „Inzidenz“ eine völlig willkürlich festgelegte Zahl, die keinerlei Bezug zum wirklichen Infektionsgeschehen hat. Wenn es Meldeverzug gibt wegen Wochenenden oder Feiertagen, werden die nachgemeldeten Zahlen einfach als „Neuinfektionen“ eines Tages mitgezählt. Die angeblichen „Neuinfektionen“ sind keine, denn wie inzwischen mehrere Gerichte, zuletzt in Weimar, festgestellt haben, ist der PCR-Test für diagnostische Zwecke nicht geeignet.

Die meisten „Neuinfizierten“ sind Menschen ohne Symptome. All das ist seit Monaten bekannt. Aber die Bundesregierung macht einfach weiter. Bekanntlich neigt Merkel zu der linksradikalen Zero-Covid-Strategie, die einen Total-Lockdown fordert. Der soll mit der Ermächtigung, bundesweite Corona-Maßnahmen zu verhängen, ermöglicht werden. Das ist das Ende unserer Freiheit.

● MELDUNG

DDR-Flucht per Bahn

Berlin – Obwohl der sogenannte Waisentunnel seit gut hundert Jahren noch nie von Fahrgästen genutzt wurde, wird die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) den stillgelegten U-Bahntunnel ab 2022 mit erheblichem Aufwand sanieren. Der Waisentunnel ist ein stillgelegter Abschnitt der Berliner U-Bahn unter der Spree in Berlin-Mitte, der die Gleisanlagen am Alexanderplatz mit dem übrigen U-Bahnnetz verbindet. Genutzt wird der Betriebstunnel nur, um U-Bahnen zur Wartung in die Werkstätten zu überführen. In der Zeit der Teilung Berlins war er der Schauplatz einer spektakulären Flucht aus Ost-Berlin. Im Jahr 1980 nutzte ein Stellwerkmechaniker sein Wissen über den Tunnel, um zusammen mit Angehörigen zur U-Bahnlinie 8 zu gelangen, die von der West-Berliner BVG befahren wurde. Ursprünglich geht der Waisentunnel auf Pläne der AEG für eine Nord-Süd-Verbindung zurück, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr realisiert wurden. N.H.

● MELDUNGEN

Warschau dementiert

Warschau/Moskau – Polens Verteidigungsministerium hat Vorwürfe zurückgewiesen, die Marine des Landes behindere die Verlegung der Rohre für die Ostseepipeline Nord Stream 2 mit Provokationen. Das Ministerium teilte mit, am 29. März sei ein Schiff der polnischen Marine auf offener See seiner „gesetzlichen Aufgabe“ in der Nähe des Pipelinebaus nachgegangen. Dabei sei der Sicherheitsabstand eingehalten worden und alles korrekt abgelaufen. Zudem würden Flugzeuge der polnischen Marine regelmäßige Patrouillenflüge über der Ostsee absolvieren. Auch diese würden im Einklang mit den internationalen Bestimmungen durchgeführt. Ein Vertreter der Nord Stream 2 AG hatte demgegenüber zuvor über gezielte Störungen der Bauarbeiten an der Pipeline durch zivile, aber auch durch militärische Schiffe und Flugzeuge berichtet. *N.H.*

Selbstkritik an Polizeikritik

Portland (Oregon) – Die größte Tageszeitung im US-Bundesstaat Oregon, „The Oregonian“, hat in einem Artikel zur Kriminalitätsentwicklung ihre frühere Unterstützung für „Defund the police“-Forderungen als einen Fehler gewertet. Portland gehört zu den Großstädten in den USA, die nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd und weiteren Vorwürfen von Polizeigewalt die finanziellen Mittel für die Polizeiarbeit deutlich gekürzt haben. Inzwischen belegt die offizielle Kriminalitätsstatistik einen Anstieg bei schweren Gewalttaten. Laut den Daten des Portland Police Bureau ist die Zahl der Morde von Juni 2020 bis Februar 2021 im Vorjahresvergleich um 225 Prozent gestiegen. Wie aus einer Studie der National Commission on Covid-19 and Criminal Justice hervorgeht, ist im Jahr 2020 die Zahl der Menschen, die in US-Großstädten getötet wurden, im Durchschnitt um 30 Prozent gestiegen. Besonders betroffen von dieser Entwicklung waren Chicago und New York. *N.H.*

Normalisierung in den USA

Washington – Mittlerweile haben 17 der 50 US-Bundesstaaten die bislang geltenden Corona-Verbote und -Einschränkungen vollständig aufgehoben. Anfang März verordnete der republikanische Gouverneur von Texas, Gregory Wayne Abbott, die Rücknahme sämtlicher diesbezüglicher Maßnahmen. Daraufhin prophezeiten die Demokraten einen dramatischen Anstieg der Fallzahlen in dem Südstaat. Doch diese gingen stattdessen kontinuierlich zurück – genau wie die Zahl der Toten. Die gleiche Entscheidung wie Abbott traf der ebenfalls republikanische Gouverneur von Florida, Ronald Dion DeSantis, dem zufolge die Lockdowns überflüssig und der größte gesundheitspolitische Fehler in der Geschichte der USA gewesen seien. Zudem untersagten DeSantis und Abbott allen Behörden und Unternehmen in ihren jeweiligen Bundesstaaten, Impfnachweise von Bürgern zu verlangen und so deren persönliche Freiheit zu beschneiden. *W.K.*

REPARATIONEN

Sechs Gründe, nicht zu zahlen

Griechen werden nicht müde, von Deutschland Entschädigungen für Weltkriegsschäden zu verlangen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Pünktlich zum 80. Jahrestag des Beginns des deutschen Balkanfeldzuges gegen Griechenland und Jugoslawien hat die Regierung in Athen ihre Reparationsforderungen an die Adresse der Bundesrepublik bekräftigt. Am 6. April verkündete der Sprecher des griechischen Außenministeriums Alexandros Papaioannou gegenüber der Deutschen Presse-Agentur zur Problematik der Wiedergutmachung für die erlittenen Kriegsschäden: „Die Frage bleibt offen bis zur Erfüllung unserer Forderungen. Diese Forderungen sind gültig und aktiv und sie werden mit jedem Mittel geltend gemacht.“

Nachdem Athen zunächst zehn Milliarden, dann 70 Milliarden und schließlich 278 Milliarden Euro verlangt hatte, bezifferte eine griechische Parlamentskommission die erlittenen Schäden 2016 auf mindestens 289 Milliarden Euro – einschließlich des Zwangskredits, den Grie-

chenland der Deutschen Reichsbank während des Krieges habe gewähren müssen. Damit wollten sich Hardliner wie der 2020 verstorbene frühere linke Europaparlamentsabgeordnete Manolis Glezos aber immer noch nicht zufriedengeben und forderten 500 Milliarden Euro.

500 Milliarden Euro gefordert

Für die Bundesregierung gilt die Reparationsfrage mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland von 1990 freilich als endgültig geklärt, weshalb sie danach auch in keine diesbezüglichen Verhandlungen mit Athen eintrat. Das veranlasste nun wiederum die Bundestagsfraktionen der Grünen und Linken zu heftiger Kritik.

Die grüne Parlaments-Vizepräsidentin Claudia Roth nutzte die Gelegenheit, um sich erneut theatralisch für Deutschland zu schämen. Die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Heike Hänsel, nannte die Position Berlins „mo-

ralisch, aber auch rechtlich inakzeptabel“. Tatsächlich gibt es jedoch keinerlei Grund für einen geforderten Kurswechsel in der Reparationsfrage.

Zum Ersten hatte nicht nur das Dritte Reich Krieg gegen Griechenland geführt und ein Besatzungsregime errichtet. Das taten ganz genauso auch Italien und Bulgarien, an die aber keine Forderungen ergingen. Zum Zweiten entstanden viele der angeblichen Kriegsschäden, für die Deutschland verantwortlich sein soll, im Zuge von Aktionen der Partisanen der kommunistischen Griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS) beziehungsweise während des äußerst verbissen geführten griechischen Bürgerkrieges, der vom Herbst 1944 bis September 1949 andauerte. Zum Dritten resultierte die schwere Hungersnot der Jahre 1941/42, in deren Verlauf mehrere hunderttausend Griechen starben, nicht aus deutschem Vernichtungswillen, sondern der gezielten Blockade von Nahrungsmitteltransporten durch die Briten.

Zum Vierten hat Deutschland schon in reichlichem Maße Entschädigungen geleistet. Das begann mit der Lieferung von demontierten Anlagen im Wert von 105 Millionen D-Mark, welche die Siegermächte während der Pariser Konferenz von 1946 anordneten. Dazu kamen die als „Investitionskredit“ getarnten Reparationen im Umfang von 200 Millionen Mark aus dem Jahre 1953.

Korrupte Politiker sahten ab

Außerdem waren da noch die freiwilligen Geldzahlungen an die Opfer der Besatzungszeit und deren Nachkommen gemäß einem bilateralen Abkommen vom 18. März 1960. Diese beliefen sich auf insgesamt 115 Millionen Mark. Allerdings kamen diese Wiedergutmachungsleistungen oft nicht bei den vorgesehenen Empfängern an. Daran trägt die Bundesrepublik aber keine Schuld. Für das Verschwinden der abgelieferten Maschinen und Ausrüstungen auf dem Seeweg in die Ägäis zeichneten britische Geschäftsmacher verantwortlich. Und von den danach gezahlten 315 Millionen Mark landeten drei Viertel in den Taschen von korrupten griechischen Politikern.

Zum Fünften handelt es sich bei dem angeblichen Kredit, den das Dritte Reich bei den Griechen aufgenommen haben soll, um einen lupenreinen Mythos. Die fraglichen 476 Millionen Reichsmark waren die Besatzungskosten gewesen, welche Athen gemäß der Haager Landkriegsordnung tragen musste. Diesen stehen zudem umfangreiche unentgeltliche deutsche Lieferungen nach Griechenland aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges gegenüber. Wie der Mannheimer Historiker Heinz Richter anhand von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes errechnete, bleibt daher ein geringes Plus zugunsten Deutschlands. Deshalb sei es Unfug, wenn Athen jetzt die Rückzahlung der „Anleihe“ fordert.

Und zu guter Letzt muss natürlich auch berücksichtigt werden, dass Griechenland seit Jahrzehnten zu den Empfängern von EU-Hilfen zählt, die zu rund einem Drittel aus dem deutschen Steuersäckel kommen. Mehr finanzielle Wiedergutmachung geht wohl nicht.



FOTO: IMAGO IMAGES/ANDREAS NEUMEIER

Mehr Geld für teure Mahnmale: Im griechischen Karakolithos erinnert ein Denkmal an ein Kriegsverbrechen der Wehrmacht

SPUTNIK V

Ein Impfstoff als politisches Druckmittel?

Brüssel lässt sich mit der Zulassung des russischen Vakzins Zeit – EU-Einheit bröckelt

Bei der Entwicklung eines wirksamen Impfstoffs gegen Corona hatte Russland die Nase vorn. Bereits im August 2020 gab Moskau den weltweit ersten Corona-Impfstoff für eine breite Anwendung in der Bevölkerung frei. Die Meldung war noch frisch, als es auch schon Kritik an der Vorgehensweise Russlands hagelte. Die Russen hatten den Abschluss der Phase-III-Tests nicht abgewartet, was für die Zulassung neuer Medikamente normalerweise Voraussetzung ist. Die Testpersonen wurden während der noch laufenden Studien mit Sputnik V geimpft.

Herbe Kritik aus dem Westen gab es nicht nur wegen des Fehlschlüssiger Daten, sondern es wurde auch der symbolträchtige Name als Propaganda des Kreml interpretiert: Sputnik 1 hieß der weltweit erste gestartete Satellit, mit dem die Sowjetunion im Jahr 1957 die USA und die westliche Welt schockierte. Ob bei Sputnik V das V für Victory (Sieg) steht

oder einfach nur für Vakzin, darüber rätseln selbst die meisten Russen.

Das im Moskauer Gamaleja-Forschungszentrum entwickelte Serum ist ein Vektor-Impfstoff und damit dem von Astrazeneca ähnlich. Mit einer Wirksamkeit von 91,6 Prozent steht es dem von Moderna und Biontech/Pfizer nicht nach. Sputnik V soll sogar gegen die Variante B.1.1.7 wirksam sein. Als Nebenwirkungen sind Schmerzen im Arm, Kopf- und Gliederschmerzen, Abgeschlagenheit sowie zum Teil grippeähnliche Symptome bekannt.

Zulassung in 56 Ländern

56 Länder haben inzwischen Sputnik V zugelassen, nur die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) prüft derzeit noch die Zulassung. Angela Merkel hatte bei Ausbruch der Pandemie eine EU-weite einheitliche Vorgehensweise bei der Impfstoffbeschaffung eingefordert und eine

Zusammenarbeit mit Russland aus politischen Gründen – der Ukraine Krise und der Verhaftung Alexej Nawalnyjs – ausgeschlossen.

Aufgrund der schleppenden Impfstoffversorgung innerhalb der EU regt sich indessen Widerstand. Nicht nur immer mehr EU-Mitgliedstaaten scheren aus der gemeinsamen Impfstoffstrategie aus – Ungarn und die Slowakei verimpfen bereits ohne EU-Zulassung Sputnik V, Österreich erwägt einen Alleingang –, auch in Deutschland regt sich Widerstand gegen die Blockadehaltung. Nach den mitteldeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen spricht sich auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder für die Herstellung von Sputnik V im Werk des russischen Pharmakonzerns R-Pharma in Illertissen aus. Bis zum Sommer könnten dort 2,5 Millionen Impfdosen hergestellt werden.

Ist es angesichts der Ausbreitung der Pandemie nicht geboten, alle vorhandenen Impfstoffe zur Anwendung kommen zu lassen? An dieser Frage scheiden sich die Geister. Skeptiker sehen in dem russischen Impfstoff ein Propagandamittel, mit dessen Zulassung der Westen Putin in die Hände spiele. Die Gegenseite argumentiert, dass der Schutz der Bevölkerung vor geopolitischen Erwägungen stehen müsste.

Angetrieben von dem Wunsch, den Impfungspass so schnell wie möglich in den Griff zu bekommen und ein weiteres Bröckeln der Einheit in der EU zu verhindern, sahen Merkel und Emmanuel Macron sich offenbar gezwungen, mit Putin zu verhandeln. Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine „Taskforce Impfen“ gegründet, um Engpässe bei den Impfstoffen zu verhindern.

*Manuela Rosenthal-Kappi
(siehe auch Seite 8)*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der im November 1869 eröffnete, 193 Kilometer lange Suezkanal ist eine der wichtigsten Wasserstraßen der Welt. So verkürzt er die Fahrtstrecke zwischen Singapur und Rotterdam um etwa 6000 Kilometer.

Im Jahre 2019 wurde der Kanal von 18.800 Schiffen passiert und Fachleute schätzen, dass rund 13 Prozent des weltweiten Seehandels über ihn laufen. Insofern kann es zu unabsehbaren Folgen für die globale Wirtschaft führen, wenn die Durchfahrt blockiert wird. Genau das ist am 23. März geschehen. An dem Tag verkeilte sich das 400 Meter lange und 59 Meter breite taiwanische Containerschiff „Ever Given“ mit Bug und Heck an den beiden gegenüberliegenden Ufern des Kanals. Deswegen blieb die Schifffahrtsstraße bis zum 29. März unpassierbar (siehe PAZ vom 1. April, Seite 11).

Die „Ever Given“ hat eine Tragfähigkeit von 198.886 Tonnen und kann 20.124 TEU-Standardcontainer laden. Die stapeln sich dann rund 40 Meter hoch auf dem Oberdeck, was dem Schiff wohl zum Verhängnis wurde. Wenn ein kräftiger seitlicher Wind auf die von den Frachtbehältern gebildete, rund 10.000 Quadratmeter große Wand aus Stahl trifft, hat der Steuermann Probleme, den Kurs zu halten. Und so drückte es die „Ever Given“ aus der nur 121 Meter breiten ausgebagerten Fahrrinne in Richtung des östlichen Ufers.

Dabei war nicht nur die Verstopfung einer der wichtigsten maritimen Hauptschlagadern fatal, sondern auch der Zeitpunkt des Ereignisses. Die 426 Schiffe, welche nach einer Woche nördlich und südlich der „Ever Given“ festsaßen, sollten mit ihrer Fracht dazu beitragen, dass sich die durch Corona strapazierte Weltwirtschaft erholt und fragil gewordene globale Lieferketten wieder zuverlässiger werden. Stattdessen warteten die Produzenten in Europa erneut auf dringend benötigte Güter wie Halbleiter, Maschinenteile und Industriechemikalien.

Milliardenschaden durch Havarie

Darüber hinaus stockte auch der Nachschub bei Haushaltsgeräten, Möbeln, Textilien, Fahrrädern und ähnlichen Konsumartikeln, die zumeist in Fernost produziert werden. Des Weiteren verschärfte die Havarie den bestehenden Containermangel, da Leercontainer nicht zurückbefördert werden konnten, was die Frachtkosten noch höher trieb, als sie ohnehin schon waren. Bei den Reedereien, die ihre Schiffe angesichts der unklaren Situation im Suezkanal auf den Umweg um das Kap der Guten Hoffnung schickten, stiegen diese teilweise um 46 Prozent.

Der Gesamtschaden infolge der Havarie der „Ever Given“, welche einmal mehr



Festgefahren: Eine Woche lang sorgte die „Ever Given“ im Suezkanal für eine Einschränkung des weltweiten Warenverkehrs

WELTHANDEL

Wenn das Nadelöhr einmal verstopft ist

Nicht erst seit der Blockade des Suezkanals durch das Containerschiff „Ever Given“ suchen verschiedene Nationen nach alternativen Transportwegen

die Risiken der globalen Vernetzung aufzeigte, lässt sich momentan noch nicht exakt beziffern.

Auf jeden Fall blieben pro Tag Güter im Wert von 9,6 Milliarden US-Dollar auf dem Weg zu ihren Empfängern liegen. Und die Kosten für das Freischleppen des Containerriesen sowie die Einnahmeausfälle der ägyptischen Kanalbehörde SCA dürften nochmals bei rund einer Milliarde Dollar liegen. Insgesamt könnten auf die Reederei Evergreen Marine, deren Umsatz reichlich vier Milliarden US-Dollar im Jahr beträgt, Regressforderungen in Höhe von 400 Millionen Dollar zukommen – wohlgeordnet: pro Stunde, die der Kanal blockiert war.

Trotzdem ging das Ganze noch relativ glimpflich aus. Was wäre gewesen, wenn die Bergung der „Ever Given“ mehrere Wochen gedauert hätte? Diese Frage stellt man sich nun in verschiedenen Ländern, womit die bereits ins Auge gefassten Alternativen zum Suezkanal weitere Bedeutung gewinnen. Dabei kristallisieren sich momentan vier Lösungen heraus.

Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) am 15. September 2020 planen beide Staaten, eine Pipeline zwischen den israelischen Hafenstädten Eilat am Roten Meer und Aschkelon an der Küste des Mittelmeeres zu bauen, um durch diese Rohöl nach Norden zu pumpen. So müssten weniger Tanker den Suezkanal passieren. Nach Expertenschätzungen ließen sich die Öltransporte auf der Schifffahrtsroute hierdurch um zwölf bis 17 Prozent reduzieren.

Bypässe für den Suezkanal

Des Weiteren haben Israel und die VAE die Absicht, eine Bahnstrecke vom Persischen Golf quer durch Saudi-Arabien und Jordanien bis zur israelischen Mittelmeer-Metropole Haifa anzulegen. Damit könnten Waren innerhalb von nur zwei Tagen über die Arabische Halbinsel transportiert werden. Die Schifffspassage von Dubai nach Haifa durch den Suezkanal dauert zehn Tage länger. Auch China setzt nun immer mehr auf den Landweg.

Im Rahmen von Pekings Belt-and-Road-Initiative entstanden bereits diverse neue Bahnverbindungen für den Güterverkehr mit Europa via Russland beziehungsweise Mittelasien, die Türkei und den Balkan. Deren Kapazität ließe sich durchaus erweitern.

Desgleichen ist Russland bemüht, einen dauerhaft nutzbaren Weg zwischen Europa und Asien zu eröffnen, welcher den Nahen Osten vermeidet. Deshalb investiert es verstärkt in Eisbrecher zur Freihaltung der Schifffahrtsroute entlang des nördlichen Seeweges durch die Arktis, den Moskau ganz alleine kontrolliert, weil er durch die Ausschließliche Wirtschaftszone Russlands verläuft.

Keiner dieser „Bypässe“ zum Suezkanal wird allerdings demnächst in ausreichendem Maße nutzbar sein. Dennoch müssen über kurz oder lang praktikable Alternativen her. Immerhin gab es bereits am 6. April den nächsten Alarm, weil der italienische Öltanker „Rumford“ plötzlich Maschinenprobleme bekam, als er von Süden her in die Wasserstraße einlief.

EMBARGOPOLITIK

Teheran sucht neue Freunde

Diplomatische Niederlage der USA im Mittleren Osten – Iraner schließen Investitionspakt mit China

Der Versuch der USA, den Iran mit einem Handelskrieg in die Knie zu zwingen oder dort vielleicht einen sogenannten Regime Change (Regimewechsel) zu erreichen, hat einen Rückschlag erlitten. In Teheran unterzeichneten Chinas Außenminister Wang Yi und sein iranischer Amtskollege Mohammad Dschawad Sarif ein 400 Milliarden US-Dollar umfassendes Vertragswerk über Investitionen Chinas im Iran.

Zudem wurde die Gründung einer iranisch-chinesischen Bank angekündigt. Damit sollen mögliche US-Sanktionen auf dem Finanzsektor unterbunden werden. Weiter sollen die Chinesen beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Telekommunikation sowie in der Informati-

onstechnologie helfen. Der Telekommunikationsausstatter Huawei will das 5G-Netz liefern. Bereits jetzt gehen ein Drittel der iranischen Exporte nach China.

Chinesische Bomber für den Iran

Aber auch militärisch profitieren beide Seiten. So sollen chinesische Varianten moderner Überschallbomber und Jagdflugzeuge an den Iran geliefert werden. Andererseits soll die chinesische Luftwaffe Zugang zu den Luftbasen Hamedan, Bandar Abbas, Tschahbahar und Abadan bekommen. Als Flottenbasen sind Tschahbahar, Bandar-e-Bushehr und Bandar Abbas im Gespräch. Die Anwesenheit chinesischer Militäreinheiten dürfte da-

mit künftig israelische oder US-amerikanische Angriffe dort ausschließen.

Die EU hatte zuvor die Chance, unabhängig von den USA eine Partnerschaft zum Iran aufzubauen, zog es aber vor, letztlich im Windschatten des NATO-Anführers USA zu operieren. Der Iran strebt nun mit Russland ein ähnliches Übereinkommen an. Modschtaba Solnu, Leiter des außenpolitischen Ausschusses im iranischen Parlament, sagt: „Wir wollen auch mit Russland ein ähnliches Abkommen wie mit China, das praktisch als eine Roadmap langfristig eine bindende wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht.“

Da auch der russische Außenminister Sergei Lawrow demnächst im Iran erwar-

tet wird, erscheint die neue Bereitschaft des US-Präsidenten Joe Biden verständlich, nun doch Gespräche mit dem Iran über eine Rückkehr zum sogenannten Atom-Deal aufzunehmen. Angesichts der neuen Entwicklung kann Biden aber mit keinen zusätzlichen Zugeständnissen rechnen, die über das damalige Vertragswerk hinausgehen. Mit Blick auf diese US-Politik sprach Präsident Hassan Rohani von „Wirtschaftsterrorismus“.

Chinas Außenminister besucht außerdem Saudi-Arabien, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Bahrain. Peking wird sicher den Versuch unternehmen, auch dort weitere Schritte nach vorn zu machen. *Frank Bücker*

MELDUNGEN

USA kaufen Öl bei Russen

New York – Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete, dass Russland 2020 den dritten Platz bei der Lieferung von Öl und Erdölprodukten in die USA belegt hat. Russland lieferte im Schnitt 538.000 Barrel täglich und übertraf damit Saudi-Arabien, das 522.000 Barrel pro Tag in die USA exportierte. Russland lieferte hauptsächlich Heizöl an die Unternehmen Valero und Exxon. Auch die Exporte von Erdölprodukten erreichten mit 9,1 Millionen Tonnen ein Maximum. Als Gründe für den Anstieg der Importe aus Russland nannte Bloomberg die US-Sanktionen gegen Venezuela und die Reduzierung der Produktion der OPEC-Länder. Die wachsende Abhängigkeit der USA von russischem Öl stehe in krassem Widerspruch zum Druck, den Washington auf europäische Länder, speziell auf das Nord-Stream-2-Projekt ausübe, so Bloomberg. *MRK*

Zins für Rente soll fallen

Berlin – Laut einem Verordnungsentwurf des Bundesfinanzministeriums sollen Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds ihren Kunden vom 1. Januar 2022 an bei Neuverträgen maximal noch eine jährliche Verzinsung von 0,25 Prozent über die gesamte Laufzeit der Verträge zusagen dürfen. Derzeit liegt der sogenannte Höchstrechnungszins bei 0,9 Prozent. Für die Lebensversicherungen wird es mit sinkendem Rechnungszins immer schwerer, noch Garantien in Höhe der eingezahlten Beiträge sicherzustellen. Nach Berechnungen der Deutschen Aktuarvereinigung e.V ist es mit einem Rechnungszins von unter 0,5 Prozent schwierig bis unmöglich, bei normalen Laufzeiten noch zu einem Beitragserhalt zu kommen, selbst wenn die Abschluss-Vertriebskosten wegfallen. Der Bund der Versicherten wies darauf hin, dass sich die Senkung des Garantiezinses insbesondere auf Altersvorsorgeverträge wie die Riester- und Rürup-Renten auswirken wird. *N.H.*

Verkauf der Schufa geplant

Wiesbaden – Einige der Eigentümer der Wirtschaftsauskunftei Schufa, darunter die Deutsche Bank und die Commerzbank, verhandeln laut der wirtschaftspolitischen Monatszeitschrift „Wirtschaftsdienst“ über den Verkauf ihrer Anteile. Wie Bloomberg berichtet, steht dabei auch ein Komplettverkauf zur Debatte. Im Rahmen der Verkaufspläne sollen inzwischen auch schon Gespräche mit Finanzinvestoren aus Schweden und den USA geführt worden sein. Aktuell gehört die Schufa Einzelunternehmen. Kreditbanken halten rund 35 Prozent. Sparkassen sind mit etwa 26 Prozent und private Banken mit einem Anteil von knapp 18 Prozent beteiligt. Das 1927 in Berlin als „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ gegründete Unternehmen mit Sitz in Wiesbaden ist Deutschlands größte Kreditauskunftei. Die Schufa verwaltet die Daten von fast 68 Millionen Deutschen und rund drei Millionen Unternehmen. Nach Einschätzung von Bloomberg ist die Schufa als Unternehmen rund zwei Milliarden Euro wert. *N.H.*

KOMMENTARE

Purer Zynismus

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Den Import eines nachgewiesenermaßen wirksamen Medikaments gegen COVID-19 aus politischem Kalkül zu verhindern ist genauso zynisch, wie die Vergiftung und die menschenunwürdigen Haftbedingungen des Putin-Herausforderers Alexej Nawalnyj herunterspielen zu wollen.

Dennoch: Müsste es nicht für alle Regierenden weltweit das Gebot der Stunde sein, alles zu unternehmen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen und das Leben von Abermillionen Menschen zu schützen? So sollte man meinen. Doch zumindest für die EU und Deutschland trifft das offenbar nicht zu. Pannen über Pannen, Chaos bei der Beschaffung von Masken, Tests und Impfdosen – so sieht die Realität aus. Das Hin und Her um das russische Vakzin Sputnik V und das Ausscheren einiger EU-Staaten aus der sogenannten Impfallianz wirft ein grelles Licht auf die Einheit der Union. Im Zweifelsfalle wollen sich die Mitglieder – vor allem an der Ostflanke, aber auch Österreich und Ita-

lien – nicht auf Brüssel und Ursula von der Leyen an der Spitze der Kommission verlassen. Der Umgang mit Russland bereitet denjenigen Ländern, denen das Land seit Jahrzehnten ein zuverlässiger Partner ist, zunehmend Bauchschmerzen. Immer mehr Widerstand regt sich sowohl gegen die Sanktionen als auch dagegen, Sputnik V als reines Propagandamittel des Kreml zu erachten. Wo Solidarität statt Polarisierung gefragt wäre, schafft die EU bürokratische Hürden und lässt sich bei einem so wichtigen Thema wie der Pandemiebekämpfung auf ein Ost-West-Kräftemessen im Zeichen eines neuen Kalten Krieges ein.

So wie es im Augenblick aussieht, soll durch das Schnecken tempo, mit der die Europäische Arzneimittelagentur Sputnik V prüft, die Zulassung des Impfstoffs für die EU hinausgezögert werden, in der Hoffnung, dass bis dahin genügend Impfdosen der westlichen Hersteller auf dem europäischen Markt verfügbar sind. Die Folgen tragen die Normalbürger der EU, die auf eine Herdenimmunität durch ausreichende Impfungen wohl lange warten müssen.

Was will die AfD?

HANS HECKEL

Wenn sie stolpert, dann nur über sich selbst – dieses kühle Resümee über die Erfolgsaussichten der AfD hat sich bei ihrem jüngsten Parteitag noch einmal bewahrheitet. Gerade erst hatte eine Umfrage für Sachsen, in dessen Hauptstadt Dresden sich die rund 560 Delegierten trafen, der Alternative für Deutschland fast 30 Prozent prognostiziert. Damit wär sie vor der CDU stärkste Partei. Nur eine Viererkoalition fast aller anderen Fraktionen könnte eine Regierungsbeteiligung der AfD da noch verhindern.

Doch in Dresden trafen nicht nur zwei inhaltlich streitende Lager aufeinander. Vor allem scheint man die Aussicht auf die Beteiligung an einer Regierung auch völlig unterschiedlich zu bewerten. Während Partei-Co-Chef Jörg Meuthen fast beschwörend auf die Chancen verwies, die ein solcher Aufstieg der Alternative böte, scheint die

Regierungsperspektive unter den Anhängern seines Parteitagskontrahenten Björn Höcke eher Schauern und Verdacht auszulösen – den Verdacht, um einer Beteiligung an der Macht willen die eigenen Ideale zu verraten.

So wurde mit Beschlüssen wie dem zum Austritt aus der EU als AfD-Parteiziel vor allem der Abstand zu den „Etablierten“ vergrößert. Zwar ist der Beschluss mit dem Auftrag versehen, eine „neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ zu gründen. Doch diese Differenzierung vermochte ein einzelner Delegierter aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen, als er einen „Austritt mit Arschtritt“ als Parole in den Saal schleuderte.

Was will die AfD? Mitgestalten? Oder lieber in weltanschaulicher Hundertprozentigkeit verharren ohne Aussicht auf Realisierung auch nur eines einzigen ihrer Programmpunkte? Dieser Frage mit Träumen von 51-Prozent-Ergebnissen auszuweichen wäre feige.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

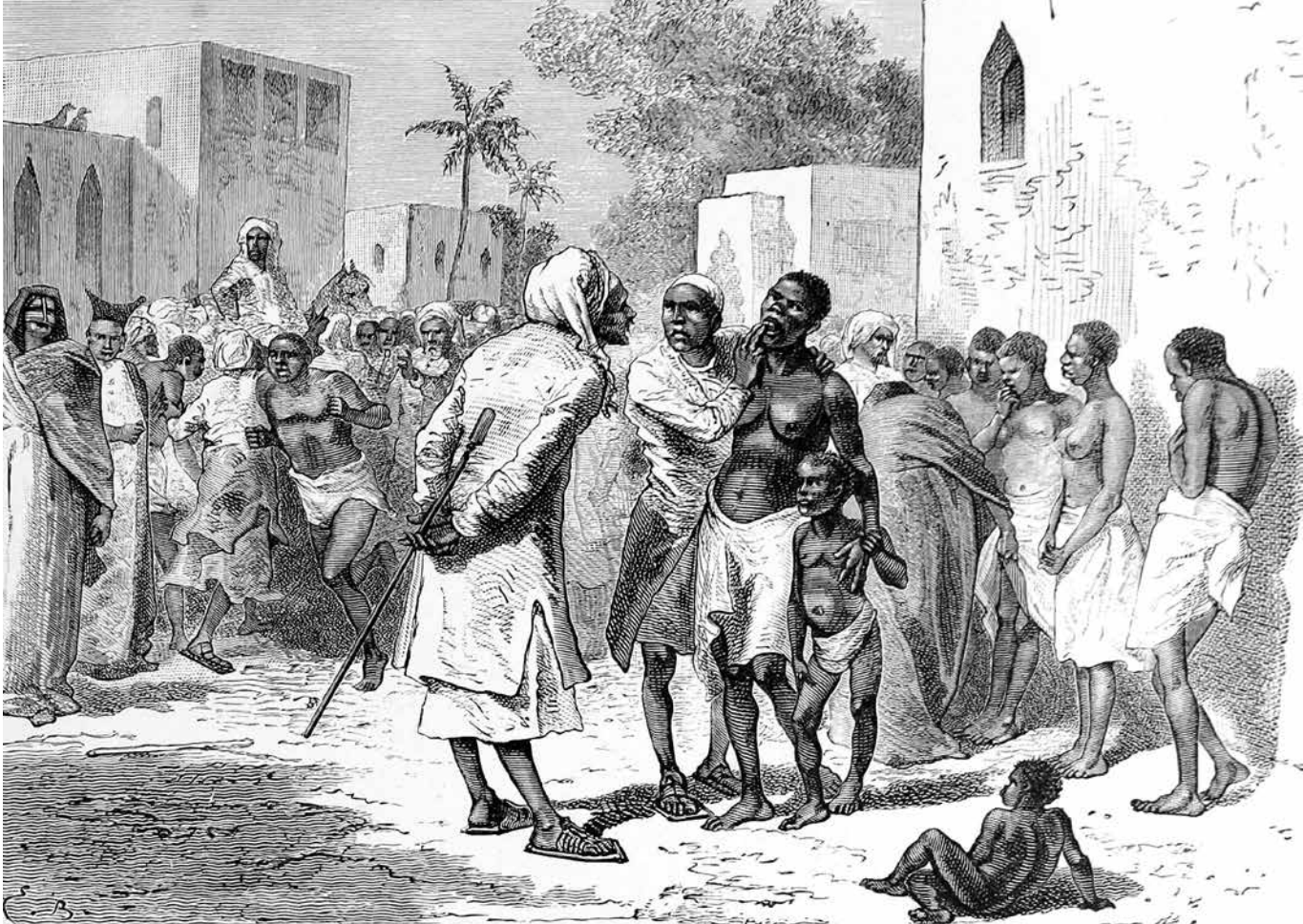
Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Als Araber mit Afrikanern handelten: Sklavenmarkt auf Sansibar im 19. Jahrhundert

Foto: Mauritius

KOLUMNE

Zweifelhafte Lehre

FLORIAN STUMFALL

Der Begriff des Rassismus hat sich seiner eigentlichen Bedeutung enthoben und umfasst nun, frei von aller ethnologischen Einschränkung, nach Belieben alle Verhältnisse in einer Gesellschaft, in denen Unterschiede oder gar Gefälle zwischen den Menschen festzustellen sind. Zu seiner Beliebtheit hat vor allem beigetragen, dass der Begriff keinen Widerspruch duldet, auch keine Erklärung, ja nicht einmal eine Entschuldigung. Er stellt das Urbild des Vorwurfs dar, alles vernichtend, was sich gegen ihn erheben will. Allein seinetwillen hätte man die politische Korrektheit zum Maßstab der Welt machen müssen.

Längst hat die Gewohnheit, mit dem Rassismusvorwurf eigenen Vorstellungen weiterzuhelfen, den Weg von der Politik in die akademische Welt gefunden. Und da setzt neuerdings der Professor Dan-el Padilla Peralta, der an der angesehenen Universität von Princeton, New Jersey, USA, klassische Literatur liest, Marksteine. In seinem Bemühen, das klassische Schrifttum, also das Erbe der Griechen vom 6. Jahrhundert v. Chr. bis zum Ende des Altertums, etwa tausend Jahre später, nach „weißem Nationalismus“ zu durchforsten, tut er es einigen seiner Kollegen gleich. Doch er übertrifft sie noch mit Aussagen wie der, dass „die Klassik so sehr mit der weißen Vorherrschaft verwoben ist, dass sie unlösbar mit ihr verbunden ist. ... Das Hervorbringen vom ‚Weiß sein‘ entpuppt sich bei näherer Betrachtung als in den Grundfesten dieser Klassik verankert.“

Missbrauch des Rassismusvorwurfs

Dementsprechend, so Peralta, müsse der Lehrplan von allen rassistischen und kolonialistischen Elementen befreit werden. Dies soll dadurch geschehen, dass Philosophen wie Heraklit, Parmenides und Aristoteles bis hin zu Zenon von Kiton gestrichen und durch afrikanische Autoren ersetzt werden. Doch hier stockt der Leser. Kann es sein, so fragt er sich, dass es zielführend sei, in der Geschichte der Philosophie tausend Jahre und ausgerechnet das grundlegende, prägende und die Folgezeit gestaltende Millennium zu streichen? Vor allem angesichts des offenkundigen Unsinns, aus dem die Vorwürfe gegen die Klassiker bestehen?

Gut – es ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, es ist sogar notwendig, dass andere als die klassischen Autoren ebenfalls akademisch behandelt werden. Aber deshalb muss man jene nicht dem Vergessen anheimgeben. Ein zweites Problem gesellt sich hinzu. Die afrikanischen Kulturen waren noch lange nach der antiken Klassik ungelehrt, nicht wissenschaftlich gebildet. Das bedeutet, es sind keine schriftlichen Überlieferungen vorhanden, philosophische und weltanschauliche Gegenstände betreffend. Ein Ersetzen der einen durch die anderen wäre somit auch beim besten Willen nicht möglich.

Wer der klassischen Philosophie der Antike ablehnend oder voller Vorwürfe gegenübersteht, soll sie entweder widerlegen oder aber sie nicht als sein Fach wählen

Der Rassismusvorwurf nähert sich beim vorliegenden Fall in seinem weitumfassenden Selbstverständnis gedanklich sozialistischen Denkmustern. So könnte man die Idee des Klassenkampfes auf die kurze Formel bringen: Es geht nicht darum, selbst Leistung zu erbringen, sondern Dritte zu enteignen. Denn ein als misslich empfundenes Gefälle will der Sozialist nicht dadurch ausgleichen, dass er sich selbst bemüht, sondern dass er den anderen mindert. Analog dazu fühlt man sich gedrängt, dem Professor Peralta verständlich zu machen, dass man durch Wegnehmen, Streichen, Verbieten nichts verbessert, sondern nur dadurch, dass man den kritisierten Verhältnissen, das heißt hier also Schriften, etwas Entsprechendes gegenüberstellt. So pflegten Auseinandersetzungen im Forum des akademischen Austausches bislang abzulaufen.

Der Hochschullehrer mit dem gestörten Verhältnis zum eigenen Fach sollte noch eine weitere Überlegung bedenken.

Natürlich wird niemand bestreiten, dass gegenüber dem europäischen Kolonialismus Kritik nicht nur erlaubt, sondern auch angebracht ist. In seinem Namen wurden schwere Verbrechen begangen. Nur die Folgerung des Professors geht in die falsche Richtung. Denn er dürfte sich außerstande sehen, von den Klassikern, die das Menschenbild der Toleranz und des Mitgefühls grundgelegt haben, eine folgerichtige Ableitung zu den Menschen herzuführen, die sich etwa im ehemaligen Belgisch-Kongo schwerstens gegen das eigene Menschenbild versündigt haben.

Auch Schwarze waren Unterdrückter

Denn wäre das klassische Erbe die Ursache von Unterdrückung und Sklaverei, dann hätte man Not, Verhältnisse zu erklären, die in Afrika, um bei diesem Beispiel zu bleiben, lange vor dem Auftauchen der Weißen viele Völker in Bedrängnis gebracht haben. So wurden die Damara in Namibia von den Ovambo über viele Generationen versklavt und misshandelt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die Gewalt unter den Menschen ist durch keine Herleitung von Sokrates oder Heraklit zu erklären. Gleichwohl ist sie überall und zu allen Zeiten anzutreffen, unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, der Kultur oder der Entwicklung der Völker. Die Europäer mag aus der Geschichte der Vorwurf treffen, dass sie entgegen ihrem eigenen Menschenbild Völker und Länder unterdrückt haben. Andere taten das im Einklang mit ihrer Weltanschauung. Unter solchen nehmen die Araber einen vorzüglichen Platz ein. Der Imperialismus, den sie in die Welt getragen haben, gründet auf dem ausdrücklichen Befehl ihres Propheten Mohammed. Kaum anderswo kann man Herkunft und Rechtfertigung einer gewaltsamen Dominanz so klar lokalisieren.

Die Lösung des vorliegenden Problems aber ist überaus einfach. Wer der klassischen Philosophie der Antike ablehnend oder voller Vorwürfe gegenübersteht, soll sie entweder widerlegen oder aber sie nicht als sein Fach wählen. Man könnte ersatzweise Laotse lesen oder Buddha oder aber die Mythen der Bön aus Shangri-La. Aber ein literarischer Bildersturm sollte sich für kultivierte Leute verbieten.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Beton gegen den Untergang

Im Land der Erfinder – Als ein Baupionier den Stahlbetonbau in der Architektur perfektionierte und sogar Schiffe damit bauen ließ

VON NILS ASCHENBECK

Auf dem Freigelände des – aktuell geschlossenen – Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven steht aufgebockt auf dem Freigelände die „Paul Kossel“, ein unscheinbares kleines Schiff, kaum wert, beachtet zu werden. Wäre da nicht das Baumaterial: Der Schiffsrumpf besteht aus Beton. Das Motorboot, das 14,3 Meter lang, 6,6 Knoten (entspricht etwa zwölf Kilometer pro Stunde) schnell und mit nur einer kleinen Kabine ausgestattet ist, wurde 1919 in Beton gegossen und 1920 zu Wasser gelassen. Es war das erste Betonschiff der Welt – und es sollte, so der Wunsch des Konstrukteurs und Unternehmers, die Welt erobern.

Es gab einmal eine Zeit, als Deutschland das Land der Erfinder und Pioniere war und als diese versuchten, ihre Ideen oder Visionen zu einem Geschäft zu machen. Heutzutage wird das kaum noch jemand wagen. Wer in Pandemie-geplagten Zeiten als Selbstständiger oder Kleinunternehmer die Welt verändern will, auf den wartet der finanzielle Ruin.

Das war einmal anders. Der Schöpfer des Schiffes, das im Bremerhavener Museum zu sehen ist und das scheinbar den Naturgesetzen widerspricht, ist ein Beispiel dieses deutschen Erfindergeistes: Paul Kossel. Der Bremer Stahlbetonpionier war in ein Unternehmen eingestiegen, das um die Wende zum 20. Jahrhundert gegründet wurde, und hatte dieses klug gegen die bereits mächtige Konkurrenz der etablierten Betonbauunternehmen wie Wayss & Freytag und andere positioniert.

Kossels Nische waren standardisierte „Viktoria“-Betondecken und vor allem der „Schnellbau Kossel“. Kein Unternehmen sonst konnte in einer derart hohen Geschwindigkeit Betonbauten errichten.



Schwer wie Beton, aber geht nicht unter: Die „Paul Kossel“ im Außengelände des Schifffahrtsmuseums Bremerhaven

Kossel hatte diverse Patente im Bereich des Betonbaus angemeldet – mit Beton kannte er sich wie kaum ein anderer aus. Er hatte die Baustellen industrialisiert, Verschalungen wurden auf Schienen von Siedlungshaus zu Siedlungshaus geschoben, und er hatte den Beton überall dort eingeführt, wo bislang noch nach traditioneller Art gemauert wurde.

Zu seinen großen Projekten gehörte eine Mustersiedlung in Bremen an der Finkenau (Stadtteil Oslebshausen), bei der selbst die Dachgauben aus Beton gegossen sind, sowie Siedlungsprojekte in Amsterdam und Rotterdam mit modernen Flachdach-Reihenhäusern. Auch das

Haus des bekannten Architekten Oud auf der Stuttgarter Weißenhof-Siedlung wurde nach dem Kossel-Schnellbauverfahren errichtet. Kossel war in den 1920er Jahren so erfolgreich, dass er zahlreiche Niederlassungen gründen konnte, darunter waren Filialen auf Borkum und in Hannover, aber auch in Sankt Petersburg. Sogar bis in die Türkei reichte das Imperium.

Innovatives Betonschiff

Bereits während des Ersten Weltkriegs, als der Wohnungsbau zum Erliegen gekommen war, hatte Kossel mit Schiffskörpern aus Beton experimentiert. Im Krieg war Eisen ein knapper und rationierter

Rohstoff, der für zivile Schiffsprojekte kaum zur Verfügung stand. Kossel hatte hier eine Marktnische gesehen – mit Stahlbeton-Rümpfen konnte er den Stahlbedarf im Schiffbau massiv reduzieren. Er war nach ausgiebigen Versuchen zu dem Ergebnis gekommen, dass sich Stahl fast mühelos durch Stahlbeton ersetzen lässt.

Sein erstes Betonschiff mit eigenem Antrieb – die „Paul Kossel“ – lief 1920 in Bremen-Hastedt vom Stapel, direkt vom Kossel-Firmengelände. Es erwies sich als durchaus brauchbar und war bis in die 1970er Jahre im Einsatz – als Schlepper, als Ausflugsschiff, als Fischkutter und als Wohnschiff. Der letzte Eigentümer war

das Bremer Hafenamt, das das Betonschiff schließlich dem Schifffahrtsmuseum übergab.

Doch trotz der erwiesenen Tauglichkeit des Schiffes entwickelte sich Kossels Projekt nicht zu einem Erfolg. Nach 1925 standen der Industrie wieder genügend Rohstoffe zur Verfügung, es gab keinen Grund mehr, Stahl durch Stahlbeton zu ersetzen. Das Betonschiff fand keinen Nachfolger. Doch Kossel baute weiter mit Beton. Er gehörte zu den großen deutschen Bauunternehmern, war im Siedlungsbau tätig und auch erfolgreich bei kommunalen Projekten.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1930 geriet das Unternehmen – wie viele andere auch – in eine Schieflage, die Niederlassungen konnten nicht mehr unterhalten werden. Selbst die „Paul Kossel“ musste verkauft werden.

Anders als die Konkurrenz erfuhr das Unternehmen Kossel auch nach 1933 keinen Aufschwung. Kossel wurde von den NS-Auftraggebern systematisch übergangen. Seine enge Zusammenarbeit mit sozialdemokratisch regierten Kommunen in den 1920er Jahren schien nun ein gewichtiger Grund, um seine Expertise auf dem Gebiet des Betonbaus zu ignorieren.

Nach Kriegsende und nach Ende der NS-Herrschaft wurden die Karten neu gemischt und Kossel durfte vollkommen zu Recht auf kommunale Aufträge hoffen. Doch die Aufträge blieben auch diesmal aus – wohingegen sich die Konkurrenz, die mit dem NS-Regime offen und gewinnbringend kollaboriert hatte, vor Arbeit kaum retten konnte.

Kossel starb 1947, sein Unternehmen wurde bald abgewickelt. Geblieben ist heute die „Paul Kossel“ auf dem Freigelände des Deutschen Schifffahrtsmuseums. Geblieben ist mit dem Schiff aber auch die Erinnerung an deutschen Unternehmertegeist und -wagemut.

JUBILÄUM

Peter der Weise

Vielseitiger Künstler mit vielen deutschen Wurzeln – Vor 100 Jahren wurde Peter Ustinov geboren

Vielseitig – dieses Prädikat ist das Erste, was vielen Filmexperten bei Peter Ustinov einfällt. Abgesehen von seinen späteren Auftritten als Meisterdetektiv Hercule Poirot in mehreren Agatha-Christie-Verfilmungen für Kino und Fernsehen hat er sich als Schauspieler nie auf eine spezielle Rolle festgelegt. Wegen seiner Neigung zur Korpulenz kamen Angebote als notorischer Schwerenöter oder verwegener Abenteuerheld ohnehin nicht in Frage.

Umso mehr konnte er sich auf sein komödiantisches Talent verlassen, das er als neurotischer Nero im Sandalenfilm „Quo Vadis“ ebenso erfolgreich einsetzte wie als peitschenschwingender Zirkus-Conférencier in Max Ophüls „Lola Montez“-Biographie oder als trotteltiger Möchtegern-Einbrecher in der Gaunerkomödie „Topkapi“. Es waren nur Nebenrollen. Aber darin spielte er alle anderen an die Wand. Bezeichnenderweise erhielt er seine einzigen beiden Oscars für die Rolle als bester Nebendarsteller, und zwar 1961 für „Spartacus“ und 1965 für „Topkapi“. Für „Quo Vadis“ war er 1952 Oscar-nominiert.

Vielseitig war er auch als Künstler: Er war nicht nur Schauspieler für Kino, Film, TV und Bühne, sondern auch Drehbuch-

autor, Regisseur für Film und Oper sowie Produzent. Und er schrieb eigene Theaterstücke, Erzählungen, Romane, Sachbücher sowie zwei Autobiographien.

Nebenbei wirkte er für UNICEF und die Friedensbewegung, weshalb er vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog das Bundesverdienstkreuz erhielt.

Mit Deutschland verband ihn viel. Das hat wiederum mit seiner familiären Vielseitigkeit zu tun. Er war Kind russischer Eltern, in denen aber viel Deutsches

steckte. Die Grundlage zum Weltbürgertum des am 16. April 1921 in London geborenen Schauspielers legte sein Großvater Plato, ein russischer Adeliger, der vom orthodoxen zum protestantischen Glauben wechselte und durch Vermittlung der Tochter von Zar Nikolaus I., der württembergischen Königin Olga Romanowa, als Deutscher eingebürgert wurde.

Aus gesundheitlichen Gründen zog Plato in die warme Levante, wo er in Jaffa ein Hotel betrieb. Dort heiratete er Mag-

dalena Hall. Sie war die Enkelin eines deutschen Malers und einer Äthiopierin und kam an dem Tag zur Welt, als die Briten die äthiopische Bergfestung Magdala erstürmten (13. April 1868) und die dort vom äthiopischen Herrscher als Geiseln gehaltenen Europäer befreiten.

Platos Sohn Jona, der Vater von Peter Ustinov, war im Ersten Weltkrieg als Jagdflieger für die deutschen Streitkräfte im Einsatz und erhielt dafür das Ritterkreuz des Württembergischen Militärverdienstordens. Später machte er als Spion des MI5 in England Karriere. Mütterlicherseits wiederum steckten in Peter Ustinov französische und italienische Wurzeln. Daher beherrschte er viele Sprachen, darunter natürlich auch Deutsch. So kam es nicht von ungefähr, dass er 2003 in einem seiner letzten Filme in der deutsch-US-amerikanischen Koproduktion „Luther“ den Kurfürsten Friedrich III. von Sachsen, genannt Friedrich der Weise, verkörperte.

„Vielseitig“ wie er war, wurde Peter Ustinov in England geboren, in Schwäbisch Gmünd getauft und in der Schweiz, wo er 2004 in einer Klinik unweit des Genfer Sees an Herzversagen starb, zu Grabe getragen.

Harald Tews



Gemütlicher Detektiv: Ustinov 1977 als Hercule Poirot in „Tod auf dem Nil“

Foto: pa

● MELDUNG

Gespräche bei Humboldt

Berlin – Sofern sich die Pandemie-Lage stabilisiert, werden voraussichtlich im Frühjahr der Schlüterhof und die Passage im Humboldt-Forum des wiederaufgebauten Berliner Stadtschlosses sowie die Ausstellungen im Erdgeschoss und ersten Obergeschoss öffnen. Im Spätsommer folgen der Westflügel der zweiten und dritten Etage mit dem Ethnologischen und Asiatischen Museum sowie die Dachterrasse. Zum Jahreswechsel 2021/2022 soll den Besuchern endlich das gesamte Haus offenstehen. Seit dem 15. April widmen sich außerdem Gesprächsreihen den drei Kernthemen des Humboldt-Forums: „Kolonialismus und Kolonialität“, „Die Brüder Humboldt“ sowie „Geschichte und Architektur des Ortes“. Pandemiebedingt zunächst digital, sollen die Gesprächsrunden mit Kunstexperten später auch hybrid mit einem Publikum vor Ort stattfinden. Dabei werden immer donnerstags zentrale Themen des Humboldt-Forums behandelt. Informationen zu den einzelnen Diskursreihen und Terminen unter www.humboldtforum.org/programm. tws

70 JAHRE EGKS-VERTRAG

Als der Schuman-Plan Realität wurde

Die Keimzelle der Europäischen Union war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), vielfach auch Montanunion genannt. Zentrale Institutionen dieser ersten supranationalen Organisation der Geschichte, in der es zur Verlagerung von nationalstaatlichen Zuständigkeiten auf eine höhere, überstaatliche Ebene kam, wurden später EU-Institutionen. Die Hohe Behörde der EGKS mutierte nachfolgend zur Europäischen Kommission, der Besondere Ministerrat zum Rat der EU und die Gemeinsame Versammlung zum Europäischen Parlament.

Die Gründung der EGKS resultierte aus einem Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman vom Mai 1950, die Aufsicht über die Kohleförderung und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen. Durch die Vergemeinschaftung der beiden kriegswichtigen Güter sollte der inner-europäische Friede gesichert werden. Frankreich versprach sich davon Zugriff auf die deutsche Ruhrkohle und Ruhrindustrie, Bundeskanzler Konrad Adenauer eine beschleunigte Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft und eine Befreiung vom Ruhrstatut.

Allerdings gab es auch viel Kritik an dem Projekt. So wurde es als „Super-Sozialismus“ oder Ende jeglicher Marktwirtschaft bezeichnet. Die Sorge vor der heutigen Eurokratie gab es schon damals. Vertreter Luxemburgs sprachen von einem „Verwaltungsmonster“. Der französische Branchenverband Chambre Syndicale de la Sidérurgie Française (CSSR) prophezeite einen „Dirigismus übelster Art“. Und die deutsche Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (WVESI) unterstellte Paris, „die deut-



Robert Schuman

schen Hüttenbesitzer an die Leine ... legen“ zu wollen.

Ungeachtet der Kritik erfolgte die Gründung der EGKS durch den am 18. April 1951 unterzeichneten Vertrag von Paris, der am 23. Juli des Folgejahres in Kraft trat. Mitgliedsstaaten waren neben Frankreich und der Bundesrepublik die benachbarten heutigen Beneluxstaaten und das rohstoffarme Italien, das am Zugriff auf französisches Eisenerz und deutsche Steinkohle interessiert war. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von einem halben Jahrhundert. Die in ihm behandelten Fragen werden heute durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt.

Wolfgang Kaufmann



Kam am 16. April 1921 in Wien als Wladimir Leonhard zur Welt: Wolfgang Leonhard

Foto: akg images

WOLFGANG LEONHARD

Vom gläubigen Kommunisten zum Kritiker des Systems

Vor 100 Jahren wurde der Autor des Bestsellers „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ geboren. Langjährig wirkte er als Experte für die Sowjetpolitik

VON ERIK LOMMATZSCH

Bekannt geworden ist Wolfgang Leonhard durch sein 1955 erschienenes Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, dessen Titel nach wie vor gern als Schlagwort aufgegriffen wird. Leonhard kam 1935 als Jugendlicher in die Sowjetunion, war überzeugter Kommunist und wurde mit anderen Funktionären von den Sowjets 1945 schon kurz vor Kriegsende nach Deutschland gebracht, um in deren Machtbereich von Beginn an entscheidenden Einfluss auszuüben. 1949 brach Leonhard mit dem System.

Von den Erfahrungen dieser Jahre erzählt er anschaulich in dem äußerst erfolgreichen Werk. Leonhard legt Wert darauf „Ereignisse und Erlebnisse so zu schildern, wie ich sie damals gesehen und empfunden, damals gefühlt und gedacht habe. Nur dadurch ... wird dem heutigen, oft jüngeren Leser verständlich, warum nicht wenige von uns damals an diese Ideologie glaubten.“ Zu finden ist hier auch ein Ausspruch von Walter Ulbricht, der von den Sowjets mit der Führung des Aufbaus der politischen Strukturen in deren Besatzungsbereich beauftragt worden war: „Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Die Passage gilt als charakteristisch für das kommunistische Agieren nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes.

Stalinistische Sozialisation

Geboren wurde Leonhard am 16. April 1921 in Wien. Er bekam den Vornamen Wladimir, die Änderung zu Wolfgang erfolgte erst 1945. Seine Mutter, die deut-

sche Kommunistin Susanne Leonhard, leitete zu dieser Zeit die Presseabteilung der sowjetischen Botschaft in der österreichischen Hauptstadt. Sie war zwar bereits 1919 von Rudolf Leonhard geschieden worden und seit 1921 zumindest nach sowjetischem Recht mit dem Botschafter in Wien und Lenin-Vertrauten Mieczysław Broński verheiratet, dennoch erkannte Leonhard die Vaterschaft an.

Wolfgang beziehungsweise Wladimir Leonhard besuchte unter anderen die Karl-Marx-Schule in Berlin und gehörte seit 1931 zu den Jungen Pionieren, der Jugendorganisation der KPD. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde der Junge im Herbst 1933 zu seinem Schutz nach Schweden geschickt. 1935 übersiedelte er gemeinsam mit seiner Mutter, der inzwischen in Deutschland die Verhaftung drohte, nach Moskau. Kaum im sogenannten Paradies der Werk-

tätigen angekommen, wurde Leonhards Mutter bereits im Folgejahr verhaftet. Ihr Sohn erhielt lediglich die Auskunft, sie sei „auf einer Kommandierung“. Später erfuhr er, dass sie in ein Lager verbracht worden war. Der Vorwurf lautete „konterrevolutionäre trotzkistische Tätigkeit“. Erst 1948 sollte es Leonhard gelingen, auf ihre Freilassung hinzuwirken.

Flucht über Jugoslawien

Dass selbst Minderjährige verhaftet werden konnten, erlebte er als Zeuge in seinem Moskauer Kinderheim. Die sowjetische Propaganda stellte sich ihm als äußerst anpassungsfähig dar. Nicht nur Leonhard nahm wahr, dass es nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom August 1939 plötzlich „keine antifaschistischen Filme und antifaschistischen Bücher“ mehr gab. Dies sei damals „fast als selbstverständ-

lich“ betrachtet worden. „Artikel über imperialistische Weltherrschaftspläne Englands und Frankreichs“ seien nun vermehrt publiziert worden sowie „Auszüge aus Hitler-Reden“.

Leonhard nahm ein Studium am Fremdspracheninstitut in Moskau auf, wurde als Deutscher im September 1941 allerdings nach Kasachstan zwangsumgesiedelt. Später besuchte er die Schule der Kommunistischen Internationale im baschkirischen Kuschnarenkowo. Dort traf er seinen ehemaligen Schulfreund Markus Wolf wieder, und dort erfolgte die Vorbereitung auf die Laufbahn als Funktionär. In dem Kapitel „Meine erste Selbstkritik“ in „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ schildert Leonhard die Atmosphäre, in der jedes Wort politisch gewertet wurde – und das war nicht lediglich als Redensart zu verstehen. Anlässlich der völlig überzogenen Auswertung eines Streits unter Studenten wurde er damit konfrontiert, dass genaue Aufzeichnungen kleinster und vor allem unwichtiger Äußerungen vorlagen, die nun interpretiert und gegen ihn verwendet wurden.

Karriere als „Kreml-Astrologe“

Er arbeitete für das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und gehörte als jüngstes Mitglied zur „Gruppe Ulbricht“. Unter Führung des KPD-Politikers Walter Ulbricht wurden am 30. April 1945 insgesamt zehn entsprechend vorbereitete und ideologisch zuverlässige Deutsche aus ihrem sowjetischen Exil in ihr immer noch umkämpftes Land geflogen, um, wie Ulbricht nach der Ankunft bekanntgab, „die deutschen Selbstverwaltungsorgane in Berlin aufzubauen“. Erste Station war der kleine brandenburgische Ort Bruchmühle, bevor die Gruppe in die deutsche Hauptstadt übersiedeln konnte.

Leonhard konstatierte hier einen Unterschied zwischen den kommunistischen Funktionären, die er bislang kennengelernt hatte und die sich durch „ständiges Wiederholen von Parteiphrasen auszeichneten“, sowie den illegal in der NS-Zeit in Deutschland verbliebenen „aufopferungsvollen und begeisterten Kommunisten“.

Dass die Sowjetunion „selbstlos helfen würde“, ein demokratisches Deutschland aufzubauen, stand für ihn zu dieser Zeit jedoch noch fest. Ulbrichts Diktum, es müsse alles „demokratisch aussehen“, wurde tatsächlich beherzigt. Nach außen hielten sich die Kommunisten bei der Besetzung von Positionen zunächst zurück. Leonhard leistete Pressearbeit und wirkte ab 1947 als Dozent für Geschichte an der Parteihochschule der SED.

Bei ihm brachen sich jedoch „politische Bauchschmerzen“ immer mehr Bahn. Jahrelange persönliche Erlebnisse verstärkten die sich wandelnde, nunmehr kritische Sicht auf die existierenden kommunistischen Systeme und den praktizierten Stalinismus. Sechs Monate vor Gründung der DDR floh er nach Jugoslawien. 1950 kam er in die Bundesrepublik. Er wurde ein gefragter Experte für Angelegenheiten des Ostblocks, vor allem für die Sowjetunion. Die Universität Oxford lud ihn ein und über zwei Jahrzehnte hielt er jeweils mehrere Monate lang Vorlesungen an der US-amerikanischen Eliteuniversität Yale.

Leonhard interessierten vor allem „mögliche zukünftige Wandlungen in den kommunistisch regierten Ländern“, und er „bedauerte“, dass die westlichen „Entspannungsbemühungen nicht selten zu einer Beschönigung der Situation in den Ostblockstaaten führten“. Publizistisch und kommentierend verfolgte er auch den Zusammenbruch der Sowjetunion. Ein Buch von 1994 trägt den Titel „Die Reform entläßt ihre Väter. Der steinige Weg zum modernen Rußland“. Durch eine Vielzahl von Fernsehauftritten war der kenntnisreiche, aber auch nicht ganz uneitle Leonhard in der Öffentlichkeit präsent. In der Eifel, in der er jahrzehntelang ansässig war und seinen Lebensabend verbrachte, starb er am 17. August 2014 nach langer schwerer Krankheit.

Kurzporträts



FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-19000-245 / CC-BY-SA 3.0

Der deutsche Schriftsteller und Kommunist **Rudolf Leonhard** war unter anderem Autor der „Weltbühne“ und machte 1950 Ost-Berlin zu seiner Wahlheimat



FOTO: TEUTOPRESS

Im Gegensatz zu seinem ehemaligen Schulfreund Leonhard machte **Markus Wolf** in der DDR Karriere und leitete die Auslandsspionage der Staatssicherheit



FOTO: MAGOMARY EWANS

Zu der nach **Walter Ulbricht** benannten Gruppe Ulbricht gehörten außer Leonhard auch Fritz Erpenbeck, Karl Maron, Hans Mahle, Walter Köpke und Richard Gyptner

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Die Vernichtung der Ost-Sozialdemokratie durch Umarmung

Vor 75 Jahren gründeten Kommunisten und Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone die SED, die gemeinsam mit der Besatzungsmacht im kleineren Teil Deutschlands eine Diktatur aufbaute und diesen mehr als vier Jahrzehnte prägte

VON KLAUS SCHROEDER

Bereits im Moskauer Exil entwickelten deutsche Kommunisten ihre Vorstellungen für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. Ein Aspekt war dabei die Vernichtung der Sozialdemokratie durch Umarmung. Bis Mitte der 1930er Jahre hatte die KPD die Sozialfaschismusthese vertreten, nach der die Sozialdemokraten „Steigbügelhalter der Faschisten“ seien. Die KPD unter ihrem Führer Ernst Thälmann forderte 1931 die vollständige Liquidierung der Sozialdemokratie: „Man kann den Kapitalismus nicht schlagen, ohne die Sozialdemokratie zu vernichten.“ Auf Weisung Josef Stalins änderten die Kommunisten 1935 ihre Position und propagierte die Herstellung einer Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront.

Seitdem folgte die KPD den Weisungen des sowjetischen Diktators Stalin, der im Jahr 1945 äußerte: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“

Nach der Zulassung von Parteien durch die sowjetische Besatzungsmacht trat die KPD mit einem Aufruf ihres Zentralkomitees an die Öffentlichkeit. Sie ordnete ihre Programmatik zum inneren Aufbau der Ostzone der von Stalin geplanten Erweiterung des sowjetischen Einflusses auf Gesamtdeutschland unter und verzichtete aus taktischen Gründen vorerst darauf, das Ziel einer sozialistisch-kommunistischen Umgestaltung offensiv zu propagieren.

Die SPD wandte sich mit einem deutlich radikaleren Aufruf an die Bevölkerung. Sie forderte die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung von Banken, Versicherungsunternehmen, Bergwerken und der Energiewirtschaft. Als Lehre aus der nationalsozialistischen Diktatur plädierte der Zentralausschuss der Ost-SPD außerdem für eine Rückbesinnung auf den revolutionären Marxismus und eine schnelle Vereinigung mit den Kommunisten.

Anfangs bremste die KPD

Die KPD lehnte jedoch eine schnelle Vereinigung ab, da die SPD deutlich mehr Mitglieder als die KPD zählte, die außerdem in der Bevölkerung einen schlechten Ruf – als Russenpartei – hatte. Gleichwohl arbeiteten KPD und SPD im Rahmen der von der Sowjetunion angeordneten „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ eng zusammen, um die ebenfalls zugelassenen beiden bürgerlichen Parteien CDU und Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP) in Schach zu halten. Die liberale Partei sprach sich als einzige in ihrem Gründungsauftrag für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie ein marktwirtschaftliches System mit Privateigentum an Produktionsmitteln aus.

Nach schlechten Wahlergebnissen der kommunistischen Parteien in Österreich und Ungarn forderte die Sowjetunion die KPD auf, eine Verschmelzung mit der Sozialdemokratie anzustreben. Nach mehreren Gesprächen und Konferenzen zwischen den Führungsebenen beider Arbei-

terparteien, bei denen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede herausstellten, einigten sich die Parteiführungen im Dezember 1945 auf einen Zusammenschluss. Die SPD strebte die Schaffung einer gesamtdeutschen Partei an, was der Sprecher der westdeutschen Sozialdemokratie, Kurt Schumacher, jedoch nachdrücklich ablehnte. Für ihn war die geplante Einheitspartei ein Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik, der sich die SPD um jeden Preis widersetzen musste. Die KPD sei keine deutsche Klassenpartei, sondern die Partei eines fremden Staates.

KP-Niederlagen im Ausland

Der Führer der Ost-SPD, Otto Grotewohl, folgte jedoch Kurt Schumacher nicht und forcierte nun die Verschmelzung mit der KPD. Anlässlich des 70. Geburtstages des späteren ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, Anfang Januar 1946 äußerte er: „Diese Hände, die sich heute hier gegenseitig ergriffen haben, werden niemals wieder gelöst werden. Die Arbeiterklasse hat gelernt. Wir werden die Garanten dafür sein, dass die Einigkeit der Arbeiterklasse niemals mehr gestört wird.“

Auch in der Ostzone gab es Widerstände gegen die geplante Verschmelzung. Befürworter und Gegner standen sich innerhalb der Ost-SPD in etwa gleicher Anzahl gegenüber. Die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD verstärkten daraufhin ihren Druck auf die meinungsbildenden Funktionäre der SPD, um die Vereinigung um jeden Preis zu erreichen.

Die Sowjetische Militäradministration arbeitete mit „Zuckerbrot und Peitsche“. Vereinigungsgegner erhielten auf materieller Ebene Zugeständnisse oder wurden massiv unter Druck gesetzt, erpresst und verhaftet. Es entwickelte sich ein Klima, das keine freie Meinungsäußerung mehr ermöglichte.

Der Sozialdemokrat Erich Gniffke, der im Auftrag der Parteiführung das Verhalten der Besatzungsmacht gegenüber Ver-

einigungsgegnern beobachten sollte, stellte in einem Vermerk fest: „Fasse ich die Schilderung zusammen, so ergibt sich eine ähnliche Situation, wie ich sie unter den Nazis im März 1933 im Lande Braunschweig erlebt habe, als überall unsere Genossen ‚freiwillig‘ aus ihren Ämtern und ihren Stellungen schieden.“

Auf einer Sitzung des Zentralausschusses mit den Vertretern der Landesverbände am 10./11. Februar 1946 fiel schließlich die sozialdemokratische Entscheidung für die sofortige Vereinigung. Alle anwesenden Landesvorsitzenden sprachen sich dafür aus, der Zentralaus-



„Fasse ich die Schilderung zusammen, so ergibt sich eine ähnliche Situation, wie ich sie unter den Nazis im März 1933 im Lande Braunschweig erlebt habe, als überall unsere Genossen ‚freiwillig‘ aus ihren Ämtern und ihren Stellungen schieden“

Erich Gniffke
SPD- und SED-Politiker

schuss schloss sich dem Votum an. Mit einer Mehrheit von acht gegen drei Stimmen bei vier Enthaltungen plädierte die Führung der Ost-SPD für die sofortige Verschmelzung mit der KPD.

Die Gegner der Vereinigung innerhalb der SPD versuchten zumindest in Berlin, mit einer Abstimmung an der Parteibasis die Vereinigung zu verhindern. Diese Abstimmung fand Ende März 1946 allerdings nur in den Westsektoren statt, da die sowjetische Besatzungsmacht sie im Ostsektor nicht zuließ. Bei einer Wahlbeteiligung von 73 Prozent votierte eine große Mehrheit von gut 82 Prozent gegen den sofortigen Zusammenschluss; knapp 62 Prozent befürworteten jedoch grundsätzlich ein Bündnis mit der KPD. Dieses Ergebnis entsprach der Stimmungslage vieler Sozialdemokraten in den Ost-Landesverbänden: Skepsis gegenüber einer sofortigen Vereinigung bei grundsätzlicher Option für einen späteren Zusammenschluss.

Die sozialdemokratischen Landesverbände stimmten anschließend zumeist mit einstimmiger Mehrheit für die Vereinigung. Der Parteitag der SPD am 19./20. April 1946 in der SBZ billigte einstimmig die Durchführung der Fusion mit der KPD sowie die Grundsätze und Ziele der zu gründenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die gleichzeitig tagende KPD stimmte ebenfalls geschlossen der Vereinigung zu. Auf einem gemeinsamen Parteitag im Admiralspalast in Ost-Berlin am 21./22. April 1946 wurde die Vereinigung schließlich vollzogen.

Zuckerbrot und Peitsche

Aus Sicht der Vereinigungsgegner mag die SED-Gründung eine Zwangsvereinigung gewesen sein, dennoch gab es viele Sozialdemokraten mit der Illusion, in der neuen Einheitspartei den Kurs zumindest mitbestimmen zu können. Tatsächlich aber dominierten die Führungskader der KPD die neue Partei von Beginn an, und nur Sozialdemokraten, die sich ihrem Diktat unterwarfen und ihre Ideologie übernahmen, durften weiterhin in

den Führungsetagen von Partei, Behörden und Gesellschaft agieren.

Abstimmung in West-Berlin

Zum Zeitpunkt der Gründung zählte die SED offiziell 1,3 Millionen Mitglieder, von denen 620.000 aus der KPD und 680.000 aus der SPD kamen. Damit traten die KPD-Mitglieder nahezu vollständig und die SPD-Mitglieder zum weit überwiegenden Teil in die neue Partei ein. Diese konnte ihren Mitgliederstand schnell auf 1,8 Millionen steigern. Ende 1947 war ungefähr jeder zehnte Bewohner der SBZ in der SED organisiert.

Die Sozialistische Einheitspartei war, auch wenn sie dies erst zwei Jahre später offiziell verkündete, von Beginn an eine genuin kommunistische Partei. Sozialdemokraten, die an ihre politischen und ideologischen Traditionen anknüpfen wollten, wurden aus der Partei gedrängt, verfolgt und inhaftiert. Andere Sozialdemokraten – mit Grotewohl an der Spitze – passten sich schnell dem totalitären Denken der Kommunisten an und gehörten bald zu den schärfsten Kritikern des „Sozialdemokratismus“. Der Anpassungsprozess der Mehrzahl ehemaliger Sozialdemokraten verlief freilich still und unauffällig.

Die KPD schaffte mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht im April 1946, was sie schon im Moskauer Exil geplant hatte: Die Vernichtung der Sozialdemokratie als eigenständige politische und kulturelle Kraft.

● Prof. Dr. Klaus Schroeder ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat. Er hat zahlreiche Aufsätze und Bücher über die Geschichte der DDR veröffentlicht, unter anderem das Standardwerk „Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. 1949–1990“, dritte vollständig überarbeitete und stark erweiterte Neuausgabe, Köln/Weimar/Wien 2013.



Bei dem das Parteiloگو bildenden Händedruck: Die beiden ersten SED-Vorsitzenden, der Kommunist Wilhelm Pieck und der Sozialdemokrat Otto Grotewohl (v.l.). Vorne rechts: der spätere Partei- und Staatschef Walter Ulbricht, hinten links: der spätere Partei- und Staatschef Erich Honecker

Foto: Ullstein

VON ERIK LOMMATZSCH

Dass sich Sprache im Lauf der Zeit wandelt, ist normal. So ändert sich der Sprachgebrauch im Volk, was dann später behutsam in die Hochsprache aufgenommen werden kann. Nicht normal ist, dass Sprache von oben aktiv gewandelt wird – klaren politischen Interessen folgend, zugunsten eines linken Idealbildes. Genau dies geschieht momentan mit atemberaubender Geschwindigkeit. Gibt es zuweilen doch einen Aufschrei, so werden Initiativen zu „Vorschlägen“ abgeschwächt – um am Ende doch durchgesetzt zu werden, in kleinen, aber wirksamen Schritten. Irgendwann sind die Dinge eben da. Und dann ist es leicht, sie in eine Vorschrift zu überführen.

In der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen“ war Anfang April die Überschrift zu lesen: „Uni Kassel: Weil sie nicht gendern – Studierende können schlechtere Noten erhalten“. Die Zeitung, die hier – eigentlich – auf einen Skandal sondergleichen hinweist und im Artikel über den Fall eines Lehramtsstudenten berichtet, der in einer Hausarbeit keine Genderformen verwendete und aus diesem Grund Punktabzug erhielt, unterwirft sich allerdings bereits selbst dem Genderdiktum. Möglicherweise ist das der Redaktion nicht einmal mehr bewusst und ein Beispiel dafür, wie selbstverständlich die Vorgaben inzwischen umgesetzt werden.

Was ist ein toter „Studierender“?

Es heißt nicht Studierende, sondern Studenten, bei Differenzierungsbedarf Studenten und Studentinnen. Die Begriffe sind nicht unbedingt deckungsgleich, ein Studierender muss nicht zwangsläufig den Status eines Studenten haben, ein Student kann an einer Universität eingeschrieben, aber dennoch ein ganztägig Faulenzender sein. Dozenten und Professoren, denen es zumeist nicht am sachlichen Wissen mangelt, winken bei derartigen Fragen allerdings ab, fügen sich und sprechen grundsätzlich nur noch von Studierenden. Auszuhebeln ist diese charakterlich-intellektuelle Minderleistung übrigens mit dem Verweis auf den hoffentlich meist nur hypothetischen, allerdings möglichen Fall des Ablebens des jungen Menschen: Einen toten Studenten gibt es – was in aller Welt ist jedoch bitte ein toter Studierender?

Aber nicht nur bei der Bezeichnung Studierender setzt sich der Gewöhnungstrott durch. Der Genderstern hält immer mehr Einzug. Dass in der Schreibweise Patient*innen die Patienten sprachlich nur mit sehr viel Phantasie, bei Arzt*innen die Ärzte so ziemlich gar nicht vorhanden sind, stört Genderbefürworter – wie etwa auf der Internet-Seite des Bundesverbandes Psychosozialer Berufe – nicht, oder es fällt ihnen einfach nicht auf. Eine in dieselbe Richtung zielende Variante ist der „Gendergap“, der entsprechende Unterstrich, so etwa: Lehrer_innen. Inzwischen passiert es immer öfter, dass Moderatoren im Radio oder im Fernsehen versuchen, diesen „Gap“ durch eine Art Pause „mitzusprechen“. Dass die Angelegenheit beim Zuhörer eher den Verdacht eines bevorstehenden unappetitlichen Vorgangs beim Moderator (oder eben auch der Moderatorin) hervorruft, wird im Sinne des Genderkampfes in Kauf genommen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da waren Stellenanzeigen zwar schon bemüht, vehement auf die Offenheit für beide Geschlechter hinzuweisen, die Ausschreibung galt etwa einem oder einer „Sekretär/in“. Dabei hatte es aber genderperspektivisch dann auch sein Bewenden. Inzwischen sucht man „Mitarbeiter (m/w/d)“, also „männlich, weiblich, divers“. Was es mit Letzterem auf sich hat, vermag niemand so recht zu erklären, die

Institutionen oder Firmen, welche die Stellen besetzen, schon gar nicht, aber es hat sich flächendeckend durchgesetzt. Und nahezu alle lassen es über sich ergehen. Lediglich einige Spötter fragen gern, ob die Buchstabenkombination nicht auch für „männlich, weiß, deutsch“ stehen könne.

Die Gegenwehr ist schwach

Gegenüber dem Siegeszug der Genderideologie ist dies aber lediglich eine Art sarkastische Resignation. Ähnlich verhält es sich, wenn die vielfach preisgekrönte Schriftstellerin Monika Maron in dem 2018 erschienen Roman „Munin“ ihre Hauptfigur sagen lässt, dass es sie „schon öfter zur Verdammnis dieser Gender-scheiße hingerissen hatte“.

Nun will der Duden das generische Maskulinum, also die geschlechtsneutrale Verwendung von Begriffen – so umfasst etwa die Bezeichnung Mieter selbstverständlich auch Mieterinnen – nicht mehr als solches akzeptieren. Dass man in der Internet-Ausgabe um die 12.000 Begriffe

entsprechend ändern will, rief den „Ver-ein Deutsche Sprache“ auf den Plan, der bislang fast 35.000 Unterschriften dagegen sammelte, auch von Prominenten wie dem Ex-Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, dem Philosophen Peter Sloterdijk oder dem Kabarettisten Dieter Nuhr.

Duden-Chefredakteurin Kathrin Kunkel-Razum sah sich zwar genötigt zu erklären, dass man nun überlege, „ob man das auf unserer Seite klarer darstellen kann“, nach einem wirklichen Zurückweichen klingt das aber nicht. Thomas Paulwitz, der die Zeitung „Deutsche Sprachwelt“ verantwortet, erklärt, „gerade für die Genderpolitik“ lasse sich „eine klare Kette politischer Entscheidungen nachweisen: von den Vereinten Nationen über die Europäische Union und die Regierungen in Bund und Ländern bis hin zu den Stadtverwaltungen, die ihren Mitarbeitern Schreibweisen verordnen“. Er weist auch darauf hin, dass die damalige Bundesjustizministerin Katarina Barley bereits vor drei Jahren gefordert hatte, den Genderstern in den Duden aufzunehmen.

Die Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch verlangt die geschlechtergerechte Umformulierung des Grundgesetzes, Mitarbeiter eines Ingolstädter Autoherstellers sind neuerdings „Audianer_innen“. Folgt man einer australischen Universität, so sollen verschiedene Begriffe ersetzt werden, statt „Muttermilch“ sei von „Menschenmilch“ oder „Elternmilch“ zu sprechen.

Der erzwungene Sprachwandel greift auch auf andere Felder über. Naheliegender Beispielsfall ist das Wort Demokratie, in Deutschland inzwischen verkommen zu einem Begriff für das, was regierungsseitig genehm ist. Der Titel des aktuellen Buches des Direktors des „Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache“, Henning Lobin, lautet: „Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert“. Dort wird denjenigen, die an der Bewahrung der Sprache interessiert sind, offiziell und von einer steuerfinanzierten Institution ihr Platz zugewiesen. Letztlich verkehrt der Autor den wahren Sachverhalt dreist ins Gegenteil.



Von Ideologen gekapert: Der Duden wird zum Instrument des erzwungenen Sprachwandels

Foto: imago/Christian Ohde

SPRACHWANDEL

Von oben durchgepeitscht

Die „Gender-Agenda“ schreitet gebieterisch voran: Linke Ideologen verbiegen das geschriebene und gesprochene Wort. Mit dem organischen Wandel einer Sprache hat das nichts zu tun

SEPARATISMUS

Wenn es Großbritannien und Italien so nicht mehr gibt

Schottland, Katalonien, Flandern oder Südtirol: Europas Unabhängigkeitsbewegungen nehmen wieder Fahrt auf

Noch in der Amtszeit des damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi legte sich die EU-Kommission darauf fest, dass Gebiete, die sich von einem EU-Mitgliedsland abspalten und unabhängig werden, fortan wie „Drittstaaten“ behandelt werden. Sprich: automatisch aus der EU hinausfliegen. Der Italiener Prodi bestimmte im Jahr 2004, die europäischen Verträge würden nicht mehr „auf diesen Staat angewendet“.

An dieser Linie, damals mit Blick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens festgelegt, hielten auch Prodis Nachfolger José Manuel Barroso und Jean-Claude Juncker fest. Als Folge mussten die Schotten bei ihrem Referendum im Jahr 2014 davon ausgehen, dass sich

ein unabhängiges Schottland wie Albanien oder Serbien einem mehrjährigem EU-Beitrittsverfahren unterziehen müsste. Doch ein Blick auf die heutige Situation lässt zweifeln, ob die EU-Kommission die sogenannte Prodi-Doktrin auf lange Sicht wird durchhalten können. Bereits bis zum Ende dieses Jahrzehnts könnte es nämlich in Europa mehrere Regionen geben, die nach bisheriger Sichtweise Brüssels dann als „Drittstaaten“ gälten.

Prodi-Doktrin kaum zu halten

Mehr oder weniger starke Bestrebungen zu mehr Selbstständigkeit bis hin zur Abspaltung regen sich mittlerweile in zahlreichen Regionen Europas: vom flämischen Teil Belgiens bis hin nach Ober-

schlesien. Im Fall von Spanien, Großbritannien und Italien muss sogar mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass es diese Staaten in einigen Jahren nicht mehr in der bisherigen Form geben wird.

Unmittelbarer Anlass für die EU-Kommission, ihre Linie zu Staatsabspaltungen bekannt zu machen, waren im Jahr 2004 die besagten Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien. Bei der Wahl für das Regionalparlament von Barcelona Mitte Februar jenes Jahres hatten Separatisten-Parteien erneut 74 von insgesamt 135 Sitzen errungen.

Heute ist allein schon die separatistische Partei „Republikanische Linke“ (ERC) mit 33 Abgeordneten im Parlament

vertreten. Im Kampf um die Unabhängigkeit setzt die ERC darauf, von der spanischen Zentralregierung das Zugeständnis für ein Referendum zu erhalten. Das Beispiel Südtirols zeigt, dass die Regierung in Madrid auch bei nun geänderter, moderater Tonlage und Zugeständnissen damit rechnen muss, dass sich die Idee der Unabhängigkeit nicht abschwächt.

Junge Südtiroler unzufrieden

Eigentlich gilt Südtirols Autonomiestatut, das eine weitgehende Selbstverwaltung vorsieht, als vorbildlich. Trotzdem wird in der Bevölkerung der Region die Unabhängigkeitsstimmung immer stärker. Insbesondere in der jungen Generation findet die Idee eines unabhängigen Südtirol im-

mer mehr Zustimmung. Parallel ist aber auch immer noch die Idee einer Wiedervereinigung mit Österreich lebendig. Hinzugekommen ist inzwischen sogar ein Vorschlag, Südtirol solle als 27. Kanton der Schweiz beitreten.

Schon sehr konkret ist dagegen der Fahrplan zur schottischen Unabhängigkeit, den im Januar die Schottische Nationalpartei (SNP) vorgelegt hat. Regierungschefin Nicola Sturgeon kündigte an, nach dem Ende der Corona-Pandemie ein „legales Referendum“ durchführen zu wollen. Die Grundlage dafür will Sturgeon bei den Regionalwahlen schaffen, die für den 6. Mai angesetzt sind. Umfragen sagen derzeit eine Rekordmehrheit für Sturgeons SNP voraus. Hermann Müller



TAG DES THEATERS

Die Normalität kehrt stufenweise zurück

In Königsberg trafen sich Theaterkünstler und ihr Publikum – Neue Spielzeit mit Hygieneregeln

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Während der Corona-Pandemie haben die Bewohner Königsbergs die Theaterkunst vermisst und wir vermissten unsere Arbeit. Deshalb wollten wir uns am Welttheatertag am 27. März mit dem Publikum aller Altersgruppen treffen, Überraschungen für sie vorbereiten und gemeinsam mit ihnen unseren professionellen Feiertag begehen“, sagte Alexander Fedorenko, künstlerischer Leiter des Königsberger Gebietsdramentheaters.

Theaterdirektor starb an Corona

Das vergangene Jahr war für den gesamten Kulturbetrieb wirklich sehr schwierig gewesen und für das Schauspielhaus im Besonderen. Seine Tätigkeit wurde unmittelbar nach dem Ausbruch der Pandemie im März für sechs Monate ausgesetzt. Die erste Aufführung fand erst in der zweiten Septemberhälfte wieder statt, unter strenger Berücksichtigung der Hygieneregeln. Im Oktober starb dann auch noch der künstlerische Leiter Michail Andrejew an einer Corona-Infektion.

Allmählich kann das Theater zum normalen Leben zurückkehren, und die Stadtbewohner zeigen ein noch größeres Verlangen, an Karten für die Aufführungen zu gelangen als zuvor.

Der Internationale Theatertag wird seit 1961 gefeiert. An diesem Tag am 27. März finden auf der ganzen Welt Theaterfestivals, thematische Ausstellungen und festliche Aufführungen statt. Im Königsberger Gebiet wurden traditionell spezielle Ausflüge zu den Theatern organisiert, neue Aufführungen gezeigt sowie Treffen mit Schauspielern und Regisseuren ermöglicht.

Zahlreiche Überraschungen und angenehme Erlebnisse erwarteten das Publikum am diesjährigen Feiertag. Die Karten



Auftakt in die neue Theatersaison: Künstler und Publikum feiern vor dem Dramentheater

Foto: J.T.

für die April-Vorstellungen wurden mit einem Nachlass von 20 Prozent verkauft. Schon seit dem Morgen wurden die Kinder und ihre Eltern bei fröhlicher Musik von Animatoren unterhalten. Die Karten für das Theaterstück „Auf der Suche nach der Smaragdstadt“ an diesem Tag waren komplett ausverkauft. Nach der Aufführung ließen sich die jungen Zuschauer gerne im Foyer des Dramentheaters mit den Schauspielern des Stücks fotografieren.

Unterhaltung und Ausstellungen

Anschließend wurde eine Ausstellung mit Theaterplakaten junger Designer eröffnet. Die Gewinner eines Wettbewerbs wurden bekannt gegeben. Während der

Pause des Stücks „Tschechows Witze“ fand eine Verlosung der Preise statt, die Geschäftspartner des Theaters gestiftet hatten.

Schon in naher Zukunft soll das Theater- und Kulturleben Königsbergs noch vielfältiger und reicher werden. Auf der Lomse entsteht neben dem neuen Fußballstadion ein Kultur- und Bildungszentrum. Einige Gebäude und Teile davon werden voraussichtlich im Herbst dieses Jahres eröffnet. Hier sollen ein Zweig des Staatlichen Moskauer Tschajkowskij-Konservatoriums, der Moskauer Staatlichen Akademie für Choreografie, sowie die Jugendabteilung des Russischen Staatlichen Instituts für darstellende Kunst einziehen.

Filiale des Bolschoj auf der Lomse

Das größte Gebäude, eine Filiale des Bolschoj-Theaters, wird jedoch erst in zwei bis drei Jahren fertig sein. Laut Bauplan wird das Theater mit zwei Sälen à 950 und 300 Sitzplätzen ausgestattet sein. Das Projekt umfasst nicht nur den Bau des Theatergebäudes, sondern auch den von Wohnungen für seine Künstler und Mitarbeiter.

In der Zwischenzeit bleibt das Regionale Dramentheater die wohl meistbesuchte Bühne der Stadt. Von deren Beliebtheit zeugt nicht zuletzt der große Andrang am Tag des Theaters, an dem die Menschen dorthin strömten, um ihre Lieblingskünstler endlich wiedersehen zu können.

TILSIT

Tilsitskye Dominanty

Der Bildband „Tilsitskye Dominanty (Tilsiter Dominanten)“ der russischen Kunsthistorikerin Tatjana Urupina und ihres Manns, des Fotografen Jakob Rosenblum, liegt in neuer, überarbeiteter Auflage vor.

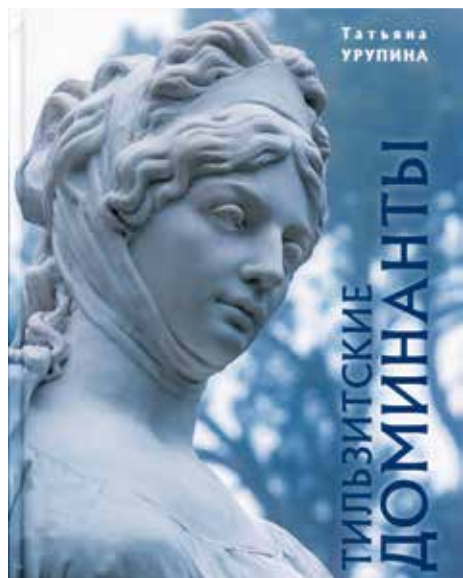
Das Buch ist erstmals 2018 erschienen, und Urupina stellte es während des 8. Deutsch-Russischen Forums der Landsmannschaft Ostpreußen in Berlin vor. Es ist ihr Lebenswerk und Vermächtnis zu-

gleich, denn Urupina, die sich um den Erhalt des ostpreußischen Kulturerbes in ihrer Heimatstadt Tilsit verdient gemacht hat, verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit am 20. September 2019.

Sie war die Tochter eines Ingenieurs, der nach dem Krieg mit seiner Familie nach Tilsit gezogen war. Schon früh interessierte Urupina sich für die Architektur und Artefakte aus deutscher Zeit, sodass ihr Berufsziel, Kunsthistorikerin zu werden, schon früh feststand. Nach dem Studium in St. Petersburg wurde sie Lehrerin am Kunstkolleg in Tilsit. Mit Vorträgen und Veröffentlichungen machte sie die Bürger ihrer Stadt mit dem kulturgeschichtlichen Erbe und der jahrhundertealten Biographie Tilsits bekannt.

In den 1990er Jahren begann eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinschaft Tilsit. Die Stadtgemeinschaft hat auch die Herausgabe des Bildbandes unterstützt. Deren langjähriger Vorsitzender Hans Dzieran ist mit einem Vorwort in dem bislang nur auf Russisch vorliegenden Buch vertreten. Für die Zukunft ist die Herausgabe einer deutschen Ausgabe geplant.

MRK



HEILIGENBEIL

Geschichte begeistert

Im ehemaligen Amtsgericht in der Heiligenbeiler Wermekestraße hat Gennadij Lebedintzew eine Art Kindermuseum eingerichtet, in dem Ausstellungen zur Geschichte der Stadt gezeigt werden.

Eigentlich handelt es sich um eine Tagesbetreuung für Schulkinder, in der diese sich mit verschiedenen Dingen beschäfti-

gen. Neben Arbeitsgemeinschaften und künstlerischem Gestalten spüren sie der deutschen Geschichte ihres Wohnorts nach. Das machen sie mit wachsender Begeisterung, wovon Fotos ihrer Ausstellungen zeugen, die Brigitte Schulz von der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil der PAZ zur Verfügung gestellt hat.

MRK



Führt Kinder in die Geschichte Heiligenbeils ein: Gennadij Lebedintzew Foto: B. Schulz

● MELDUNGEN

Wettbewerb in Königsberg

Königsberg – In diesem Jahr wird die Hauptstadt des Königsberger Gebiets Gastgeber des alljährlich stattfindenden gesamtrussischen Wettbewerbs „Architektonisches Erbe“. Laut den Veranstaltern fiel die Wahl auf Königsberg wegen dessen beeindruckender architektonischer Geschichte. In der Stadt ließen sich verschiedene Baustile von der Gotik, dem Konstruktivismus, der sowjetischen Bauart sowie deutsches Fachwerk finden. Bis Ende dieses Monats läuft noch die Bewerbungsfrist. Der Wettbewerb soll aktuelle Fragen des Denkmalschutzes und der historischen Landschaft im Kontext der fortschreitenden Globalisierung und Urbanisierung aufwerfen und Lösungen thematisieren, die anschließend in Ausstellungen präsentiert werden. Die Eröffnung der Feier und die Preisverleihung werden im Dom auf dem Kneiphof vom 24. bis zum 26. Juni stattfinden. Der Gesamtwettbewerb ist in vier thematische Einzelkategorien unterteilt. Die begleitenden Programme und Ausstellungen finden in fußläufiger Entfernung zur „Kant-Insel“ statt.

MRK

Kirchturm wird Museum

Kobulten – Im Turm der evangelisch-augsburgischen Kirche von Kobulten im Kreis Ortelsburg soll in Kürze ein Museum entstehen. Darüber berichtete Radio Allenstein in einer Heimatsendung. Das Kirchenschiff ist bereits seit den 1980er Jahren dem Verfall geweiht. Zurzeit befindet sich lediglich der Kirchturm in einem so guten Zustand, dass er für eine Nutzung als Museum in Frage kommt. Die Einwohner von Kobulten haben Erinnerungstücke gesammelt, die aus deutscher Zeit stammen. Darunter befinden sich Bilder, Webstühle und Dinge des täglichen Bedarfs. Wenn alles nach Plan verläuft, soll das Museum am 15. Mai dieses Jahres eröffnet werden.

PAZ

Nebenprodukt Bernstein

Kahlberg – Bei den Bauarbeiten an dem Durchstich durch die Frische Nehrung für den geplanten Schifffahrtskanal von der Ostsee bis zum Hafen von Elbing wurden 17 Kilogramm Bernstein gewonnen. Darüber informierte das polnische Ministerium für Klima und Umweltschutz. Der Bernstein soll jedoch bis zur Beendigung der ersten Etappe der Arbeiten an der 1,3 Kilometer langen und 40 Meter breiten Wasserstraße zunächst an Ort und Stelle bleiben. Das Ministerium begründete diese Entscheidung damit, dass die Arbeiten nicht auf die Gewinnung von Bernstein ausgelegt seien, sondern zur Schaffung des Kanalwegs durch die Nehrung ausgerichtet. Die erste Etappe der Arbeiten für den Schifffahrtskanal durch die Frische Nehrung wurden im Oktober 2019 begonnen. Laut Bauzeiten-Plan verlaufen die Arbeiten planmäßig. Sie sollen Mitte 2022 beendet sein.

PAZ

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Herdam, Gerhard, aus Neidenburg, am 18. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 20. April
Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Behrendt, Gertrud, geb. **Audehm**, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 20. April
Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April
Rapold, Gerda, geb. **Behring**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 16. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Buschmann, Edelgard, geb. **Belusa**, aus Treuburg, am 15. April
Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April
Friese, Johanna, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 21. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April
Christiansen, Käthe, geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Gorray, Johanna, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fandrich, Elsbeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 19. April
Pille, Hedwig, geb. **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April
Rogowsky, Margot, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April
Stuhler, Ilse, geb. **Jakobeit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Andresen, Liesbeth, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. April
Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April
Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April
Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. April
Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Posywio, Luzie, geb. **Karbaum**, aus Loien, Kreis Lyck, am 20. April
Struckmann, Christel, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Gräper, Gertrud, geb. **Topeit**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April
Gronwald, Käthe, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April
Kaminski, Erna, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Müller, Renate, geb. **Loch**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Nemetz, Helmut, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 22. April

Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschulewski**, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April
Druba, Erwin, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 18. April
Heckendorf, Herta, geb. **Ruser**, aus Lötzen-Autonowen, Kreis Lötzen, am 19. April
Henning, Gertrud, geb. **Gratz**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Josuweit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April
Klein, Marga, geb. **Hinz**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 16. April
Klischewski, Eva, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Kreuzberger, Hansjürgen, aus Ebenrode, am 19. April
Lasarzewski, Heinz, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 20. April
Mattke, Ilse, geb. **Schwenzfeier**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April
Milewski, Herbert, aus Güntlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Rehfish, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April
Schäfer, Christel, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 16. April
Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April
Stauder, Christel, geb. **Hausmann**, aus Gaffken, Kreis Fischhausen, am 22. April
Zitzmann, Irmgard, geb. **Melsa**, aus Selliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gers, Friedrich, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Klimaschewski, Oskar, aus Gorkau, Kreis Lyck, am 18. April
Kratky, Gisela, geb. **Haedge**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. April
Mertin, Irmgard, geb. **Kasprzyk**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. April
Niederhaus, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 6. April
Nitschmann, Helene, geb. **Katzmarski**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Ruschinczyk, Helmut, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 18. April
Sahm, Erna, geb. **Gnipp**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 20. April
Sauter, Emma, geb. **Scherwath**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 21. April

Scherwenings, Franz, aus Girschunen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. April
Schönrock, Rudi, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. April
Steiner, Margarete, geb. **Bleyer**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 18. April
Todtenhaupt, Frau, geb. **Stumpf**, aus Wehlau, am 16. April
Westphal, Alfred, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 19. April
Zielenski, Herbert, aus Omulehofen, Kreis Neidenburg, am 19. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barske, Käthe, geb. **Sand**, aus Treuburg, am 10. April
Becherer, Lisbeth, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Belau, Irene, geb. **Spruth**, aus Iriglacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Frech, Herta, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. April

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Hantel, Elisabeth, geb. **Bahrdr**, aus Wehlau, am 22. April
Jahn, Rudolf, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April
Janßen, Waltraut, geb. **Sperwien**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. April
Lasarzik, Gerd, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 15. April
Lost, Irma, aus Nußdorf, Kreis Briesen, Landsmannschaft Mölln, am 15. April
Schlösser, Ursula, geb. **Todzy**, aus Ortelsburg, am 18. April
Trilat, Liselotte, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 12. April
Wegelin, Heinz, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April
Wunderlich, Helene, geb. **Nürnberg**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bodis, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Fröhlich, Gertrud, geb. **Majewski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. April
Froese, Horst, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 16. April

Garstka, Georg, aus Ortelsburg, am 20. April
Godau, Hans-Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. April
Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. April
Grunau, Karl-Heinz, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 19. April
Heisel, Gerd, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 17. April
Jorde, Gerlinde, geb. **Spingies**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. April
Konoppa, Walter, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 16. April
Kronmiller, Waltraud, geb. **Zywitz**, aus Klein Schläfen, Kreis Neidenburg, am 18. April
Labodda, Helmut, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Paul, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Petrat, Günter, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode und aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 18. April
Rudat, Joachim, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 22. April
Stocks, Maria, geb. **Dormeyer**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 13. April
Ullmann, Christel, geb. **Jaschewski**, aus Treuburg, am 6. April
Wetzelt, Hildegard, geb. **Nitzkowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. April
Wojdyla, Irmgard, geb. **Gregel**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Basilowski, Ingrid, geb. **Saklowsky**, aus Salza, Kreis Lötzen, am 18. April
Berg, Lisette, geb. **Kronenberger**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 16. April
Flessner, Elfriede, geb. **Kuknat**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 19. April
Gerisch, Sieglinde, geb. **Jortzig**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Kaminski, Emma, geb. **Galka**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Karwen, Werner, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Kendberg, Helga, geb. **Krüger**, aus Lyck, am 17. April
Kizina, Werner, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Koyro, Irmgard, aus Gorkau, Kreis Lyck, am 19. April
Kucken, Helene, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 17. April

Lachmann, Anita, geb. **Maczey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. April
Plessa, Günther, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Prüfert, Lieselotte, geb. **Scherwath**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 20. April
Quell, Ruth, geb. **Hinterthan**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 19. April
Schreiber, Christel, geb. **Berger**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 18. April
Schulz, Dieter, aus Lyck, am 17. April
Szengel, Arno, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Thiel, Erfried, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 15. April
Wirsching, Maria, geb. **Waltereit**, aus Hohenschanz, Kreis Ebenrode, am 18. April
Zuch, Gertrud, geb. **Rhode**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Carsjens, Carl, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April
Kerschgens, Wolfgang, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 20. April
Krause, Helga, geb. **Gawehn**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 21. April
Krause, Manfred, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 22. April
Lasarsch, Siegfried, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. April
Lux, Georg, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 18. April
Marxen, Harald, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 20. April
Muraczewska, Hannelore, geb. **Küssner-Bernatowska**, aus Treuburg, am 2. April
Neumann, Helmut, aus Imten, Kreis Wehlau, am 19. April
Richter, Helga, geb. **Hilpert**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 22. April
Schelinski, Klaus, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 2. April
Siebert, Lore, geb. **Gaensch**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 21. April
Tapp, Dr. Rosemarie, geb. **Kromat**, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hoenen, Ursula, geb. **Schmitt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. April
Vogelsang, Horst, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 16. April



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

Entfällt: 16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt. Aufgrund der aktuellen Corona-Lage fällt das Kulturseminar aus.

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Baseballmütze mit Elchschaufel

Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel

Der nächste Sommer kommt bestimmt! Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel, mit verstärkten Frontsegmenten, gestickten Luftlöchern, aus 100 % Baumwolle, Einheitsgröße, mit größenverstellbarem Klettverschluss am Hinterkopf für € 4,90 zzgl. Verpackung- und Versandpauschale von € 3,50/ Mütze. Bei größerer Bestellmenge erhöht sich der Preis für Versand und Verpackung auf: € 6,00/Paket bis 1 kg.



4,90 €
zzgl.
Versand

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar Tel.: (089)23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Wiedersehen

Altmühlfranken. Freitag, 23. April: „heimatliches Wiedersehen“. Sollte die Gastronomie noch nicht geöffnet haben, sind wir auf der komfortablen Hofstelle unserer Mitglieder, der Eheleute Loos-Klischat, im ländlichen Sausenhofen willkommen, wo die landsmannschaftliche Gemeinschaft uneingeschränkt gepflegt werden kann.

Jürgen Danowski

Herbert Brust

Hof. Prominenter des Monats: Herbert Brust, der am 17. April 1900 am Königsberger Schloss- teich geboren wurde, war Dirigent und Komponist.

Mit 14 Jahren entdeckte er seine Liebe zum Orgelspiel. Er arbeitete bereits als Jugendlicher als stellvertretender Organist im Königsberger Dom, studierte Musik an der Hochschule in Berlin, und heiratete 1924 seine Jugendliebe Edith, mit der er zwei Söhne hatte.

Herbert Brust widmete sich in der Vorkriegszeit freiberuflich seinem künstlerischen Schaffen in Neukuhren, Kreis Fischhausen. Unter anderem vertonte er Texte von Simon Dach und Agnes Miegel. Eine Berufung als Professor nach Frankfurt am Main 1939 lehnte

er ab. 1941 musste er zur Wehrmacht.

Nach dem Krieg brauchte er lange, bis er den Verlust der Heimat verwunden hatte und er wieder neue Kompositionen vorlegen konnte. Bis zu seiner Pensionierung 1965 wirkte er in Bremerhaven als Musiklehrer an zwei Gymnasien, darunter der Humboldt-Oberschule sowie als Organist an der Kirche in Schiffdorf. Er starb am 26. Juni 1968 und hinterließ 96 Werke.

Unsterblichkeit erlangte er durch den Schlusschor seines „Oratorium Ostpreußenland“. Durch die Zusammenarbeit mit dem jungen Erich Hannighofer (1908-1945) entstand das Lied „Land der dunklen Wälder“, das zur Ostpreußenhymne wurde. Erstmals wurde es Anfang 1933 im Königsberger Rundfunk gesendet.

Nach der Vertreibung wurde das Werk zum Inbegriff der verlorenen ostpreußischen Heimat und zum festen ostpreußischen Kulturgut. „Land der dunklen Wälder und kristall’nen Seen, über weite Felder lichte Wunder geh’n“

Jutta Starosta



Herbert Brust Foto: Archiv



Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Rundbrief April 2021

Bad Oldesloe und Tremsbüttel. Im März mussten wir von Erna Drescher Abschied nehmen. Ich habe dem jungen Paar, mit dem sie in Kontakt war, geschrieben, dass auch wir Ost- und Westpreußen unsere Frau Drescher in guter Erinnerung behalten werden.

Frühlingszeit ist Reisezeit! Und da denken wir an die schönen Tagesfahrten, die Herr Baltrusch viele Jahre für unsere Gruppe organisierte. Als Beispiele erwähne ich die Schiffsreise mit dem historischen Raddampfer „Freya“, dann die Bus-Reise in das Städtchen Ha-

velberg in Sachsen-Anhalt mit dem Dom auf dem Domburg und der entzückenden Altstadt.

Ein besonderes Erlebnis war die Fahrt mit dem historischen Eisbrecher „Stettin“ von Kiel nach Rostock. Der Eisbrecher ist ein Arbeitsschiff, wurde in den dreißiger Jahren in Stettin gebaut und war zuerst dort eingesetzt. Der Eisbrecher „Stettin“ wird von einem privaten Verein betrieben.

Wir waren ab Kiel auf der Ostsee den ganzen Tag unterwegs und erlebten auf diese Weise unterschiedliche Wetterregionen.

Nun hat uns Brigitte Profé, Vorsitzende der Ost- und Westpreußengruppe in Neumünster, eingeladen zu ihrer Phantasie- reise mit Amerikanern und Hamburgern, die unser schönes Schleswig-Holstein kennenlernen wollen.

Gisela Brauer

Wer eine Reise tut, der kann schon was erleben! Ja, ein Ausflug mit Dampferfahrt und Landgang ist angesagt. In der kleinen unterhaltsamen Rätselgeschichte finden Sie einige Leckereien versteckt – Viel Spaß!

Also rein in den Bus, mit Maske versteht sich. Ein zusammenge- würfeltes Völkchen, stelle ich fest. Ostpreußische Laute vernehme ich. Kopenhagener, Amerikaner, Hamburger und Kieler sind dabei. Alle wollen unser schönes Schleswig-Holstein kennenlernen.

Schon bei der Begrüßung gibt es viele Informationen und Spekulationen. Wir sollen während der Fahrt auf unseren Plätzchen bleiben und nicht Rumpkugeln! Mit wachsamem Ochsenaugen und hel-

Zusendungen für die Ausgabe 17/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 17/2021 (Erstverkaufstag 30. April) **bis spätestens Dienstag, den 20. April,**

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

len Schweinsohren verfolgen wir die Ansage. Es geht nicht in den Heidesand, sondern zum Nord-Ostsee-Kanal, eben eine kleine Dampferfahrt ohne Donauwellen, also eine ruhige Fahrt. Uns schlagen auch keine Windbeutel entgegen, geraten auch in keinen Apfelstrudel und müssen auch nicht um unsere Schillerlocken fürchten. Oben an Deck sollen wir auf Bienenstiche achten.

Landgang ist angesagt. Es geht über Pflastersteine und kleine Dominosteine zum Marktplatz, dort soll der Arme Ritter stehen – braun wie ein Honigkuchen. Es riecht nach gebackenen Waffeln oder sind es Purzel?

Wir gehen weiter und entdecken „Café Königsberg“ am Baumkuchen Weg. Eine Spezialität des Hauses soll der Glumskuchen sein. Ich mag lieber Frankfurter Kranz. Die Auswahl an Torten und Kuchen ist groß, das haben wir nicht vermutet. Wir nehmen draußen ein Plätzchen ein und ruhen unsere Liebesknochen aus und lassen uns vom Thorer Kathrinchen bedienen. Sie schlägt Schwarzwälder Kirschtorte vor oder etwas ohne

Schmand zum Beispiel Sandkuchen, Schnecken oder Marmorkuchen.

Wir hören Musik aus der Kugel von Mozart, dabei denke ich an die Elisen-Lebkuchen – so etwas an Nostalgie! Zufällig treffe ich Berliner Bekannte. Vor Freude gibt es einen großen Schaumkuss auf die rechte Wange, einen kleinen Schaumkuss auf die linke Wange. Sie schenken mir einen Pfannkuchen – tolle Geste! Was sehen meinen Augen? Läuft da nicht ein „Kalter Hund“ über den Marktplatz?? -

Für die Heimreise kaufe ich noch etwas Spritzgebäck oder lieber Stangen des Salzes? Unser Damenkränzchen hinterlässt kaum Krümel tortenreste! So begeben wir uns langsam durch den Stollen auf die Heimreise. So gegen Abend, es ist noch hell, können wir keine Zimtsterne am Himmel sehen.

Es war ein interessanter Ausflug. Mein Mohrenkopf raucht und nun „Gute Nacht“ mit dem Apfel im Schlafrock.

Ich werde von den ostpreußischen Gründonnerstagskringeln träumen. *Brigitte Profé*

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Emil sucht Brieffreunde

Museumsmaskottchen aus Ellingen schreibt über seine Heimat

Emil Elch, das beliebte Museumsmaskottchen des Kulturzentrums Ostpreußen mit Sitz im Ellinger Deutschordensschloss, fühlt sich aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sehr einsam in seinem Museum. Wo sonst Kinder ihre Geburtstage feiern, spannende Ferienprogramme stattfinden oder Kindergärten kleine Abenteuer- ausflüge veranstalten, herrscht nun in den Fluren und Sälen des Museums eine geheimnisvolle Stille. Um sich ein wenig abzulenken, hatte Emil daher eine tolle Idee. Wenn die Kinder nicht ins Muse-

um kommen können, so könnte er zu den Kindern kommen. Daher sucht Emil Elch nun auf diesem Wege viele kleine Brieffreunde, denen er einmal im Monat Post aus dem Museum schicken darf und dabei viele interessante Geschichten aus seiner Heimat Ostpreußen erzählen kann. Unter anderem beantwortet er die Frage, warum ausgerechnet ein Elch Museumsmaskottchen wurde. Weitere Themen sind Bernstein, Ritter, Burgen und vieles mehr. Angemeldete Kinder erhalten so zwölf persönlich an sie gerichtete,

exklusive Elchbriefe plus einem Kennenlernbrief und einer handgeschriebenen Geburtstagskarte von Emil. Ergänzt sind die Briefe jeweils mit einer spannenden Mitmachseite. Weitere Informationen zur Anmeldung erhalten Sie per E-Mail emil.elch@t-online.de oder per Telefon (09141) 86440. Emil Elch freut sich darauf, vielen Kindern von fünf bis zehn Jahren ein wenig Freude zu bereiten und den Gang zum Briefkasten zu einem kleinen Erlebnis werden zu lassen. *Kulturzentrum Ostpreußen*



Endlich die Feder in die Tinte tauchen: Darauf freut sich Emil Elch

Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Buchstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied

Ursula Willamowski

* 31. Januar 1926 † 1. April 2021
Allenstein / Ostpr. Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit
Irmgard Willamowski
und Angehörige

Die Beerdigung fand am Dienstag, dem 13. April 2021,
um 12.30 Uhr auf dem Friedhof Barsbüttel statt.

Ich liege und schlafe ganz mit Frieden;
denn alleine du, Herr, hilfst mir, dass ich sicher wohne.
Psalm 4,9

Wir trauern um unseren Vater, Schwiegervater,
Großvater und Urgroßvater, Bruder und Onkel

Prof. em. Dr. Dr.h.c. mult. Hans Rothe

Träger des Bundesverdienstkreuzes

* 5. Mai 1928 in Berlin † 31. März 2021 in Bonn

Susanne Rothe und Ulrich Goerdten
Lorenz und Monika Rothe
Annemarie Rothe

Karen Mücher und Hajo Winkel-Mücher
Hans Gerd und Gabriele Mücher

Geschwister, Enkel und Urenkel und alle Familienangehörigen

Traueranschrift:
Bestattungshaus Gottfried Büchel III, Konrad-Adenauer-Platz 18, 5325 Bonn
Auf Grund der Pandemieverordnung finden Trauerfeier und Beisetzung im engsten Familienkreis statt.

OSTPREUSSISCHE MUSEUMSSTÜCKE

Eine Biene wird Teil der Frauenbewegung

Die Begründerin der Landfrauenorganisation Elisabeth Boehm

VON CHRISTOPH HINKELMANN

Wer im ländlichen Raum lebt, weiß: Der Erfolg eines Dorffests hängt wesentlich an den Landfrauen. Was nicht alle wissen: Die Gründerin dieser so erfolgreichen Vereinigung lebte und wirkte in Ostpreußen.

Elisabet Boehm, geborene Steppuhn, wurde 1869 als Tochter eines Gutspächters in Rastenburg geboren, in einer Zeit großer Umbrüche in Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft. Gerade auf den von Bürgerlichen geführten Gütern setzte man nicht zunehmend weniger auf Ertragsmaximierung, sondern auf Verarbeitung, Veredelung und Vermarktung der eigenen Produkte – ein Wirtschaftsfeld, das oft den Gutsfrauen oblag.

Erkannte die Lage und handelte

Mit 21 Jahren heiratete sie und wurde Gutsherrin auf einem heruntergekommenen Betrieb, ein Hochzeitsgeschenk des Schwiegervaters, den ihr Mann mühsam wieder hochbrachte. Rasch wurde ihr bewusst, dass sie zwar über eine ausgezeichnete „bürgerliche“ Allgemeinbildung verfügte, ihr für all die vielen Aufgaben, die sie als Chefin für das Innere eines Betriebes zu bewältigen hatte, jedoch viele Kenntnisse fehlten. Dies war die Initialzündung zu ihrer Suche nach Frauen in ähnlicher Lage wie sie.

Gemeinsam wurde gelesen und sich in kleinen „Kränzchen“ fortgebildet, bis die Damenrunde 1898 in Rastenburg den ers-



Fleißig, arbeitswillig und gemeinschaftsorientiert wie eine Biene: Elisabeth Boehm im Alter von 70 Jahren, 1929, auf einem Gemälde von Peter Paul Tomrod, Öl auf Leinwand

Foto: Leihgabe des Deutschen LandFrauenverbandes e.V. im OL

ten „Landwirtschaftlichen Hausfrauenverein“ der Welt gründete. Er setzte es sich zur Aufgabe, auf dem Land tätige Frauen zu bilden und zu fördern sowie Verkaufsstellen in den Städten einzurichten, in denen die von den Frauen produzierten Lebensmittel wie Früchte, Gemüse oder Eier angeboten wurden. Die Verkaufserlöse bedeuteten ein wichtiges Zusatzeinkommen.

Lobbyistin ihrer Zeit

Die gute Idee fand schnell Nachahmer: Zunächst in Ostpreußen, dann in ganz Deutschland wurden Landwirtschaftliche Hausfrauenvereine (L.H.V.) gegründet. Im Ersten Weltkrieg, als die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landfrauenprodukte offensichtlich wurde, fanden sich die Vereine zum „Reichsverband L.H.V.“ unter dem Vorsitz von Elisabeth Boehm zusammen und waren aus der Nahrungsmittelversorgung nicht mehr wegzudenken. Die Landfrauenorganisation förderte die Ausbildung junger Frauen als Vorbereitung auf ihre Aufgaben als Verantwortliche für Haushalt und Hauswirtschaft, sie beriet sie auf dem Land in allen Bereichen, setzte sich unter anderem für Verbreitung der Imkerei, des Gartenbaus, der Geflügelzucht ein. Nach dem Ersten Weltkrieg kam die Optimierung von Arbeitsräumen und Haustechnik hinzu. Überall wurden Schulen für Landfrauen gegründet, mit denen ein systematischer Aufbau des ländlich-hauswirtschaftlichen Ausbildungswesens verbunden war.

Mit den neuen Aufgaben und nicht zuletzt dank nunmehr professioneller Aus-

bildung erwuchs den Landfrauen ein neues Selbstbewusstsein. Das Engagement Elisabeth Boehms führte 1920 zur Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes der Landfrauen in den Landwirtschaftskammern. Dank ihr wurden dort auch Abteilungen für ländliche Hauswirtschaft unter weiblicher Leitung eingerichtet, ebenso wie ein Frauenreferat im Landwirtschaftsministerium. Elisabeth Boehm sah ihre Verbandsarbeit immer auch als Teil der damaligen Frauenbewegung.

Die Grundlage der Landfrauen

Das Ölgemälde von Peter Paul Tomrod zeigt Elisabeth Boehm 1929 als 70-Jährige, dem Jahr, in dem sie den Vorsitz niederlegte. Sie trägt eine Brosche, die einer Biene nachgebildet ist. Tatsächlich zeigt das Museum auch eine Kette Elisabeth Boehms mit den „Bienen“ aller Landesverbände. Sie selbst hat sich die Biene als Symbol für die Landfrauenorganisation ausgesucht. Das ist sie bis heute. Sie steht nicht nur für den sprichwörtlichen Fleiß oder für unerschöpflichen Arbeitswillen, sondern auch für Gemeinschafts-sinn, staatsbürgerliche Verantwortung, soziales Engagement, Aufgeschlossenheit, Einsatzfreude und Qualität. Auf dieser Grundlage wirken die Landfrauen bis heute.

● Christoph Hinkelmann ist Kurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ol-ig.de

Rätsel

Grundform, Muster, Idee

Segelbefehl

Streitkräfte vermindern

Gemahltn Lohengrins

amerik. Schauspieler (Kirk)

Bogen-geschoss

dänische Stadt auf Fünen

Bar-gewinn

linker Nebenfluss der Fulda

Kommunikationsform im Internet

Sport-ruderboot

Bad an der Lahn

ständig, stets

Bruder Jakobs im A. T.

kürzlich errichtetes Haus

abgestochenes Rasenstück

Fluss zur Donau

Schreitvogel, Sichler

ruhig, beherrscht

Schwertlilie

geharzter griechischer Weißwein

Musik: an keine Tonart gebunden

abfällig über jemanden reden

Wasch-fass

Einkaufsstraße in Düsseldorf (Kzw.)

Ausdehnungs-begriff

Romanfigur De-foes (Robinson)

schlank und geschmeidig

Wintersportgerät

Sondervermögen (franz.)

Vorderasien

Kochsalz enthaltendes Wasser

stark basische Verbindung

Karten-orakel

fressen (Wild)

feuer-fester Fasertstoff

landwirtschaftliches Anwesen

Inselstaat im Mittelmeer

Radrennfahrer

Verbrechen

Anerkennung aussprechen

Währungseinheit in Südafrika

auf dem Bauch kriechen

feierliches Gedicht

höchste Berggruppe im Bayerischen Wald

unbestimmter Artikel

lächelnd, Kindisch

strenger Vegetarier

Winter-sportler

Koseform für Großvater

Ausklang, wehmütiger Abschied

Ausruf des Missfallens

Strohunterlage

Fuß- oder Handrücken

kurzer, heftiger Regenschauer

bayerisch: Rettich

jetzt

Veranstaltung, Ereignis (engl.)

Gleichklang im Vers

wasserdichte Schutzdecke

an einer höher gelegenen Stelle

Zahlungsmittel

um Auskunft Bittender

aus Samen gezogene Pflanze

Abkürzung für Untergeschoss

Kfz-Zeichen Krefeld

Hülle, Futteral

ägyptische Göttin

Kanton der Schweiz

radioaktives Schwermetall

vertraute Anrede

heimliches Gerede

nicht krumm

heimliches Gerede

Sudoku: Ameisenbaer

Kreiskette: 1. Hameln, 2. Fleiss, 3. Neisse, 4. Barren, 5. Aergel - 6. Regent - Planet, Meteor

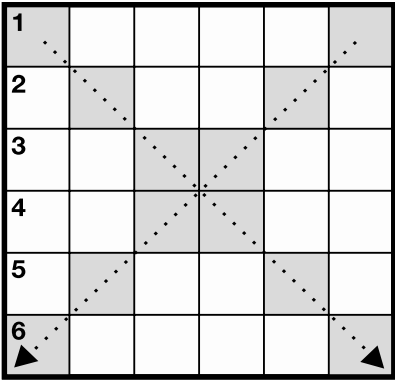
Diagonalrätsel: 1. Pftiem, 2. Kloben.

So ist's richtig:

Sudoku

		7	6		3	4		
		2			5		3	
3		9				7		2
2				6				4
	5		2		4		7	
7				3				1
9		2				3		8
	4			8			2	
		1	9		2	6		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

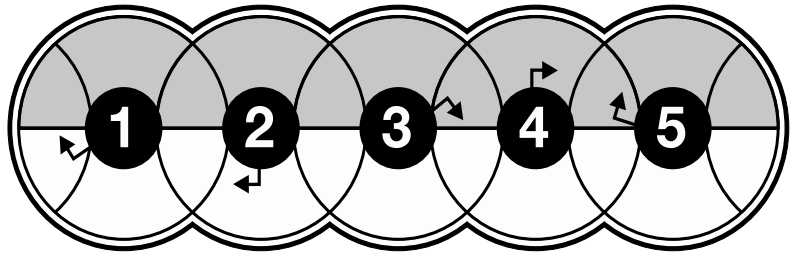
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe aus der Astronomie.

- 1 Lochvorböhrer
- 2 grober Holzklotz
- 3 sehr flache Servierschüssel
- 4 Trennlinie
- 5 Bierwürze
- 6 Staatsoberrhaupt

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein südamerik. Säugetier mit röhrenförmiger Schnauze.

- 1 Stadt an der Weser (Rattenfänger), 2 Strebsamkeit, 3 zwei Flüsse zur Oder, 4 Turngerät, 5 Unwille, Verdrossenheit



LESERAUFTRUF

Strommasten, Blumenkübel, Bänke

Straßenmobiliar aus den 1950ern und 1960ern für die „Königsberger Straße“ des Freilichtmuseums am Kiekeberg gesucht

VON MARION JUNKER

Eine ungewöhnliche Suche für ein ungewöhnliches Projekt: Das Freilichtmuseum am Kiekeberg sucht Straßenmobiliar aus den 1950ern und 1960ern. Strommasten, Straßenlampen und Bänke, Litfaßsäule und Blumenkübel werden zukünftig in der „Königsberger Straße“ stehen – und damit den Straßenzug vervollständigen. Sie sind üblicherweise nicht regionaltypisch hergestellt und können daher aus dem gesamten Gebiet des früheren West-Deutschlands stammen. Entlang der „Königsberger Straße“ baut das Museum nach und nach fünf Gebäude aus der Nachkriegszeit auf, die 1950er-Jahre-Tankstelle und das Siedlungsdoppelhaus stehen Besuchern bereits offen. Der Aufruf wendet sich an Privatpersonen und Kommunen: Wer die passenden Objekte in der eigenen Sammlung hat oder einen Ansprechpartner kennt, wendet sich an Zofia Durda, Projektleiterin der „Königsberger Straße“, unter Telefon (040) 790176-52 oder per E-Mail: durda@kiekeberg-museum.de.

Authentische Gestaltung

Straßen mit Lampen, Blumenkübeln und Sitzbänken – spätestens in den 1960ern Jahren war diese Ausstattung auch auf den Dörfern üblich. Deswegen braucht auch die „Königsberger Straße“ Strommasten, Straßenlampen oder eine Litfaßsäule aus Beton. Projektleiterin Zofia Durda erklärt: „Wir möchten unsere Straße so authentisch wie möglich aufbauen. Dafür suchen wir historische Objekte, die früher in den Dörfern und Kleinstädten gestanden haben. Unser Projekt ist bundesweit einmalig – unsere Objektsuche ist es auch.“ Es fragt sich: Gibt es Menschen, die einen Holzmast oder eine 1960er-Jahre-Bank bei sich zuhause lagern? Zofia Durda schmunzelt: „Im Freilichtmuseum werden uns immer wieder kuriose und besondere Objekte angeboten, Menschen haben sehr verschiedene Sammelleidenschaften. Wir möchten auch Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden ansprechen: Vielleicht gibt es bei ihnen noch einen ungenutzten Blumenkübel, lagert eine alte Bank auf dem Bauhof, werden gerade Laternen ausgetauscht?“ Auch Mitarbeiter in Kommunen haben einen Blick auf ihre Altbestände. Im besten Fall erhält das alte Straßenmobiliar eine zweite Nutzung im Museum – und dort auf Dauer.

Mit dem Großprojekt „Königsberger Straße“ errichtet das Freilichtmuseum am Kiekeberg bis 2023 eine Baugruppe mit Gebäuden, die typisch für das Leben in der Nachkriegszeit sind und bis heute das Erscheinungsbild von Dörfern in ganz

Deutschland prägen. Es besitzt bundesweite Bedeutung: Erstmals wird die Kulturgeschichte der Nachkriegszeit bis 1979 in der ländlichen Region erforscht und durch den Aufbau von Häusern und einer umfassenden Ausstellung gezeigt. Diese bundesweite Ausstrahlung verdeutlicht auch die Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien in Höhe von 3,84 Millionen Euro. Der Zeitpunkt ist passend gewählt: Noch kann das Museum einzelne Nachkriegsgebäude im Originalzustand sichern, viele Menschen aus der Erlebnisgeneration geben ihr Wissen an die Wissenschaftler weiter und Dokumente der Zeit, von Bauunterlagen, der provisorischen Ersteinrichtung bis zum Fotoalbum, gehen in die Sammlung des Museums über. Dies ist das Gedächtnis für die folgenden Generationen.

Gedächtnis folgender Generationen

Das Freilichtmuseum am Kiekeberg baut fünf Gebäude mit entsprechender Einrichtung auf, legt Gärten und Straßen an. In ihnen zeigen Ausstellungen auch politische, wirtschaftliche, soziale und kultu-

„Im Freilichtmuseum werden uns immer wieder kuriose und besondere Objekte angeboten, Menschen haben sehr verschiedene Sammelleidenschaften.“

Zofia Durda
Projektleiterin der
„Königsberger Straße“ –
Stiftung Freilichtmuseum am
Kiekeberg
Am Kiekeberg 1
21224 Rosengarten-Ehestorf
Telefon (040) 790176-0
Fax: (040) 79 26 464
www.kiekeberg-museum.de

relle Entwicklungen in Deutschland. Bewohnergeschichten und Einzelschicksale aus der Zeit illustrieren besonders eindringlich die individuellen Auswirkungen. Das Museum wählte regionaltypische Gebäude mit aussagekräftigen Geschichten aus, die in gleicher Weise für die gesamte deutsche Entwicklung stehen. Dazu gehört eine Tankstelle mit angeschlossener Werkstatt, eine Ladenzeile mit modernen Geschäften, ein Siedlungsdoppelhaus und ein Flüchtlingsiedlungshaus (siehe *Preußische Allgemeine Zeitung*, Ausgabe 10, vom 12. Februar, Seite 17), und ein Fertighaus als neuer Bautyp, das aus einem Versandhauskatalog bestellt wurde und einen an den USA ausgerichteten, modernen Lebensstil verkörpert.

Finanzierung

Zahlreiche Förderer unterstützen das einmalige Projekt „Königsberger Straße“. Ihr Ziel ist es, die kulturellen Zeugen der unmittelbaren Nachkriegszeit für die Nachwelt zu erhalten und die Aufbauleistung darzustellen. Die „Königsberger Straße“ im Freilichtmuseum am Kiekeberg wird

gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Bund), das Land Niedersachsen, den Landkreis Harburg, den Förderfonds Hamburg/Niedersachsen der Metropolregion Hamburg, die Stiftung Niedersachsen, die Stiftung Hof Schlüter, die Niedersächsische Sparkassenstiftung, die Stiftung der Sparkasse Harburg-Buxtehude, den Lüneburgischen Landschaftsverband, die Klosterkammer Hannover, die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung und den Förderverein des Freilichtmuseums am Kiekeberg. Das Gesamtprojekt ist auf 6,14 Millionen Euro angelegt.

Das Freilichtmuseum und Corona

Wer seinen Wochenendausflug im Freilichtmuseum am Kiekeberg verbringen möchte, wird derzeit enttäuscht; das Museum bleibt bis auf Weiteres geschlossen. So wurde auch der große Pflanzenmarkt, zu dem Besucher nicht nur aus Deutschland anreisen, am 17. und 18. April abgesagt. Für den nächsten Programmpunkt am 24. und 25. April „Gelebte Geschichte“ besteht noch Hoffnung.



Hier fehlt noch so einiges: Projektleiterin Zofia Durda in der „Königsberger Straße“ hat noch viel vor. Bis 2023 soll ein Straßenzug mit fünf Gebäuden und Gärten das Leben der Nachkriegszeit zeigen
Foto: Freilichtmuseum am Kiekeberg



Es surrt und knistert: Nicht die Bienen, sondern die Strommasten der neuen Siedlung in Neu Wulmstorf halten in den frühen 1950er Jahren Einzug
Foto: Archiv Freilichtmuseum am Kiekeberg (FLMK)



Heißen die Kunden willkommen: Blumenkübel vor Spar- und Darlehnskasse Hoopte bei Winsen (Luhe) in den späten 1950er oder frühen 1960er Jahren Foto: Archiv FLMK

OSTPREUSSISCHER FORSCHER

Ein Ostpreuße im Ewigen Eis

Erich Dagobert von Drygalski erkundete die Antarktis

VON WOLFGANG KAUFMANN

Für die Polarforschung ist es unerheblich, wer als erster am Pol steht.“ Dies war das Credo von Erich Dagobert von Drygalski, der zu den größten Antarktis-Pionieren seiner Zeit zählte.

Der Geograph, Geophysiker und Geodät (ein Fachmann des Vermessungswesens) wurde am 9. Februar 1865 in Königsberg geboren. Sein Vater Fridolin fungierte als Direktor des Kneiphöfischen Gymnasiums und bahnte ihm den Weg in die Wissenschaft. Dabei hatte von Drygalski bereits mit elf Jahren das Schlüsselerlebnis, das die ganze spätere Forscherkarriere des Ostpreußen bestimmen sollte: Er stieß beim Wandern auf einen während der Eiszeit nach Süden verschobenen Findling. Über die Eisverhältnisse in nordischen Regionen schrieb von Drygalski dann auch seine Doktorarbeit, die von keinem Geringeren als dem damals höchst prominenten deutschen Geographen und Forschungsreisenden Ferdinand von Richthofen betreut wurde.

Nach vier Jahren Tätigkeit am Geodätischen Institut und Zentralbüro der internationalen Erdmessung in Berlin avancierte von Drygalski zum Leiter zweier von der Berliner Gesellschaft für Erdkunde ausgesandten Westgrönland-Expeditionen. Mit diesen Erkundungsfahrten, die



Umgeben von Eis: Diese Aufnahme entstand am 29. März 1902 aus dem Fesselballon von der „Gauß“ Foto: Wikipedia



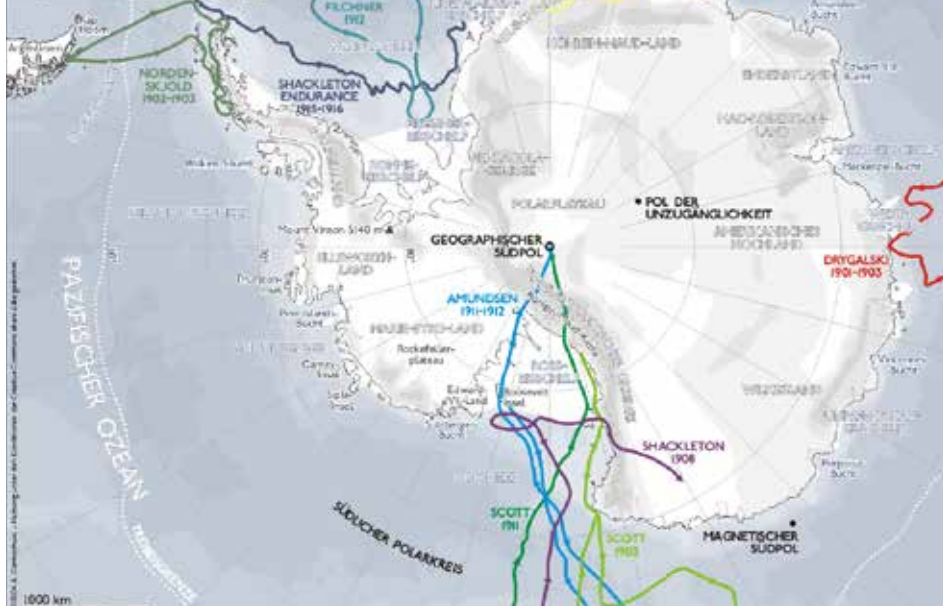
Sammelte viel Forschungsmaterial: Erich von Drygalski Foto: Internet

1891 und 1892/93 stattfanden, begründete er seinen Ruf als exzellenter Polarfachmann. Und so war es nur zu verständlich, dass die Deutsche Kommission für Südpolarforschung ihm 1898 die Führung der ersten deutschen Expedition in die Antarktis anvertraute.

Das Unternehmen begann am 11. August 1901 mit dem Auslaufen des Forschungsschiffes „Gauß“ in Kiel. An Bord befanden sich 32 Expeditionsteilnehmer, darunter neben von Drygalski die Geowissenschaftler Friedrich Bidlingmaier und Emil Philippi, der Arzt und Bakteriologe Hans Gazert sowie der Botaniker und Zoologe Ernst Vanhöffen.

Nutzen der Wissenschaft

Am 21. Februar 1902 sichtete man erstmals unbekanntes Land in der Antarktis südlich der Davis-See, das nach Kaiser Wilhelm II. benannt wurde, der die Expedition höchstpersönlich mit 1,2 Millionen Mark gefördert hatte. Die „Gauß“ steckte ab dem 1. März rund 50 Seemeilen vor der



Eine rote Linie: Die Route der „Gauß“ in der Antarktis, Robert Falcon Scotts Route ist in dunkelgrün eingezeichnet Foto: Sansculotte/Wikipedia

Küste im Eis fest – ein Zustand, der bis zum 8. Februar 1903 anhielt. Im Verlauf dieses knappen Jahres sammelten die Forscher unzählige meteorologische und zoologische Daten. Außerdem unternahmen sie sieben längere Schlittenfahrten durch die Umgebung. Und am 29. März 1902 stieg von Drygalski mittels des an Bord befindlichen Fesselballons bis auf 500 Meter Höhe auf, wobei er einen erloschenen Vulkan in 80 Kilometern Entfernung entdeckte, der den Namen „Gaußberg“ erhielt. Um das Schiff wieder freizubekommen, streuten die Forscher schließlich dunkle Asche auf das Eis vor der „Gauß“, woraufhin dieses schmolz und eine Fahrrinne freigab. Danach segelte das Schiff nach Kapstadt, wo die Besatzung Nachricht erhielt, dass die Reichsregierung keine Mittel für einen weiteren Aufenthalt in der Antarktis bereitstellte, und die „Gauß“ nach Kiel zurückkehren müsse, wo sie am 23. November 1903 auch eintraf. Der Hauptgrund für die Verweigerung der Genehmigung eines erneuten

Vorstößes nach Süden war die Enttäuschung von Kaiser Wilhelm II. über den Verlauf der Forschungsreise: Während die gleichzeitig stattfindende British National Antarctic Expedition unter Robert Falcon Scott erstmals bis 82 Grad 17 Minuten südlicher Breite vordringen konnte, erreichten die Deutschen nur 66 Grad Süd. Von Drygalski konterte die diesbezüglichen Vorwürfe indes mit den Worten: „Nicht um Sensationen zu erregen, sind wir in die Antarktis gezogen, sondern zum Nutzen der Wissenschaft.“ Und die konnte tatsächlich sehr von der sogenannten „Gauß-Expedition“ profitieren, wovon beispielsweise die 35 Bände und fünf Atlanten künden, die der Südpolarforscher zwischen 1905 und 1931 herausgab. Letztlich war der wissenschaftliche Ertrag seiner Forschungsreise größer als der jeder anderen Antarktis-Expedition während der „heroischen Phase“ der „Eroberung“ des sechsten Kontinents.

1906 folgte von Drygalski einem Ruf an die Universität München, wo er den Lehr-



Lief am 2. April 1901 vom Stapel: Die Barkentine „Gauß“ Foto: Internet

stuhl für Erdkunde und Geophysik erhielt und das Geographische Institut gründete. In diesem wirkte der Polarforscher bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1935. So führte er allein 84 Doktoranden zur Promotion. Außerdem nahm von Drygalski 1910 an einer Studienreise nach Spitzbergen teil, deren Ziel darin bestand, die Tauglichkeit von Zeppelin unter arktischen Bedingungen zu testen. Späterhin durchwanderte er auch noch große Gebiete in Nordamerika und Sibirien, um anthropogeographische Studien zu betreiben.

Erich von Drygalski starb am 10. Januar 1949 kurz vor seinem 84. Geburtstag in München. An den Ostpreußen, der die Geowissenschaften zu seiner Zeit so entscheidend mitgeprägt hatte, erinnern heute unter anderem das Drygalski-Becken, die Drygalski-Insel, die Drygalski-Berge und der Drygalski-Gletscher in der Antarktis sowie der Mount Drygalski auf der Insel Heard im Indischen Ozean und der Drygalski-Krater in der Südpolarregion des Mondes.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Handtäschchenprotest niedergeknüppelt

Der polnische Querdenker ist jung und erfährt Rückhalt aus der liberalen Opposition

Allein am 11. April fanden im niederschlesischen Glogau [Głogów], in Krakau, im großpolnischen Gostyn [Gostyń], im hinterpommerschen Belgard [Białogard] und in Schneidemühl „spontane Spaziergänge“ von Corona-Maßnahmen-Gegnern statt. Hierzu rief die Aktion „Polaku dawaj z nami!“ (frei übersetzt: Pole, los mach mit!) auf. „Denkt daran, wir kämpfen für ein freies und unabhängiges Polen, wie es bereits unsere Vorfahren taten: Schulter an Schulter wie ein Bruder mit dem Bruder“, heißt es auf der Facebookseite, auf der auch zum Tragen von Nationalfarben und zur Vermeidung jeglicher Provokation aufgerufen wurde.

In Glogau ist es bereits die zweite Demonstration dieser Art in den letzten Wochen. Bereits am 28. März zeigten dort Menschen ihren Unmut ob der Lockdownmaßnahmen der Regierung. „Wie kann es möglich sein, dass eine Versammlung auf der Straße illegal, aber die gleiche Menge an Versammelten in einer Kirche zulässig ist?“, fragten die Demonstranten. Sie wollten durch die Glogauer Straßen ziehen, doch Polizisten haben dies verhindert. Die Personalien der Demonstranten seien aufgenommen und Anzeigen angedroht worden. Die Protestler hätten jedoch nicht aufgegeben und sich Wege durch

Hinterhöfe in die mittlerweile weitgehend rekonstruierte Altstadt gesucht, berichtet das Internetportal „My Glogow“.

Keine Corona-Leugner

„Wir sind unterwegs, weil wir vor allem die Freiheit schätzen. Sie ist das Recht jedes Menschen. Wir negieren nicht die Pandemie, sondern die Rationalität der Maßnahmen“, sagte einer der Demonstranten gegenüber „My Glogow“. Die Polizei setzte dennoch Gummiknüppel und Tränengas gegen sie ein. Unter den Protestteilnehmern waren nicht nur Glogauer. Auch Menschen aus anderen niederschlesischen Städten reisten an. Laut Pressestelle der niederschlesischen Polizei wurden die Personalien von mehr als 200 Personen aufgenommen und 120 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Gegenstand der Verfahren seien die Nichteinhaltung der verordneten Abstände und die damit einhergehende Gefahr der Ansteckung für sich und andere Demonstranten gewesen, hieß es seitens der Polizeipressestelle. Der Charakter dieser Protestbewegung unterscheidet sich etwas von dem der Querdenkerbewegung in der Bundesrepublik. In der Republik Polen sind unter den Protestteilnehmern hauptsächlich junge Menschen, insbeson-



Ausführende Gewalt: Proteste in Glogau Foto: Screenshot Marcin Szyszka Facebook

dere viele Fußballfans. Nicht der gut situierte Unternehmer oder Rentner dominiert hier den Protest, sondern junge Männer in Kapuzenpullovern mit kurz geschorenen Haaren und in Begleitung modischer junger Frauen mit Handtäschchen. Und dieses Altersklientel singt inbrünstig die Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren“.

„Interia.pl“ berichtet, dass die rund 200 Demonstranten in Glogau am 11. April nicht nur auf gewöhnliche Polizisten, sondern auf Spezialeinheiten der Antiter-

rorbekämpfung gestoßen wären, die Tränengas eingesetzt hätten. Lokale Medien veröffentlichten ein Video, in dem zu sehen ist, wie ein Polizist auf eine protestierende junge Frau mit einem Gummiknüppel einschlägt. Er fasst sie am Hals und wirft sie zu Boden. „Interia.pl“ zitiert Marcin Szyszka, der dieses Video ins Netz stellte. „Der Protest wäre friedlich verlaufen, hätte die Polizei nicht eingegriffen. Die Polizisten waren aggressiv und schnappten sich einzelne Menschen aus der Menge“.

„TV24“ berichtet, dass die niederschlesische Polizei dieses Verhalten damit entschuldigt habe, dass die Frau aggressiv gegenüber der Polizei aufgetreten sei und ihr Verhalten auch nach Warnung nicht geändert habe. Seitens der Pressestelle der Polizei heißt es, die Frau hätte den schlagenden Polizisten zuvor an seiner Uniform gezerrt.

Insgesamt seien laut Polizei 32 Bußgeldverfahren eingeleitet und 101 Anzeigen erstattet, sechs Personen seien festgenommen und von 196 die Personalien festgestellt worden. Faktisch wurden damit die Teilnehmer des kompletten Protestzugs erfasst.

Vergleich mit Weißrussland

Politiker der Opposition vergleichen die Situation mit Weißrussland. „Ich finde den Namen des Polizisten-Banditen aus Glogau heraus. Informieren Sie mich privat. Ich garantiere Anonymität. Ich benachrichtige die Staatsanwaltschaft. In zwei Jahren wird er nicht mehr in dieser Mannschaft arbeiten. Er wird auf Arbeitsuche in die weißrussische OMON (A.d.R.: Mobile Einheit besonderer Bestimmung) gehen!“, twitterte Michał Szczerba, Abgeordneter der liberal-konservativen Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska). Chris W. Wagner

ENTSPANNUNG PUR

Die Oder linksherum

Zwischen Vor- und Hinterpommern auf dem deutschen Schicksalsstrom

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

In Berlin-Spandau startet die „MS Liberté“. Weiter geht es auf einem geschichtsträchtigen Kurs: über die Havelseen-Kette, den Oder-Havel-Kanal, Eberswalde und das berühmte Schiffshebewerk Niederfinow mit weitem Blick über das Odertal hinab zur Schleuse Hohensaaten. „So eine Oder-Fahrt hat ihre speziellen Reize“, weiß Kapitän Johann Magner aus langjähriger Schiffer-Erfahrung auf dem deutsch-polnischen Strom, „aber beschert uns leider auch reichlich Probleme. Im Frühjahr ist es das Hoch-, im Sommer das Niedrigwasser“. Dieses Mal geht es linksherum, also nach Norden, weil die Oder im Süden zu wenig Wasser führt.

Naturbelassenes Bauernweib

Mit dreifacher Schrittgeschwindigkeit gleitet das kleine Flusskreuzfahrtschiff zu Tal, wie die Flussabwärts-Richtung in der Fachsprache heißt. Kilometer um Kilometer schlängelt sich die „Liberté“ auf dem Fluss mit seinen oft schilfgesäumten Ufern voran. Er hat für Auge und Kamera nur stille Sensationen zu bieten: Landschaft satt, dazu seltene Vögel wie Seeadler und Kraniche - Hauptunterhaltung für die zwölf Passagiere. Hin und wieder äsen Rehe auf den Wiesen. Ortschaften werden selten passiert, so dass die Reiseleiterin wenig ansagen muss.

„Unter den deutschen Flüssen ist die Oder wie ein Bauernweib unter Großen und Edlen“, schrieb einst ein Dichter. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich an den weitgehend naturbelassenen Ufern nicht viel getan. Bühnen – sie sollen die Strömung regulieren und das Fahrwasser ausreichend tief halten – sind auf polnischer Seite, wo alte Landkarten die Provinz Hinterpommern verzeichnen, unter- und überspült. „Das ist nicht ganz ungefährlich“, kritisiert der Kapitän diesen Zustand. Normalerweise ist der Wasserstand im Frühjahr hoch genug für eine relativ unproblematische Schifffahrt.

„Im Hochsommer“, so der Kapitän, „sinkt er allerdings auf Werte ab, bei denen selbst wir mit 1,30 Meter Tiefgang nicht mehr fahren können“, erklärt er seinen Gästen. Daher beschränke sich die 500 Kilometer-Oderfahrt bis Oberschlesien oder Stettin-Swinemünde maximal auf drei Reisen. „Eine Flussregulierung wäre für die Schifffahrt schon sinnvoll“, spricht er auf das bei deutschen Umweltaktivisten umstrittene polnische Projekt an. Angedacht ist sogar schon lange eine Verbindung bis zur Donau und damit ein umweltfreundlicher Transport zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer.

„Im Hochsommer“, so der Kapitän, „sinkt er allerdings auf Werte ab, bei denen selbst wir mit 1,30 Meter Tiefgang nicht mehr fahren können“, erklärt er seinen Gästen. Daher beschränke sich die 500 Kilometer-Oderfahrt bis Oberschlesien oder Stettin-Swinemünde maximal auf drei Reisen. „Eine Flussregulierung wäre für die Schifffahrt schon sinnvoll“, spricht er auf das bei deutschen Umweltaktivisten umstrittene polnische Projekt an. Angedacht ist sogar schon lange eine Verbindung bis zur Donau und damit ein umweltfreundlicher Transport zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer.

Beifall auf offener Szene

Die Gäste sind beeindruckt von der Fahrt. Sie verläuft auf der Ostoder parallel zur Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße durch den Nationalpark Unteres Odertal, einem von zwölf in Deutschland. Er ist Teil eines deutsch-polnischen Naturschutzprojektes, das ein Gebiet von 106 Quadratkilometern umfasst und sich von der Schleuse Hohensaaten über eine Länge von 60 Kilometern bis vor die Tore Stettins erstreckt.

Die Flusssau ist von vielen Altarmen durchzogen. Während bei anderen deutschen Flüssen Hochwasser schnell zur Gefahr werden kann, ist es an der unteren



Entspannte Fahrt durch das weite Oder-Flusstal südlich Greifenhagen

Oder alljährliche Normalität, dass Tausende Hektar Wiesen und Weiden, Auwälder und Moore meterhoch überflutet werden. Nirgendwo sonst in Europa sind derart große natürliche Überflutungsräume erhalten geblieben. Zusammen bilden diese Flächen ein riesiges Rückhaltebecken, in dem sich das Hochwasser verlaufen kann, ohne flussabwärts Schaden anzurichten. Gleichzeitig wirkt die überschwemmte Aue wie eine überdimensionale biologische Kläranlage mit Gratis-Säuberung des belasteten Flusswassers.

Die vom Menschen unbeeinflusste Renaturierung hat Erstaunliches bewirkt: einen der artenreichsten Lebensräume Deutschlands. Dazu zählen Auwälder, naturnahe Laubmischwälder oder das nordwestlichste Verbreitungsgebiet der Steppenzone mit blaublühendem Kreuzenzian, silbrigem Federgras oder gelbem Adonisröschen. Die außerordentlich reiche

Wasservogelwelt ist unter internationalen Schutz gestellt worden.

Mehr als 120 Vogelarten brüten im Nationalpark, darunter See-, Fisch- und Schreiadler, viele Weißstörche, der seltene Schwarzstorch sowie die weltweit vom Aussterben bedrohten Seggenrohrsänger und Wachtelkönige.

Auf der Oder nach Norden

Gleich den Tausenden von Gänsen und Kranichen zählen auch wir scheinbar zu den Zugvögeln – nur in umgekehrter Richtung gen Norden.

Der Oderstrom treibt uns Stettin, der alten Hanse- und früheren Hauptstadt Pommerns, entgegen. Mit Kraftwerkschloten, Kränen, Werkshallen, Werften und Plattenbauten kündigt sich die Halbmillionen-Metropole an. Unbeeindruckt davon ziehen Seeadler über uns ihre Kreise und führen den „Liberté“-Fahrern vor,

wie man im Flug Fische fängt. „Das sind schon alte Bekannte“, meint Kapitän Thomas Magner, der gemeinsam mit seinem Vater Johann Schiff und Unternehmen führt.

Neben den hoch aufragenden Überseefrachtern im Stettiner Hafen schrumpft unser Flusskreuzer auf Spielzeuggröße zusammen. Der Hafenkapitän weist uns den attraktivsten Liegeplatz zu: direkt vor der berühmten Haken-Terrasse, wo auch große Kreuzfahrtschiffe anlegen. Für individuelle Landgänger hat Johann Magner immer auch ein paar gute Tipps parat.

Am nächsten Tag locken die ansehnlich restaurierte mittelalterliche Altstadt, das Schloss der Pommernherzöge, der rostrote Backsteinbau des Altstädter Rathauses, die gotische Jakobi-Kathedrale und last but not least das Seefahrtsmuseum – alle unwiderstehlich für ein paar Schau-Stunden an Land.

● **Infos** „MS Liberté“: Baujahr 1935 als Binnenfrachter; Bauwerft: Th. Kempers & Zoon, Alphen, Niederlande; Länge: 37,66 Meter, Breite: 5,05 Meter, Tiefgang: 1,22 Meter; Verdrängung: 151 Tonnen; Antriebsleistung: 256 kW/333 PS; Rufzeichen: DC 3660; Schiffsnummer: 4305260; Heimathafen: Neckargemünd; Flagge: deutsch. Bis 1975 als Frachtschiff im Einsatz, 1975 Umbau zum Passagierschiff, 1985 und 1998 komplett überholt (2004: Verlängerung um vier Meter). Informationen und Buchungen: „Liberté“-Reisen, Johann und Thomas Magner GbR, Telefon: (0172) 8722796, (0172) 3940324, E-Mail: t.magner@gmx.de, Internet: www.liberte-reisen.de

MALER DES BIEDERMEIER

August Ludwig Most malte pommersches Volksleben

Erinnerungen – die Brücke zur Vergangenheit

Dass Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges mit seinen Nachbarn in Frieden lebt, ist eine Errungenschaft der Vernunft und gegenseitiger Achtung. Obwohl westlich der Oder gelegen, kam Stettin abweichend zu der im Potsdamer Abkommen festgelegten Oder-Neiße Grenzlinie zwischen der sowjetischen Besatzungszone und Polen durch polnische Gebietsforderungen, von Stalin unterstützt, nach August 1945 in polnisches Hoheitsgebiet.

Endgültig wurde nach der deutschen Wiedervereinigung zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland diese 45 Jahre bestehende Grenzregelung als verbindlich zwischen beiden Ländern geregelt. Die ehemaligen deutschen Bewohner Stettins waren sicherlich nicht glücklich über die politischen Entscheidungen in der Nachkriegszeit. Die große Mehrheit der von Heimatverlust Betroffenen vermag jedoch vernunftbewusst zu denken und zu handeln und sieht heute unter einem friedvollen Zusammenleben zwischen alten und neuen Bewohnern der Stadt die einzige Lösung.

Unter den Stettiner Evakuierten hatten sich Gruppen, wie wissenschaftliche Arbeitskreise oder an Kultur interessierte Gremien, gebildet. Zu nennen sind die Marienstiftler, (ehemalige Schüler des Marienstiftsgymnasiums Stettin), HAST (Historischer Arbeitskreis Stettin) oder die Gruppe „Hökendorfer Freunde“. Hökendorf war Vorort von Stettin. Von 1979 bis 2017 organisierte Brigitte Kleszczewski die Treffen der „Hökendorfer Freunde“.

Deren letztes Treffen führte die Teilnehmer neben anderen historischen Sehenswürdigkeiten zu dem Kloster Kolbatz unweit von Stettin. Auf dem Dachboden in einer zum Kloster gehörenden Scheune, man musste eine Leiter hochsteigen, befand sich eine Bildergalerie. Erstaunt und erfreut entdeckte die Ururenkelin des Malers, jetzt in Erfurt zu Hause, beim Rundgang dort ein Bild, gemalt von ihrem Ururgroßvater August Ludwig Most

(* 10. März 1807 in Stettin; † 27. Juni 1883 ebenda), der den Stettinern in den Jahren Anfang bis in die späte Mitte des 19. Jahrhunderts ein stadtbekannter, liebenswerter und hochgeachteter Bürger war.

Themen seiner Bilder waren das Alltagsleben der Biedermeierzeit. Es war das aufstrebende Bürgertum, das sich mit kleinen Dingen, wie ein Bild aufhängen oder einen Blumenstrauß in einer Vase auf den Tisch zu stellen darin versuchte,

seine unmittelbare Umgebung schöner zu gestalten.

Neben den im Privatbesitz befindlichen Bildern des Malers sind heute die meisten seiner Bilder in Stettiner Museen beziehungsweise im Landesmuseum Vorpommern Greifswald für eine Besichtigung zugänglich.

Ursula Müller,
Ururenkelin des Malers

● **Info** Die erwähnte Ausstellung befand sich auf dem Langhausdachboden der Kolbater Klosterkirche. Sie stand unter dem Thema: „Bauernleben im Pyritzer Weizacker.“ Der in Stettin lebende Genre- und Bildnismaler August Ludwig Most (1807–1883) hat das Volksleben in Pommern gefällig dargestellt, akribisch Kleidung, Geräte und Einrichtungen wiedergegeben. Auch im Pyritzer Weizacker hatte er sich genau umgesehen. Das Bild, das die Ururenkelin entdeckte, ist eine Kopie und bekannt unter dem Titel: „Der verliebte Alte“. August Ludwig Most war zu seinen Lebzeiten als Porträtmaler sehr beliebt.

1993 wurde auf dem Stettiner Schlosshof ein beschädigter Eichensarg mit Überresten einer Frau und dem Rest einer gut erhaltenen Spitze gefunden. Die Polen vermuteten, nachdem sie begonnen hatten, sich mehr für die deutsche Geschichte zu interessieren, dass dieses Spitzenstück zum Schleier der verbannten preußischen Kronprinzessin Elisabeth Christine Ulrike (1746–1840) gehören könnte. Sie konnten es nämlich mit dem Schleier auf einem Alters-



Elisabeth Christine Ulrike von Braunschweig-Wolfenbüttel (*9. November 1746 in Wolfenbüttel; †18. Februar 1840 in Stettin) war von 1765 bis zu ihrer Scheidung im Jahre 1769 Gattin des preußischen Thronfolgers Friedrich Wilhelm

bild der Prinzessin vergleichen. Dieses Porträt hatte August Ludwig Most von ihr gemalt. Wenn auch erst eine genetische Untersuchung restlos klären kann, zu wem der Sarg gehörte, hatte jedoch allein das Porträt die weiteren Untersuchungen ausgelöst. Man erwies ihr die Ehre. Der Sarg wurde 1994 in einer Seitenkapelle der Jakobi-Kirche zu Stettin beigesetzt. Zum 200. Geburtstag von August Ludwig Most gab es im Greifswalder Museum 2007 eine Ausstellung.

Brigitte Kleszczewski



„Der verliebte Alte“: Bauernpaar aus dem Weizacker (1850)

„Der Mensch und sein geliebtes Kurzzeitgedächtnis“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Sehr herzlichen Dank für die vorzügliche Charakterisierung der Homo-sapiens-Mutante Homo coronensis“

Manfred Backerra, Hamburg
zum Thema: Das Wesen des Homo coronensis (Nr. 13)



Ausgabe Nr. 13

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BLANKER REALISMUS
ZU: DAS WESEN DES HOMO CORONENSIS (NR. 13)

Wenn es die PAZ nicht gäbe ... so kann man nur immer wieder schwärmen!

Ein entsprechendes Ausrufezeichen sollte dem Artikel zum „Homo coronensis“ gelten. Der Autor hat mit seiner bitteren Satire – in gewohnt perfekter Manier – den grauenhaften Zustand eines leider überwiegenden Teiles der heute lebenden Deutschen dargestellt und gleichzeitig auch den grauerregenden Zustand dieser Gesellschaft zum Ausdruck gebracht.

Das besonders Schlimme daran ist, dass sein Sarkasmus eigentlich keine Form der Satire, sondern des blanken Realismus – belegbar durch unzählige Erlebnisse und Ereignisse des vergangenen Jahres – darstellt. Insofern muss man sich tatsächlich fragen, welche Überraschungen die Evolution noch für uns bereithält.

Manfred Kristen, Freital

VERDÄCHTIGER „GUTEN TAG“
ZU: GRÜNE HÄUPTLINGSFRAU (NR. 12)

Eines sollte man den von ihrer Humanität so ganz durchdrungenen Sprachwächtern entgegenhalten: Ihr Handeln steht in bester Tradition, wurden hierzulande doch schon früher Sprachvorschriften entworfen und mit Nachdruck verfolgt. Man denke nur an die Zeit, als man sich mit einem freundlichen „Guten Tag“ verdächtig machte und sich nur mit einem „Heil“ an den Staatslenker sicher wähnen durfte. Heute wird wieder Gehorsam eingefordert und Ungehorsam streng bestraft. Unter demokratischem Diskurs kann man diese Vorgänge jedenfalls nicht einordnen.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

„NOTBREMSE“ FÜR DIE PRESSE
ZU: GEGEN DIE MITTE (NR. 12)

Lange habe ich gezögert, den Begriff „Lügenpresse“ zu verwenden. Nicht zuletzt

aus Respekt vor Journalisten und Redakteuren, die ihr Handwerk beherrschen und entsprechend berichten.

Kassel erlebte am 20. März eine weitgehend friedliche Demo gegen die Corona-Politik mit endlosem „Lockdown“. Volksfeststimmung auf dem Messegelände „Schwanenwiese“: die Innenstadt proppenvoll mit Familien und vielen Jugendlichen, Solidaritätszeichen seitens der Polizei, die weitgehend gelassen und kooperativ war. Wiederholt wurde von der Bühne der Polizei gedankt. Vorbildlich wurden sogenannte „Gegendemonstranten“ abgeräumt. Es war ein erbärmliches Häuflein Linksradikaler, das mit klapprigen Fahrrädern provozierte. Wer jedoch RTL sah und die Krönung Petra Gerster im ZDF, die von „massiven Ausschreitungen“ und „sogenannten Querdenker*innen“ faselte und nur wenige Sekunden Bilder von der Demo und einen Polizeizugriff zeigte – nicht ersichtlich, ob gegen Leute der Demo oder der Gegendemo –, dem fällt nur „Lügen-TV“ ein.

Hier nur in Kürze, ich war dabei: Kassel war ein Fest, geschätzt 35.000 bis 40.000 Leute aus ganz Deutschland. Fast allorts herrschte fröhliche Frühlingstimmung, auf dem Messegelände „Schwanenwiese“ und auch in der Innenstadt. Viele Leute auf Decken in der Sonne, die sogar ihren Müll aufräumten; Menschen mit „Peace“-Zeichen und Regenbogenfahnen, Israel-Flaggen und die deutschen Farben; Buddhisten, Christen sogar antikapitalistische Linke friedlich mit knallroten Fahnen. Ein Fest der Menschen mit der Sehnsucht nach Freiheit und Leben.

Gegen 14.30 Uhr trafen Leute aus Richtung Schwanenwiese über die Fulda-Brücke kommend auf den Demonstrationszug, der sich vom Friderizianum in Bewegung gesetzt hatte, am Altmarkt zusammen. Mittendrin Polizeikräfte, vermutlich mit dem Ziel, die Kreuzung zu räumen, damit die Straßenbahnen rollen. Zwei Wasserwerfer standen auf der Kurt-Schumacher-Straße Richtung Altmarkt und spritzten kurz in die Menge. Kein massiver Einsatz. Vorsichtig formuliert:

ein Zeichen an die Demonstranten: Geht! Und vielleicht auch ein Bild für die Presse, damit es die Schlagzeile gibt: „Wasserwerfer stoppen gewaltbereite Querdenker“.

Ich hatte Tränen in den Augen – es kamen so viele Erinnerungen an 1989. Ich war Jugendpfarrer in Sachsen, erlebte Aue, Schwarzenberg und Leipzig. Wir hatten damals noch eine Wohnung in Ost-Berlin nahe Ostkreuz. Ich stand am 5. Oktober 1989 am Fenster als spätabends gepanzerte Fahrzeuge und Mannschaftswagen in die Seitenstraßen zur Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee einfuhren. Ich war damals direkt dabei und gestern wieder – diesmal in Kassel. Wir brauchen jetzt die „Notbremse“: Schluss mit staatlicher Bevormundung und Ende mit medialer Hetze gegen friedliche Leute auf der Straße!

Egmond Prill, Kassel

DER KOMMENDE NICHTWÄHLER
ZU: DIE „ANSTÄNDIGE ALTERNATIVE“ WILL IN DEN BUNDESTAG (NR. 12)

Das Programm (der Freien Wähler, d. Red.) mit über 300 Absichtserklärungen wirkt bisweilen wie ein Sammelsurium von vermutlich politisch schwer durchsetzbaren Wunschvorstellungen. Die Partei hat aber auch den Vorteil, alle Absichten vorbringen zu können und braucht nicht wie ihre Konkurrenten, die eine Regierungsbeteiligung verteidigen oder anstreben, auf momentan taktische Flexibilitätserfordernisse Rücksicht zu nehmen. Von Ausnahmen abgesehen mutet (fast) alles im Programm für einen konservativ denkenden Menschen als akzeptabel und vertretbar an.

Die Erfahrung aus der Europawahl, Hysterie und Entscheidungschaos mit fast täglicher Halbwertszeit oder gar Rücknahme, übertriebene und völlig unlogische und kontraindizierte Vorschriften, Ämtergeschacher und Patronage, der Umgang der CDU (und der Medien) mit einem störenden Mitbewerber, das Corona-Entscheidungswirrwarr und die Erkenntnis, dass wir von einer Laienspielschar

regiert werden, haben das Maß vollgemacht und Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung ausgelöst. Wie viele Minister sind in der Lage, in ihrem Ressort nach Faktenwissen zu entscheiden, das sie in einem einschlägigen Beruf erworben haben? Und diese beliebig austauschbaren Personen, die alles zu können vorgeben, sollen wir noch wählen?

Es wäre den Freien Wählern zu wünschen – der hohe Anteil der Nichtwähler lässt das aber hoffen –, bei der Bundestagswahl die nötige Stimmzahl zu erhalten, damit nicht die Stimmen der „Anderenfalls-Nicht-Wähler“ unter den Tisch fallen und dann indirekt Parteien zugutekommen, deren Regierung zu einer noch viel größeren Katastrophe führen würde.

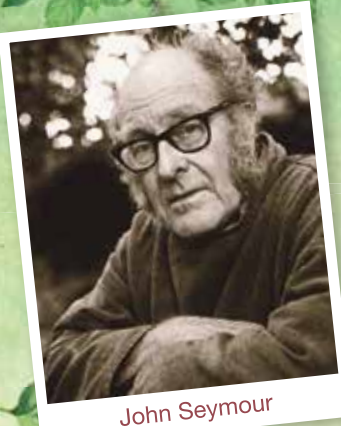
Das ist die Meinung eines Enttäuschten, der in der Erwartung, dass seine Interessen gewahrt werden, sechs Jahrzehnte CDU gewählt hat und nun zum Nichtwähler werden wird, falls sich die Alternative doch noch zerschlagen sollte. Das sollte tunlichst nicht passieren.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Müllheim

DEUTSCHER SUPER-GAU
ZU: LAUFZEITEN VERLÄNGERT (NR. 10)

Der Mensch baut den Globus Erde mit seinen „sicheren“ Kernkraftwerken weiterhin dicht und zu. Saubere Energie zum saubilligen Preis, so die saubläde Grundidee. Macht es dann doch einen riesigen Schepperer, wie damals in den Kernkraftwerken von Tschernobyl und in Fukushima, dann ist das Entsetzen bei diesem Menschen megalomanisch. Auf einmal ist alles radioaktiv verseucht, dazu bleibt die weiterhin ungeklärte Endlagerung des Atom Mülls. Gott sein Dank hat der Mensch sein geliebtes Kurzzeitgedächtnis, sonst würde er es mit sich selbst nicht lange aushalten können. „Good old Germany“ legte nach dem Super-GAU in Fukushima einen Atommeiler nach dem anderen still, und wurde mit dieser Ad-hoc-Aktion weltweit zum einsamen (Anti-Kern)Wolf. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

ANZEIGE



John Seymour

Der Klassiker der Selbstversorgung

■ Gesundes Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten und dazu noch aktive Erholung an der frischen Luft. Immer mehr Menschen stellen fest, welch erheblichen Ausgleich die Pflege und Ernte von Pflanzen bietet. Der Pionier der Selbstversorgung, John Seymour, zeigt und erklärt in seinem beliebten Dauerseller,

- Wie man einen Garten plant
- Zäune aufstellt
- den Boden bearbeitet und richtig aussät
- Tiefkulturen anlegt
- Wechselanbau betreibt
- Gewächshäuser benutzt
- Schuppen baut
- Werkzeuge repariert
- Kompost bereitet
- Dünger ausbringt
- Pflanzen schützt
- Schädlinge bekämpft
- Sellerie anhäufelt
- Spargel sticht
- Tomaten pflanzt
- Pastinaken pikiert
- Rüben zieht
- Bäume schneidet
- Pfropfreiser aufsetzt
- Kräuter trocknet
- Beerensträucher pflegt
- Früchte einmacht
- Gurken einlegt
- Bohnen einsalzt
- Kartoffeln lagert
- Zwiebelzöpfe bindet
- Nahrung tiefkühlt
- Wein keltert
- Kleinvieh hält und vieles mehr ...

Kurzum: Dieses unverzichtbare Buch für alle Gärtner und Selbstversorger zeigt, wie man die Natur verstehen lernt und einen Garten natürlich bearbeitet, um eine reiche Ernte zu erzielen.

John Seymour: Selbstversorgung aus dem Garten • Paperback • 256 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 970 900

Sonderausgabe nur 9,99 €* statt 22,99 €



Wie man seinen Garten natürlich bestellt und gesunde Nahrung erntet

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

JUGENDBEWEGUNG

Singen, wandern, bauen

Seit 100 Jahren ziehen die Nerother Wandervögel singend durch die Welt – Burgruine Waldeck im Hunsrück ist ihr Stammsitz

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Die Bäume um die Burgruine Waldeck im Hunsrück sind noch kahl. Der Frühling kündigt sich mit erster Wärme an, doch der Blick durch das blattlose Gehölz und die Ruinenmauern der 1689 von Franzosen zerstörten, einst mächtigen Burganlage geht hinauf auf eine sich darüber erheben- de kleinere Burganlage. Wie Phönix aus der Asche hat sich hier ab den 1920er-Jahren die Rheinische Jugendburg erhoben, nachdem die Wandervögel Robert und Karl Oelbermann Ende März 1921 den Nerother Bund gründeten.

Von der Ruine der Unterburg geht ein Serpentinpfad hoch zum oberen Teil des Bergsporns, auf dem die Jugendburg sich erhebt. Doch man kann es sich auch schwer machen, seine Knochen riskierend steil auf den Hang hochsteigen. Durch unwegsames Gelände, etwas riskieren, an Grenzen gehen – das ist es, was für viele Nerother neben der Freundschaft und dem Fahrtengesang das Leben eines Wandervogels ausmacht.

Hält man sich unterhalb der Jugendburg am Steilhang etwas rechts, gelangt man in den Ehrenhain der deutschen Jugendbewegung. Auf mehreren Ebenen stehen hier die Gedenksteine mit Namen und Symbolen bedeutender Persönlichkeiten der Jugendbewegung: Ur-Wandervogel Karl Fischer, Robert Oelbermann, Autor Werner Helwig, Architekt Karl Buschhüter, Schulreformer Gustav Wyneken, Eberhard „Tusk“ Koebel von der Jungenschaft dj 1.11 und viele andere mehr.

Burgherr und Nerother Bundesführer Fritz-Martin Schulz, kurz FM, empfängt den vom steilen Anstieg noch immer nach Luft schnappenden Gast freundlich. Auf die Anmerkung, fahrtenerprobten Nerothern nähere man sich wohl nur auf abenteuerlichem Wege, huscht FM ein leichtes Lächeln übers Gesicht. „Ach, ... so romantisch sind wir gar nicht“, untertreibt der Mann, dessen intensives Fahrtenleben in seinem Buch „Von der Straße geworben“ spannend festgehalten ist.

Die Jugendburg ist verwaist. Keine singende Schar in Lederhosen, keine ge-



Einfahrt zu Jugendburg: Burg Waldeck mit einem Gedenkstein im Ehrenhain (ganz rechts)

Foto: onnola

packten Affen und Klampfen in den Ecken, kein munteres Treiben in der etwas abseits gelegenen Bauhütte. Das einzig auszumachende Samtbarett der Nerother hängt neben einer Gitarre an einem Haken in dem holzvertäfelten Raum, in den der Gast geführt wird. In Regalen finden sich unter anderem Jugendliteratur von Karl May, Ernst Löhdorff und Manfred Hausmann. Das Bild von Letzterem hängt neben weiteren direkt über den Regalen – der Schriftsteller und Schöpfer von „Lampioen“ und „Kleine Liebe zu Amerika“ war selbst Wandervogel und Ehren-Nerother.

Noch 200 Jugendliche aktiv

FM gilt als asketischer Tee-Genießer, an diesem Tag aber wird Kaffee ausgeschenkt. Es ist der Morgen nach jenem Tag, an dem eigentlich auf der Burg oder im nahen Kastellaun ein gewaltiges Sangesbrausen und Feiern zum 100. Grün-

dungstag des Nerother Wandervogels hätte stattfinden können. FM hat keine Angst vor Corona, aber er kennt seine Verantwortung.

Die Burg ist der Jugend vorbehalten, wie FM schildert, allerdings nicht als Herberge, sondern um an dem großen Projekt mitzuwirken, an dem seit 100 Jahren Generationen von Jungen gebaut haben. Der aktive Nerother Bund umfasst heute rund 200 Jugendliche, die in mehreren Orden zusammengefasst sind und sich in Fähnlein mit je fünf bis zehn Jungen aufteilen. FM Schulz entstammt selbst dem Orden der Likedeeler, ein Name, der auf den sagenumwobenen Piraten Klaus Störtebeker verweist.

Piraterie – haben die Nerother Ideale? „Es gibt kein Ideal, wir singen, wandern und bauen“, übt sich FM in Zurückhaltung. Denn die Weisheiten der Nerother hat Gründer Robert Oelbermann 1930 sehr wohl festgehalten: Führungsgedan-

ke, der sich aus Adelsherrschaft und Gefolgschaftstreue ergibt, Freundschaft im reinen Jungenbund, Auslese und Gestaltung „des brausenden jugendlichen Lebens“ und das Anerkennen, dass Jugend das „Suchen, Ringen, Wachsen, Erkennen und Er kämpfen“ beinhaltet, Gestaltung daher dynamisch sein muss und der Bund sich in keine Form zwingen lassen darf.

Doch wie kommt man zu den Nerothern? FM selbst sei durch Literatur sehr abenteuerorientiert gewesen und 1962 dazugestoßen. „Der Nerother Bund ist aber absolut pragmatisch, man kommt zu ihm über die Begegnung und durch gemeinsames Handeln und Agieren.“ Die Orden seien dabei durchaus unterschiedlich in ihren Präferenzen. Die einen pflegen mehr das Musische, andere eher das intensive Fahrtenleben.

Die alljährliche Großfahrt mit einer Dauer von vier bis sechs Wochen gehört dazu. Die erste Großfahrt unter Robert

und Karl Oelbermann durch Europa dauerte von August bis Dezember 1920. Mal zog es die Nerother nach Indien, mal nach Skandinavien. 1931 bis 33 ging es sogar auf Weltfahrt. Zahlreiche Filme zeugten von den Expeditionen und finanzierten die Großfahrten und den Bau an der Burg.

Einschnitt mit Beginn der NS-Zeit

1933 dann der Bruch: Reichsjugendführer Baldur von Schirach zerschlug sukzessive die Bünde, sofern sie sich nicht in die Hitlerjugend überführen ließen. Die Nerother gingen lieber in die Illegalität. Robert Oelbermann wurde wegen Homosexualität verhaftet, verurteilt und nach der Haft in Schutzhaft genommen. Er starb 1941 im KZ Dachau.

Roberts Zwillingbruder Karl überlebte das NS-Regime und baute den Nerother Bund nach dem Krieg wieder auf. In seine Zeit fallen heftige Auseinandersetzungen mit der linkspolitisch motivierten Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck. Als Karl Oelbermann 1974 starb, wählten die Ordensführer aus ihrem Kreise Fritz-Martin Schulz zum neuen Bundesführer auf Lebenszeit.

Das Fahrtenleben bleibt bis heute zentrales Element. Er selbst habe die extreme Erfahrung angestrebt und Fahrten als reine Wildnisfahrten angelegt, so FM. Ob die Intensität des bündischen Erlebens fremder Kulturen Auswirkungen in dem Sinne habe, dass ein Nerother generell intensiv lebe, lässt FM mit einem süffisanten Lächeln offen. „Das ist unterschiedlich, aber wenn es so ist: umso besser.“ FM sieht seine Nerother übrigens nicht als bündisch an, weil sich das Lebensgefühl verändert habe. „Die bündische Jugend endet mit dem Beginn des Nationalsozialismus – wir sind heute ein Nachklang des historischen Wandervogels“, sagt er.

In die Zukunft blickt der Bundesführer gelassen. „Karl Oelbermann sagte mir einmal, man müsse nicht an die Zukunft denken, die Gegenwart reiche völlig – ich sehe das heute genauso.“ Und so werfen sich noch heute, 100 Jahre nach der Gründung des Nerother Wandervogels, unbeirrt von den rasanten Entwicklungen der Moderne Jungen in ihre Kluft und durchmessen auf Wohlstand und warme Betten verzichtend singend die Welt.

WANDERTOUR

Nahrung für die Seele

Ein rundweg guter Rundweg – Vor zehn Jahren wurde der Annenpfad in der Prignitz eröffnet

Die Prignitz auf halber Strecke zwischen Berlin und Hamburg wirbt gleich mit zwei ausgeschilderten Wegen um Pilger wie Naturliebhaber. Neben dem 118 Kilometer langen Pilgerweg von Berlin nach Bad Wilsnack, an dem man derzeit jedoch nicht übernachten kann, lockt seit 2011 mit dem Annenpfad ein zweiter Pilgerweg, der sich mit 22 Kilometern Länge auch als Tagestour eignet.

Der Annenpfad verbindet die Dorfkirche Bölzke sowie die Wallfahrtskirchen in Heiligengrabe und Alt Krüssow miteinander. Seinen Namen erhielt er in Anlehnung an die mittelalterliche Wallfahrt zur Kirche St. Anna in Alt Krüssow. Die heilige Anna als Marias Mutter und Jesu Großmutter war im Mittelalter eine beliebte Heilige und unter anderem Schutzpatronin der Frauen und Mütter.

Da der Annenpfad ein Rundweg ist, kann man an jeder beliebigen Stelle einsteigen und in beiden Richtungen laufen.

Feldsteine mit der Aufschrift „Annenpfad“ dienen dabei auf Feld- und Waldwegen als Wegweiser. Für Bahnreisende

empfiehlt sich als Startpunkt Heiligengrabe mit Brandenburgs einzigem fast vollständig erhaltenem Zisterzienserinnen-



Immer im Kreis herum: Das Pilgerlabyrinth in Bölzke

Foto: Arbeitskreis Annenpfad

Kloster. Das Kloster Stift zum Heiligen-grabe ist zugleich Höhepunkt des Annenpfades. 1287 durch den brandenburgischen Markgrafen Otto V. gestiftet, gab es in der über 730-jährigen Geschichte des Klosters stets eine Frauengemeinschaft.

Kirchentüren offen für stilles Gebet

Beim Rundgang um das Klausurgebäude erschließt sich die gesamte Anlage. 18 Informationsstelen berichten über das Leben der Stiftsfrauen, stellen wichtige Bewohnerinnen vor und führen so durch die Geschichte des Stifts. Im Museum ist die Dauerausstellung „Vom Nonnenchor zum Damenplatz“ zu sehen, allerdings erst wieder nach den Pandemie-bedingten Zwangsschließungen.

St. Anna in Alt Krüssow steht in einem jener kleinen Rundlingsdörfer slawischen Ursprungs, die in der Prignitz häufig vorkommen. Die spätgotische Saalkirche wurde 1520 geweiht. Damit blieben ihr

nur wenige Jahre, bis die Reformation das Pilgerwesen wieder beendete. Ein wundertätiges Annenbild hatte das kleine Dorf in der Nähe von Pritzwalk neben Wilsnack und Heiligengrabe zum dritten bedeutenden Wallfahrtsort der Prignitz gemacht.

Der schlichte Fachwerkbau in dem Ort Bölzke zeigt, wie hier Dorfkirchen aussehen, wenn sie kein Pilgerziel sind. Eine Besonderheit ist der vom Bildhauermeister J. H. Groth signierte Rokoko-Kanzelaltar von 1757. Nach erfolgreicher Restaurierung durch die Initiative eines Fördervereins konnte die Kirche 2011 wiedereröffnet werden.

Wanderer sind zur Selbstverpflegung aufgerufen. „Für alle, die Nahrung für die Seele suchen, werden an allen drei Orten die Kirchentüren für ein stilles Gebet offenstehen“, so Elisabeth Hackstein, Prädikantin und Konventualin des Klosters Stift zum Heiligengrabe. Helga Schmechagen

FÜR SIE GELESEN

Wundermittel
Magnesium

Aufgrund der hektischen Lebensweise und häufig ungesunden Ernährung in den hoch entwickelten Industrieländern leiden viele unter Magnesiummangel, ohne es zu merken. Eine ballaststoffarme Ernährung sowie industriell produzierte Lebensmittel tragen mit dazu bei.

Magnesium ist ein Mineral, das – in Tablettenform oder als Öl oder Salbe – gegen viele Beschwerden hilft. Schon aus Kindheitstagen ist den meisten bekannt, wie entspannend ein Bad in Meersalz sein kann. Dieses enthält Mineralstoffe, darunter Magnesium. Magnesiumpräparate helfen bei Muskelverspannungen oder -krämpfen, Kopfschmerzen, Angstzuständen, chronischer Erschöpfung oder Schlafstörungen.

Die New Yorker Wissenschaftlerin Gretchen Lidicker stellt in ihrem Buch „Mein Magnesium“ das Wundermittel umfassend vor, erklärt, in welchen Formen das Mineral erhältlich ist und wie es wirkt. Leider sind die klein und dicht gedruckten Einführungskapitel wenig augenfreundlich. Im zweiten Teil nennt die Biophysikerin magnesiumhaltige Lebensmittel und es gibt einen bebilderten Rezeptteil sowie zahlreiche Wohlfühl-Tipps. **MRK**



Gretchen Lidicker:
„Mein Magnesium. Das Supermineral für strahlendes Aussehen, Gesundheit und einen klaren Geist“, Lübbe Verlag, Köln 2021, Taschenbuch, 208 Seiten, 14 Euro

Corona für
Kinder erklärt

Die Schweizer Autorin Isabelle Bitterli und der Illustrator Werner Nydegger erklären in „König Corona“ Kindern ab vier Jahren die Pandemie.

In Form eines Märchens erzählen sie auf 32 Seiten vom nörgelnden König Corona, der sein Königreich als zu klein empfindet. Um Abhilfe zu schaffen, schickt er seine Soldaten, die Corona-Viren, in die Welt hinaus, um alle Menschen zu infizieren. Dabei sind seine Soldaten äußerst erfolgreich. Sie verbreiten sich rasend schnell und machen die Menschen auf der ganzen Welt krank. Der König glaubt sich am Ziel, doch hat er nicht mit der Intelligenz der Menschheit gerechnet, die sich aufmacht, den König und seine Soldaten durch wissenschaftliche Forschung zu besiegen. Doch bis man den richtigen Impfstoff gefunden und entwickelt hat, gilt es, viele Regeln einzuhalten. Häufiges, gründliches Händewaschen, in die Armbeuge niesen, Abstand halten zu anderen Menschen und zu Hause bleiben verhindern weitere Ansteckungen.

Das kleine Lexikon am Ende erklärt die Begriffe Bakterien, Viren, Zellen, Pandemie, Epidemie, Immunsystem, Rasterelektronenmikroskop und viele andere.

Silvia Friedrich



Isabelle Bitterli/ Werner Nydegger:
„König Corona“, Kobold Books, Olten/ Schweiz 2021, gebunden, 32 Seiten, 19 Euro

RATGEBER MEDIZIN



FOTO: SHUTTERSTOCK

„Keine Angst vor Cholesterin“ lautet der Titel des Biologen Jörg Conradi, der bereits zahlreiche „Pflanzenbiographien“ und Hausmittelbücher herausgegeben hat. In seinem neuen Ratgeber setzt er sich mit den weitverbreiteten Mythen zum Thema Cholesterin auseinander. Das im Körper vorkommende Schmiermittel gilt bei zu hohen Werten

als Auslöser für verstopfte Gefäße, die zu ernsten Herz- und Kreislauferkrankungen führen können.

Ärzte verschreiben ihren Patienten in solchen Fällen gerne Statine und ähnliche Medikamente, die den Cholesterinspiegel senken sollen, die aber auch unerwünschte Nebenwirkungen haben. Die Lebensqualität der Betroffene

nen leidet. Inzwischen raten immer mehr Experten von der Einnahme cholesterinsenkender Mittel ab.

In den ersten Kapiteln seines Buchs erzählt Conradi, was Cholesterin ist, und geht auf die wissenschaftliche Diskussion und Behandlungsmöglichkeiten ein. Anschließend gibt er Anregungen für eine natürliche Senkung des

Cholesterinspiegels, etwa durch vitaminreiche Ernährung, den richtigen Zeitpunkt für die täglichen Mahlzeiten und gesunde Zähne. Mit Tipps für mehr körperliche Aktivität beendet er sein Buch.

Der Ernährungstherapeut und Diätassistent Sven Bach hat eigene Erfahrungen mit Übergewicht und hohen Cholesterinwerten. Oft liege bei Betroffenen eine genetische Veranlagung vor, die man nicht beeinflussen kann. Was man aber in jedem Fall tun könne, sei, die Ernährung anzupassen und so die Blutfettwerte auf Dauer zu senken. Sein Buch „Der Gesundheitskochkurs: Cholesterin senken“ enthält eine Sammlung leckerer Rezepte, die jeder leicht und schnell zubereiten kann. **MRK**



Jörg Conradi: „Keine Angst vor Cholesterin. Was Statine und Co. bei uns anrichten – und was wir stattdessen für Herz und Kreislauf tun können“, Kopp Verlag, Rottenburg 2020, Taschenbuch, 208 Seiten, 9,99 Euro



Sven Bach: „Der Gesundheitskochkurs: Cholesterin senken. Leckere, schlanke Rezepte, schnell und einfach zubereitet“, Humboldt Verlag, Hannover 2020, broschiert, 144 Seiten, 19,99 Euro

FÜR LAIEN

Medizin
verständlich für alle

Der Hamburger Arzt und Fernsehmoderator Johannes Wimmer stellt seinen Lesern auf humorvolle Art medizinische Sachverhalte vor

VON ANGELA SELKE

Johannes Wimmer ist als Verfasser informativer Medizinreportagen bekannt. In seinem neuen Buch „Medizin – endlich verständlich“ bringt er seinen Lesern medizinische Sachverhalte verständlich näher. Er erklärt, wie Tabletten funktionieren, wie man sie am besten einnimmt und welche Medikamente am meisten verschrieben werden.

Wimmer berichtet von Stressursachen und deren Auswirkungen auf die Gesundheit sowie von Möglichkeiten, Belastungen in den Griff zu bekommen. Der Autor konzentriert sich aufs Wesentliche, wobei manch humorvolle Bemerkung auflockert. Das Buch fesselt, und viel Unbekanntes wird frisch und „endlich verständlich“ erklärt.

Bemerkenswert ist die Wirkung des Bauchfetts, das vom Gehirn aus gesteuert am Bauch einlagert, falls die Steuerzentrale einmal „Hungersnot“ erleiden sollte. Wichtig sind Informationen darüber, welche Lebensmittel man nicht mit Medikamenten zusammen einnehmen sollte. Zum Beispiel ist Grapefruitsaft generell gesund, aber zusammen mit vielen Medikamenten kann es die Wirkung des Präparates verstärken, was zu einer Überdosis mit ungewollten Nebenwirkungen führen kann. Auch der Hinweis, dass Schilddrüsenhormone nicht zusammen mit Mineralwasser eingenommen werden sollten, ist hilfreich. Wimmer klärt auch darüber auf, welche Bedeutung

die Farben bei Tabletten haben, etwa warum einige blau, weiß oder rot sind.

Die Ernährung kommt in seinem Buch ebenfalls nicht zu kurz. Knapp und informativ erklärt er, dass wir oft zu wenig Ballaststoffe, aber zu viel Zucker, versteckt in vielen Fertigprodukten, zu uns nehmen. Das führt dazu, dass unsere Ernährung trotz der Fülle an Nahrungsangeboten ungesund ist. Wimmer sagt, was essenziell, also lebensnotwendig für unseren Körper ist, und schlüsselt auf, was Kohlehydrate, Ballaststoffe, Fette, Eiweiße, Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente bewirken. Er rät, bei Heißhunger dem Wunsch auf ungesunde Lebensmittel, wie Chips oder Pommes Frites, ruhig ab und zu nachzugeben, aber die Menge so zu reduzieren, dass die von gesundem Gemüse überwiegt.

Auf den letzten Seiten erklärt Wimmer für Jedermann leicht einleuchtend medizinische Begriffe und zeigt, dass sie keineswegs „Zauberwerk“ sind. Für dieses Buch wird jeder, der gern etwas mehr über seine Gesundheit und Medizin wissen möchte, dankbar sein und es eignet sich, es immer mal wieder zu Rate zu ziehen.



Johannes Wimmer:
„Medizin – endlich verständlich“, Gräfe und Unzer Verlag, München 2020, gebunden, 144 Seiten, 14,99 Euro

ERNÄHRUNG

Entzündungen
im Zaun halten

Wie eine Ernährungsumstellung und ein Umdenken selbst chronische Erkrankungen positiv beeinflussen können, schildert die Journalistin Maria Borelius

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die schwedische Wissenschaftsjournalistin Maria Borelius, die für Pharma- und Technikkonzerne weltweit tätig war, spürte es plötzlich am eigenen Leib: Als sich im Alter von 52 Jahren die Menopause einstellte, fühlte sie sich plötzlich antriebslos, aufgedunsen und alt. Zeit, sich über den von zu viel Gutem, Süßem und Ungesundem bestimmten Lebensstil Gedanken zu machen. Gesagt, getan.

Sie nahm Kontakt zu Ernährungsexperten und Bloggern auf, erfuhr, dass neben sportlicher Betätigung eine gesunde Ernährung nicht nur für die Figur eine wesentliche Rolle spielt, sondern bestimmte Lebensmittel auch Entzündungsprozesse im Körper positiv beeinflussen können. Sie lernte, dass es zwei Arten von Entzündungen gibt. Die „gute“ ist ein Reparaturmechanismus, der beispielsweise bei Verletzungen dafür sorgt, dass eine Wunde sich schnell verschließt und heilt. Als „schlecht“ erweisen sich jedoch niedriggradige Entzündungen, die sich schleichend ausbreiten und zu chronischen Beschwerden führen. Ausgelöst werden sie unter anderem durch falsche Ernährung, die wiederum die Entstehung von Krankheiten wie koronare Arterienkrankheiten, Fettleibigkeit und Diabetes Typ 2 beeinflusst.

Wie so viele, die ihren krankmachenden Lebensstil erkannt haben und daran etwas ändern wollen, musste Borelius lernen, ihre gewohnte Ernährung aufzugeben, nach Plan zu essen und völlig neue

Nahrungsmittel auszuprobieren, auch wenn es ihr schwerfiel und auf den Widerstand der Familie traf.

Ihre Suche nach alternativen Heilmethoden und wissenschaftlichen Erklärungen hörte damit jedoch nicht auf. In Indien machte sie Bekanntschaft mit Ayurveda, verfolgte aber ebenso intensiv die ernährungswissenschaftlichen Erkenntnisse sowie ganzheitliche Ansätze zu Hause.

Aus all ihren Erfahrungen hat Borelius ein eigenes Konzept aus fünf Punkten entwickelt, deren Anfangsbuchstaben BLISS das englische Wort für Glückseligkeit ergeben. Im Wesentlichen geht es um natürliches Essen, das Polyphenole, Omega-3 und Probiotika enthält, den Verzicht auf Zucker und zu viele Kohlehydrate, täglichen Sport im Wechsel mit Stille und gedanklicher Einkehr.

Am Ende des Buchs gibt die Autorin Tipps zur allmählichen Umstellung des Lebensstils, Einkaufstipps und stellt eigene Rezepte vor. Die „Gesundheitsrevolution“ ist fluffig und unterhaltsam geschrieben und dürfte den ein oder anderen anregen, einmal über seine eigenen Essgewohnheiten nachzudenken.



Maria Borelius: „Die Gesundheitsrevolution. Das Komplettprogramm gegen heimliche Entzündungen“, Lübbe Verlag, Köln 2020, broschiert, 363 Seiten, 18 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

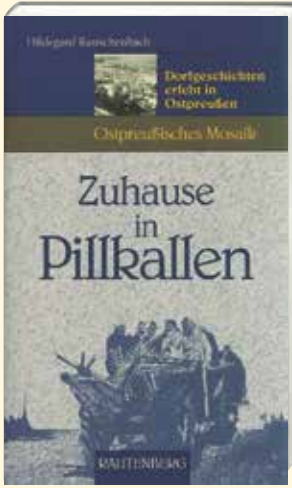
Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 5035
Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
Tel. 09 31 / 45 26 50 35
Flechsig Medienvertrieb



Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen

In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden. 184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1049 12,95 €



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Vergeben ja, vergessen nie

In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffungslosigkeit griff um sich. 192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 5055 12,95 €



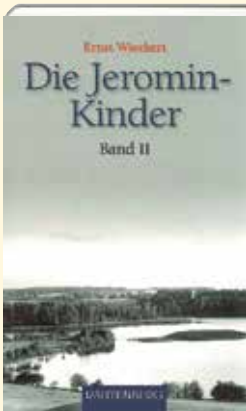
Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten
Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegene Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



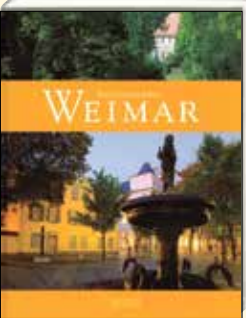
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder Band 1
456 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533155 14,95 €

Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder“ verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bauerlichen Familie in Masuren, zur Zeit der zwei Weltkriege. Erzählt wird die Geschichte der Familie Jeromin im Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jons Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Mann. Dieser erste Band behandelt Jons Kindheit und seine Schulzeit in der Stadt, die einen Gegenpol zu seinem Heimatdorf bildet. Nach dem Abitur wird Jons Soldat im Ersten Weltkrieg, bis er nach einer Verwundung ins Lazarett gebracht wird. Schließlich kehrt er für kurze Zeit ins Dorf zurück, mit dem festen Ziel, Landarzt zu werden. Das Buch endet mit Jons Auszug in die weite Welt, in der er seinen Traum verwirklichen will.



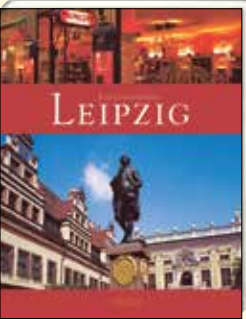
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder Band 2
408 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533156 14,95 €

Der zweite Band der „Jeromin-Kinder“ führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Erfolg absolviert. Sein Heimatdorf immer im Sinn, weiß er, dass er sich nur dort als Arzt niederlassen will. Mit 25 Jahren legt Jons das Examen ab und kehrt nach Sowirog zurück. Die „Jeromin-Kinder“ gilt als der bedeutendste und kraftvollste Roman Ernst Wiecherts. Er ist erfüllt vom Wissen und Leiden der Menschen, denn das verlorene Dorf Sowirog steht symbolisch für das Schicksal der Menschen in Masuren und Ostpreußen. Wiecherts Gesamtwerk ist geprägt von diesem Verlust der Heimat, vom Erleben des Ersten Weltkriegs als Offizier und den Repressalien im NS-Regime, die er am eigenen Leib erfahren hat.



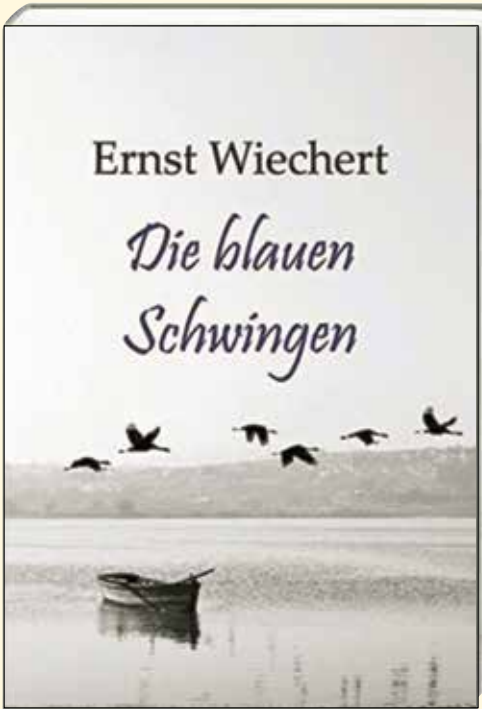
Ernst-Otto Luthardt/
Tina und Horst Herzog
Faszinierendes Weimar
96 Seiten
120 Bilder/Gebunden
Format 23 x 28 cm
Nr. P 575008 9,95 €

In kaum einer anderen Kleinstadt lebte so viel Geistes- und Kulturprominenz wie in Weimar. Ihren Ruf als deutsche Geistesmetropole verdankt die Stadt Herzogin Anna Amalia und ihrem Sohn Karl August, die Ende des 18. Jahrhunderts namhafte Schriftsteller, Künstler und Schauspieler in ihre Residenz beriefen. Zeuge dieser Zeit ist die nach einem verheerenden Brand 2004 wiederhergestellte Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek. Sie beherbergt neben 2000 mittelalterlichen Handschriften und 900000 Drucken die privaten Buchbestände von Goethe und die in allen Sprachen der Welt erschienenen Ausgaben seiner Werke. Diese und viele weitere kulturelle Juwelen der Stadt zeigen die zahlreichen Fotografien dieses Bildbandes.



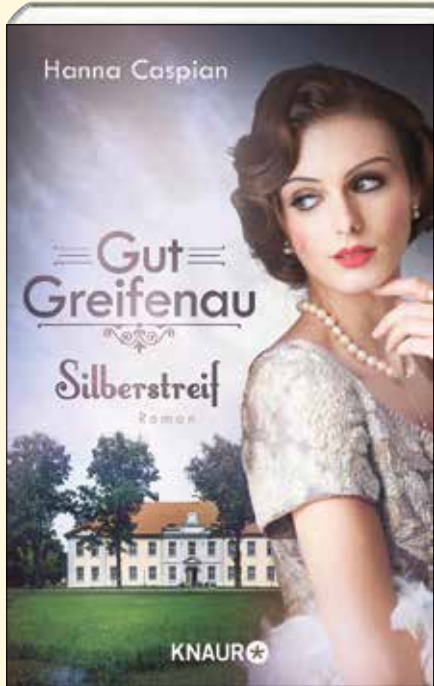
Bernd Weinkauf
Tina und Horst Herzog
Faszinierendes Leipzig
96 Seiten
120 Bilder/Gebunden
Format 23 x 28 cm
Nr. P 542035 9,95 €

Als bedeutende Handelsstadt kann Leipzig auf eine lange Tradition als Messestandort in Europa zurückblicken: Die gesamte Innenstadt ist geprägt durch Handelshöfe, prachtvolle Kaufmannshäuser und charakteristische Passagen wie Specks Hof oder die berühmte Mädlerrpassage. Bereits aus der Zeit der Renaissance stammen das Alte Rathaus, die Alte Waage und die Moritzbastei. Das Neue Rathaus aus dem Jahre 1905 ist eines der größten Rathausgebäude weltweit. Darüber hinaus beherbergt Leipzig eine der ältesten Universitäten sowie die erste Handels- und Musikhochschule Deutschlands. Ihr musikalischer Ruf gründet sich vor allem auf das Wirken Johann Sebastian Bachs, die Bedeutung des Gewandhausorchesters und des Thomanerchors.



Ernst Wiechert
Die blauen Schwingen

In diesem frühen Roman aus dem Jahr 1925 sind bereits die wesentlichen Motive des späteren schriftstellerischen Gestaltens und Wirkens des ostpreußischen Schriftstellers Ernst Wiechert vorgezeichnet. Reinhold Schneider hat in einer Würdigung zum Tode Ernst Wiecherts im Jahre 1950 die Bedeutung dieses begnadeten Erzählers aus dem Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen auch für die deutsche Gegenwart geschrieben: Wie wenig haben wir noch das Gefühl für die Schwingungen der Seele! Ihr hat Ernst Wiechert die Klanggestalt seiner Dichtung gegeben; sie ist östliche Musik, durchzogen vom Refrain der Naturgewalt und von der Stille. Selbst die Menschen sind Klänge, Akkorde; die Landschaft der Seen, Wälder, Dünen ist das Instrument. Diesem Elemente, weit mehr als dem eigentlich Erzählerischen, verdankt er seine Wirkung. Der Klang bleibt frei; er ist auf die eingebrochenen Brücken nicht angewiesen. Nr. P A 1629 Gebunden 18,00 €



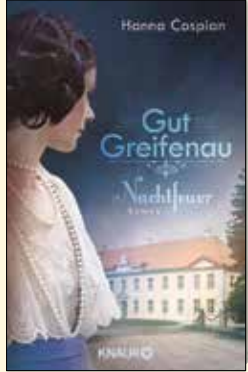
Hanna Caspian
Gut Greifenau – Silberstreif
Roman – Greifenauserie Band 5

Der 5. Band der erfolgreichen Familiensaga von Bestseller-Autorin Hanna Caspian. Herbst 1923: Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt der Hyperinflation. Das Geld verliert stündlich seinen Wert, Existenzen werden vernichtet, die Menschen sind verzweifelt. Auch an den Bewohnern von Gut Greifenau geht die Wirtschaftskrise nicht spurlos vorbei. Doch dann kommt ausgerechnet die Inflation Konstantin zu Hilfe, und er kann das bedrohte Familiengut retten. Als Konstantins geliebte Frau Rebecca ein Mädchen zur Welt bringt, scheint das Glück vollkommen. Doch immer noch schwelt in Rebecca die Angst vor Konstantins hinterhältigem Bruder Nikolaus, und auch das Gutspersonal taumelt von einer Krise in die andere. Währenddessen scheint Katharina endlich ihren Traum vom Medizinstudium verwirklichen zu können. Opulent, brillant recherchiert und fesselnd geschrieben. 544 Seiten
Nr. P A1563 Taschenbuch 9,99 €



Hanna Caspian
Gut Greifenau – Abendglanz
Roman – Greifenauserie Band 1
560 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1329 9,99 €

Downton Abbey in Hinterpommern von 1913 bis 1919 – Der erste Teil der großen Familien-Saga über eine Grafen-Familie zwischen Tradition und wahrer Liebe am Vorabend des 1. Weltkriegs. Mai 1913: Konstantin, ältester Grafensohn und Erbe von Gut Greifenau, wagt das Unerhörte: Er verliebt sich in eine Bürgerliche, schlimmer noch – in die Dorflehrerin Rebecca Kurscheidt, eine überzeugte Sozialdemokratin. Die beiden trennen Welten: nicht nur der Standesunterschied, sondern auch die Weltanschauung. Für Katharina dagegen, die jüngste Tochter, plant die Grafenmutter eine Traumhochzeit mit einem Neffen des deutschen Kaisers – obwohl bald klar ist, welch ein Scheusal sich hinter der aristokratischen Fassade verbirgt. Aber auch ihr Herz ist anderweitig vergeben. Beide Grafenkinder spielen ein Versteckspiel mit ihren Eltern und der Gesellschaft.



Hanna Caspian
Gut Greifenau – Nachtfeuer
Roman – Greifenauserie Band 2
560 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1330 9,99 €

Der 2. Band der großen Familien-Saga um das Gut Greifenau von Hanna Caspian voller dramatischer Verwicklungen für alle Leser von Anne Jacobs und alle Fans von Downton Abbey. August 1914: Der Erste Weltkrieg beginnt, und Konstantin muss an die Front. Sein Vater ist unfähig, das Gut zu führen, das bald hochverschuldet ist. Die Verbindung von Katharina mit dem Kaiserneffen Ludwig von Preußen wird nun zur Überlebensfrage. Doch Ludwig tritt nicht nur seiner Verlobten Katharina zu nahe ... Es droht ein Skandal! Katharina setzt ihre ganze Hoffnung auf eine Rettung durch den Industriellensohn Julius. Doch soll eine Ehe mit ihr ihm nur den Eintritt in den Adelsstand ermöglichen? Und dann ist da noch der Kutscher Albert, der sein Geheimnis nur im Dorf Greifenau klären kann.



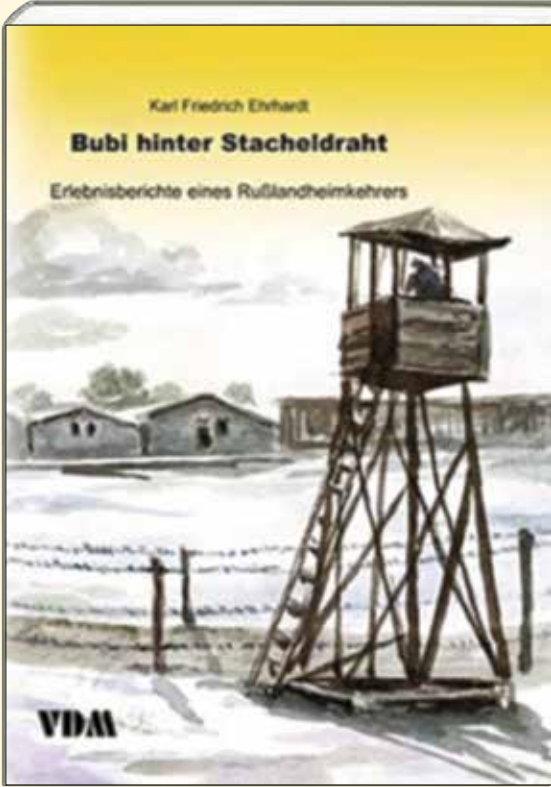
Hanna Caspian
Gut Greifenau – Morgenröte
Roman – Greifenauserie Band 3
576 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1364 9,99 €

Der 3. Band der großen Familien-Saga um das Gut Greifenau von Hanna Caspian voller dramatischer Verwicklungen für alle Leser von Anne Jacobs und alle Fans von Downton Abbey. 1918 ist der Frieden mit Russland in greifbarer Nähe. Nach einem Mordanschlag ist es fraglich, ob Konstantin das noch erleben wird. Immerhin pflegte die Dorflehrerin Rebecca ihn aufopferungsvoll. Graf Adolphus indes ist verzweifelt. Durch den Kauf von Kriegsanleihen ist das Gut hoch verschuldet. Gräfin Feodora drängt Katharina zur Hochzeit mit dem Scheusal Ludwig, einem Neffen des Kaisers. Diese Verbindung wird zur Überlebensfrage für Gut Greifenau. Doch Katharinas Herz schlägt für den Industriellensohn Julius. Kurz vor der Hochzeit flieht sie. In Berlin gerät sie mitten in die Wirren der Novemberrevolution. Der Krieg ist zu Ende und der Kaiser selbst geflohen.



Hanna Caspian
Gut Greifenau – Goldsturm
Roman – Greifenauserie Band 4
576 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1493 9,99 €

Der 4. Band der großen Familien-Saga um das Gut Greifenau in Pommern von Hanna Caspian. Konstantin und Rebecca kämpfen mit den Folgen, die Miswirtschaft und Krieg auf ihrem Pommerschen Gut hinterlassen haben. Doch schwerer als die aufkommende Hyperinflation wiegen die persönlichen Schicksalsschläge. Noch ist nichts entschieden, wenn es um Greifenau geht – nicht, solange Konstantin keinen Erben hat. Die ehemalige Kontess Katharina dagegen kann sich alles leisten, was sie will. Dieser Luxus ist nicht nur allzu verführerisch, er führt auch zu Neid, der in Bösartigkeit umschlägt. Doch bleibt Katharina der eine große Traum vom Medizin-Studium versagt. Daran ist sie allerdings nicht ganz unschuldig. Erst als sie das erkennt, findet sie zurück auf ihren Weg. Das gefällt allerdings nicht allen.



Karl F. Erhardt
Bubi hinter Stacheldraht
Erlebnisberichte eines Russlandheimkehrers
Als 16-jähriger Oberschüler zur Wehrmacht in den Endkampf an der Ostfront und anschließend in russische Kriegsgefangenschaft. Der Autor schreibt diesen Erlebnisbericht im Jahre 1948, nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft als Gedächtnisprotokoll, denn das Führen eines Tagebuchs war den Kriegsgefangenen streng verboten. Er war mit 2000 anderen Gefangenen in Tula. Dort mußten sie im Steinbruch und im Straßen- und Kanalbau arbeiten. Der Autor versteht es, dramatische Begebenheiten, erschütternde Schicksale, aber auch den Arbeitsalltag und das Lagerleben der Kriegsgefangenen anschaulich zu schildern.
Nr. P A1630 Kartoniert 9,80 €



Bengt von zur Mühlen (Hrsg.)
Der vergessene Verschwörer
General Fritz Lindemann und der 20. Juli 1944
Als General der Artillerie nahm Fritz Lindemann aktiv an den Vorbereitungen des Hitler-Attentats am 20. Juli 1944 teil. Der Historiker Bengt von zur Mühlen beschreibt den Lebensweg des Generals zum Hitlergegner und erzählt die Geschichte seiner zahlreichen zivilen Fluchthelfer und das Schicksal seiner Familie. 526 Seiten
Nr. P A1611 Gebunden mit Schutzumschlag 5,00 €



Gerd Hardenberg
Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
288 Seiten/Kartoniert
Nr. P 533176 14,95 €

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
!!! Neue Adresse !!!
Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet (in Vorbereitung)

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
.....	
Straße/Nr.	Telefon
.....	
PLZ/Ort	
.....	
Datum	Unterschrift
.....	

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● **AUFGESCHNAPPT**

Nun ist er wieder da, ganz legal. Der vielfach vorbestrafte Libanese Yassin A. hatte 2003 in Berlin einen SEK-Beamten erschossen. Dafür wurde er zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der Richter erklärte damals, die Tat stehe „sittlich auf tiefster Stufe“. Im April 2018 kam Yassin A. frei, er sollte abgeschoben werden. Dagegen legte er erfolgreich Beschwerde ein. Die Ausländerbehörde hatte wohl eine Anhörung versäumt. Zudem wäre er im Falle einer Ausweisung von seiner Frau und seinen sechs Kindern – vier davon hatte er während der Haftzeit gezeugt – getrennt worden. Berichten zufolge gab es eine Einigung mit den Behörden, A. könne wieder nach Deutschland kommen, wenn er für ein Jahr in den Libanon ausreiste. Tatsächlich hat der Mann das Land für einige Zeit verlassen, jetzt ist der 51-Jährige zurück. Ein Polizeibeamter: „Das regt uns tierisch auf.“ Dies sei kein Einzelfall, das Einbürgerungsamt betreibe „regelrecht Werbung für die schnelle Aufhebung der Wiedereinreiseperrre“.

E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Nicht mal schweigen

Wie uns die Union einen Hauch von Altem Rom serviert, und warum Heino keine Chance hat

VON HANS HECKEL

War das aber eine spannende Woche! Dieser Kandidatentanz bei der Union hat endlich mal etwas Licht und Luft in unsere Corona-verdüsterten Stuben gebracht. Die beiden Hauptdarsteller, glänzend! Wie sich „der Armin“ und „der Markus“ gegenseitig knuddelten, obschon alle wussten, dass jeder dem anderen in Wahrheit die Pest an den Hals wünscht.

Die Szene hat etwas vom Flair des Alten Rom. Von dort ist die Legende eines besonders pikanten Eheglücks überliefert. Beide frisch Vermählten waren zu erklecklichem Reichtum gelangt, indem sie eine ganze Reihe von vorherigen Ehepartnern zum Zwecke der Erbschaft umgebracht hatten. Die ganze Stadt wusste das und blickte nun gespannt darauf, wer die Liaison überleben würde. So lange soll es gar nicht gedauert haben, da trat schon die von Trauer zerfurchte Witwe vor die Öffentlichkeit der Ewigen Stadt, um den tragischen Tod ihres heiß geliebten Gatten zu verkünden.

Was die Römer sicherlich bedauert haben werden, denn nun war das spannende Schauspiel vorbei. Deshalb genießen wir jeden Tag so eines Dramas aus vollen Zügen. Die Hauptstadt-Journaille läuft zur Höchstform auf. Überall Getuschel und Geraune. Doch dann geht plötzlich alles vorbei. Im Moment, da dies geschrieben wird, wissen wir noch nicht einmal, wie Friedrich Nietzsche hat einmal geschrieben, das Schlimmste an der Musik sei, dass jedes Stück irgendwann aufhöre. Nach dem Ende des Unions-Theaters werden wir fühlen, was der arme Philosoph durchgemacht hat.

Langweilen müssen wir uns trotzdem nicht. Merkel ist ja auch noch da, und die hat frühzeitig durchblicken lassen, dass sie fest entschlossen ist, den Unionskandidaten heimzusuchen wie ein böser Geist, egal, wer von den beiden das Opfer ihres Spuks wird. Laschet, der brave Merkel-Schleppenträger, hatte das Gift der scheidenden Kanzlerin als Erster zu spüren bekommen, wie wir hier vergangene Woche betrachtet haben.

Den Söder hat das ausgiebig gefreut. Tja, wir hatten ihn gewarnt! Und sollten recht behalten: Kurz darauf ließ Merkel auch eine Spitze gegen die Corona-Strategie von Bayern los. Den Kanzleranwärter der Grünen wird es amüsieren, dass die Kanzlerin sich

zur Corona-Schelte ausgerechnet NRW und Bayern, ganz zufällig die Länder der beiden möglichen Unions-Kandidaten für ihre Nachfolge, ausgesucht hat.

So können wir davon ausgehen, dass Angela Merkel ihre letzten Monate im Kanzleramt nicht ungenutzt lassen wird im Hinblick auf die Wahl im September. Die Grünen wissen das, nicht von ungefähr ist die Zustimmung für Merkels Politik (auch die des immer noch härteren Lockdown) nirgends so groß wie in der Anhängerschaft der Partei von Baerbock und Habeck.

Wer auf dem Schild der Grünen fürs Kanzleramt kandidiert, soll nächsten Montag entschieden werden. Im Vergleich zum Unionstheater ist dieser Ausscheidungskampf eine ermüdend lahme Vorstellung. Eigentlich sind sich im Vorfeld schon alle einig, dass es nur Annalena Baerbock werden kann.

Kanzlerin Baerbock? Lassen Sie sich nicht von den Panikmachern irritieren, so schlimm wäre eine grüne Regierungsspitze nun auch wieder nicht. Schließlich sitzen die ideologischen Gefolgsleute jener Partei bereits heute in allen erdenklichen Lenkungspositionen des Landes und geben ein ganzes Menü von Vorgeschmäckern darauf ab, wie sich das Klima im Lande ab Herbst weiterentwickeln könnte.

Ein Beispiel erreichte uns aus Düsseldorf: Durch die gesamte Republik fegte Anfang der Woche die Nachricht, dass der Intendant der dortigen „Tonhalle“ eine Veranstaltung mit Heino abgesagt hat, weil sie den falschen Titel trägt. „Ein deutscher Liederabend live mit Band“, und mit Heino natürlich, sollte da am 8. Oktober steigen. Kommt nicht infrage, blockt Intendant Michael Becker ab, denn die Formulierung „deutscher Liederabend“ sei „politisch nicht korrekt gewählt“. „Wir müssen damit rechnen“, so Becker voller Abscheu, „dass es sich hier etwa um einen Liederabend für Deutsche handelt. Der Begriff ‚ein deutscher Liederabend‘ tümelt.“

Ja, ja, ich versteh’ Sie doch. Ich komme da auch nicht mehr mit. Ganz abgesehen davon, dass ich keine Ahnung habe, was „tümeln“ bedeutet: Was hätte der arme Heino denn machen sollen? Gehen wir mal durch: Wie wär’s mit einem „Afrikanischen Liederabend“? Um Himmels Willen! Dann hätten ihm die grüngelackten Wächter der „politisch korrekten Formulierung“ selbstverständlich „neokoloniale Aneignung der afrikanischen Kultur“ vorgeworfen. Nichts da.

Der Sieger kann was erwarten: Merkel will den Kandidaten der Union bis zur Wahl im September wie ein böser Geist heimsuchen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Oder ein „Frauen-Liederabend“ mit Stücken, die allesamt von Komponisten weiblichen Geschlechts stammen? Auch nichts: Da Heino ein Mann ist, fällt das unter „Sexismus“. Hätte er dann, auch um den Linken zu gefallen, einen „Arbeiterliederabend“ veranstalten dürfen? Heino ist nachweislich Unternehmer und also kein Arbeiter. Da er demzufolge zur falschen sozialen „Klasse“ zählt, fiel ein solcher Auftritt unter „Klassismus“. Nicht akzeptabel!

Wir geben es auf. Dann eben ein Abend ohne Musik. Ein Schweige-Abend. Das müsste ja wohl gehen, auch wenn keiner kommt. Oder? Von wegen! Sie wissen doch: „Wer schweigt, tut mit!“ Und macht sich damit selbst zum Täter. Daher ist „Schweigen“ gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ... Sie wissen schon.

Heino besteht auf seinem „deutschen Liederabend“. Leider weiß er da vermutlich die Mehrheit im Volk auf seiner Seite. Aber keine Furcht, diese Stimmung drehen wir um, und zwar so: Bestimmt werden sich Leute in den sozialen Medien über den Korrektformulierer Becker aufregen, wobei sich Einzelne im Ton vergreifen. Solche Entgleisungen werden wir sorgsam herausstellen unter der Überschrift: „Tonhallen-Intendant von rechten Hetzern bedroht!“ Heino wird sich dann reumütig distanzieren müssen, während Becker in anklagenden Interviews von dem Martyrium erzählen darf, das er gerade durchmacht. Schon sind Opfer und Täter neu sortiert! Es kommt eben nicht darauf an, was passiert, sondern auf die Art, wie es berichtet wird, auf die korrekte „Erzählung“!

Stichwort Erzählung: Um die Deutschen nicht zu verwirren, müssen manche Details auch mal ganz aus der „Erzählung“ rausgelassen werden. Als nun ein thailändischer Student von drei jungen Rassisten in Bremen zusammengeschlagen wurde, die ihn als Chinesen beschimpften, haben die meisten Medien taktvoll darüber geschwiegen, dass es sich bei den brutalen Rassisten um Syrer handelte. Wären es Deutsche gewesen, hätten wir das gehört, und zwar von Frank-Walter Steinmeier höchstpersönlich. Wetten?

Asiaten-Hass vergiftet gerade viele Länder, auch und besonders die USA. Zum Glück für unsere reine Lehre erfahren wir aber kaum etwas darüber, dass ein Großteil der Asiaten-Attackierer in den USA schwarz ist. Unsere Medien erfüllen schließlich eine verantwortungsvolle Wächterfunktion.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Die CDU-Spitze läuft Sturm, weil vier Thüringer CDU-Kreisverbände erwägen, den früheren Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen als Kandidaten für den Bundestag aufzustellen. Dazu schreibt Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft und wie Maaßen CDU-Mitglied, in „The European“ (8. April):

„Es ist der unerbittliche Kampf gegen alle Parteimitglieder, die nicht mit der Linie der Parteiführung und des Kanzleramts übereinstimmen ... Die Kreisverbände lassen sich nicht beeindrucken, gut so. Man kann sie auch kaum mit Mandatsentzug oder anderen Dingen bedrohen, sie arbeiten ehrenamtlich. Das ist der Teil der Partei, dem die Führung am meisten misstraut.“

SPD-Veteran Klaus von Dohnanyi äußert sich im Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt“ (9. April) skeptisch zur Außenpolitik des neuen US-Präsidenten Joe Biden:

„Amerika wird unter Biden seine (angeblichen!) Interessen weiter verfolgen. Was bedeutet denn Bidens Ruf ‚Amerika is back‘, Amerika ist zurück? Heißt das zurück zur Politik früherer Regierungen, zu Afghanistan, Irak, Syrien und all den Eingriffen in anderer Länder Hoheitsgebiete?“

Thomas Mayer, Professor an der Universität Witten/Herdecke, zeigt sich in der „Welt“ (9. April) erschrocken von der in der Corona-Krise offenbar gewordenen Krise des deutschen Politik- und Staatsapparats:

„Die Corona-Pandemie hat die Defizite deutscher Staatlichkeit schonungslos aufgedeckt ... Die logische Konsequenz wäre, den Staat auf seine Kernaufgaben zurückzustutzen ... und ansonsten der Eigeninitiative im Privatsektor mehr Raum zu geben. Stattdessen will die Mehrheit unserer Politiker den Staat dazu ermächtigen, die durch endlose Lockdowns zerrüttete Wirtschaft nach einem grünen Masterplan neu aufzubauen, und das auch noch auf europäischer Ebene.“

In ihrem neuen Buch „Die Selbstgerechten“ greift die Linkspartei-Politikerin Sahra Wagenknecht den linken Minderheitenkult, die sogenannte „Identitätspolitik“, scharf an:

„Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein.“

● **WORT DER WOCHE**

„Die Macht über unsere Sprache gehört dem Volk, und nicht einer Kaste von selbsternannten Weltverbesserern.“

Markus Arndt wehrt sich in der „Bild“-Zeitung (13. April) gegen Gender-Sprachbefehle, wie sie beispielsweise von einer grünen Senatorin an Hamburger Behörden ergehen sollen